03/2017

KOMMUNAL

GEMEINDEN.GESTALTEN.ÖSTERREICH.

Das Magazin des Österreichischen Gemeindebundes

FUHRPARK

Darauf fahren Gemeinden ab

Seite 38

SICHERHEIT

Gegen Ablenkung am Steuer

Seite 60

REGIERUNGSPROGRAMM

Viel Luft nach oben

Ende Jänner hat die Regierung unter dem Titel „Für Österreich" ein Arbeitsprogramm vorgelegt. Was das letzten Endes für die Gemeinden bedeutet, haben wir uns angesehen.

ab Seite 16

Einzelverkaufspreis: EUR 4,90

DIE KOMMUNALE BESCHAFFUNGSPLATTFORM

KOMMUNALBEDARF.AT

SO EINFACH KANN BESCHAFFUNG SEIN

Weil nur Sie wissen, was Sie wirklich brauchen:

Bei **KOMMUNALBEDARF.AT** kann jeder Mitarbeiter Ihrer Gemeinde selbstständig seinen Bedarf anmelden. Eine zentrale Stelle, zum Beispiel Ihr Amtsleiter, gibt Ihren Bedarf frei – und das Produkt wird direkt bestellt. So sparen Sie sich wertvolle Zeit.

Gleich kostenlos und unverbindlich anmelden, um im Sortiment zu schmökern und die speziell für die Gemeinden ausgehandelten Preise zu sehen.

Melden Sie sich und Ihre Mitarbeiter kostenlos und unverbindlich an und testen Sie **KOMMUNALBEDARF.AT.** Wir freuen uns auf Ihr Feedback!

JETZT ANMELDEN UND GEWINNEN

Unter allen Neuregistrierungen im März wird als Hauptpreis ein **Brilliance LCD-Monitor mit SoftBlue Technology von PHILIPS** verlost. Teilnahmeberechtigt ist **jeder Mitarbeiter** einer österreichischen Gemeinde.
Weitere Informationen zum Gewinnspiel unter **www.kommunalbedarf.at/gewinnspiel** .

LEITARTIKEL

IST DAS GELD **ABGESCHAFFT?**

„DIE GEMEINDEN WERDEN SICH GEGEN EINE NEUE KOSTENLAWINE ZU WEHREN WISSEN, WEIL SIE IHRE POSITION ALS HORT DER VERNUNFT UND WIRTSCHAFTLICHEN VERANTWORTUNG NICHT VERLIEREN DÜRFEN.“

Es ist ja löblich, dass sich die Bundesregierung auf ein neues, sehr ambitioniertes Arbeitsprogramm geeinigt hat. Aber einerseits kostet es sehr viel Geld, andererseits hat man sich über die Umsetzung wenig Gedanken gemacht. Die Gegenfinanzierung soll zu einem großen Teil über Einsparungen erfolgen. Das Argument kommt uns bekannt vor, nämlich als die große Steuerreform beschlossen wurde. Tatsache ist, dass die Lücke weder durch Mehreinnahmen noch durch Einsparungen geschlossen werden konnte und die Gemeinden jetzt die Folgen mit einem kräftigen Minus bei den Ertragsanteilen zu spüren bekommen. Und genau das wird sich wiederholen. Da wird ein zweites verpflichtendes und somit kostenloses Kindergartenjahr versprochen, das allein rund 70 Millionen Euro Mehrkosten verursachen wird. Dabei wird der gewünschte Effekt, nämlich jene Kinder in die Kindergärten zu bekommen, die Probleme beim späteren Schulbesuch haben, sehr gering sein. Schon bisher besuchen rund 95 Prozent aller Kinder mit vier Jahren den Kindergarten, und die restlichen 3000 (überwiegend in Großstädten) wird man auch kaum mit Zwang und Kostenfreiheit in die Einrichtungen bringen. Dazu gebe es wohl intelligentere und billigere Ansätze.

Ein ähnlicher „Ideenblitz“ ist die Einführung eines zweiten Wahltages. Wir wissen genau, dass es schon jetzt für die Wahlgänge kaum noch möglich ist, die rund 30.000 Beisitzer und Wahlfunktionäre zu finden (groteskerweise wird sogar eine Verpflichtung von Bürgern diskutiert), aber das scheint die Volksvertreter auf Bundesebene nicht zu interessieren. Sie müssen ja die Wahlen nicht abwickeln und sich keine Gedanken über die Kosten und mehr Verwaltungsaufwand machen. Tatsache ist, dass pro Wahlberechtigtem schon jetzt Kosten zwischen zwei und drei Euro anfallen, die zu einem ganz großen Teil bei den Gemeinden hängen bleiben. Und weil das alles noch zu wenig ist, kommen noch die Tablets für jeden Schüler, die noch einmal rund 100 Millionen kosten werden. Und schließlich sollen die Gemeinden natürlich die Beschäftigungsmöglichkeiten im Rahmen des Integrationsjahres für die Asylwerber und Asylberechtigten schaffen und so nebenbei auch den Gutteil der Arbeitslosen, die älter als 50 Jahre sind, beschäftigen. Alles scheinbar kein Problem. Übers Geld reden wir nicht, vielleicht später, oder ist es überhaupt abgeschafft? Diesen Eindruck kann man gewinnen, wenn man das Agieren der vergangenen Wochen analysiert. Die Gemeinden werden sich gegen eine neue Kostenlawine zu wehren wissen, weil sie ihre Position als Hort der Vernunft und wirtschaftlichen Verantwortung nicht verlieren dürfen.

HELMUT MÖDLHAMMER
Präsident des Österreichischen Gemeindebundes.
helmut.moedlhammer@gemeindebund.gv.at

EDITORIAL

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine starke kommunale Ebene hat für einen Staat viele Vorteile: Die Gemeinden sind unmittelbar beim Bürger, setzen Dinge schneller und unbürokratischer um als jede andere Ebene und sie gehen am effizientesten mit ihren Mitteln um. Sie haben aber auch ihre Nachteile: Sie sind über das ganze Land verstreut und es ist für sie oft schwierig, miteinander in Kontakt zu treten. Dadurch fällt es ihnen auch nicht leicht, ihre Interessen zu formulieren und sie an höhere Ebenen zu kommunizieren. Um das zu erreichen, bedarf es einer Kommunikation an und für die Gemeinden. Dabei wollen wir als Kommunal-Verlag sie unterstützen, denn wir glauben an ein dezentrales Europa, das von unten geführt wird.

Ich freue mich daher, über eine neue Kooperation berichten zu können. Unter dem Dach des Österreichischen Kommunal-Verlags erscheint künftig das Magazin „Tirol.Kommunal“, die Zeitschrift des Tiroler Gemeindeverbandes. Durch eine gemeinsame hochwertige Informationsquelle rücken die Gemeinden mit ihrem Wissen und Denken wieder ein bisschen näher zusammen und stärken dadurch die wichtigste politische Ebene.

Michael Zimper,
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

/16

Da gibt’s einiges zum Nachbessern

Das bringt das Arbeitsprogramm der Regierung für Gemeinden.

/22

Sicherheit & Gemeinwohl

Antworten auf die Frage, wofür „Integration“ stehen sollte.

INHALT

/38

Darauf fahren Gemeinden ab

KOMMUNAL hat erhoben, welche und wie viele Räder in Fuhrparks rollen.

/58

Kampf gegen Abwanderung

Daniel Ziniel sorgt mit Lebensqualität für Badersdorf

FOTOS: /Andy Wenzl/BKA; BilderBox; Shutterstock/Tristan Tan; TITEL/Andy Wenzl/BKA

KOMMUNAL 03/2017

MEINUNG

„Den Ankündigungen müssen auch Mittel folgen“ 6
Gemeindebund-General Walter Leiss über die immer neuen Ankündigungen der Regierung

„Meilenweit entfernt von Verfahrenskonzentration“ 10
Kommentar von Bernhard Haubenberger über die neue Gewerbeordnung

POLITIK & RECHT

Ertragsanteile auf Talfahrt 25
Die Ertragsanteils-Vorschüsse sind den vierten Monat in Folge im Minus

Breitbandausbau geht nur mit den Gemeinden 26
Die Rolle der Gemeinden bei der Infrastruktur des 21. Jahrhunderts

Regierung plant neues Wahlrecht 30
Die Vorschläge der Regierungsparteien im KOMMUNAL-Check

Schulreform: Kein Zwang zum „Clustern“ 32
Was die Bildung von Schulclustern für Gemeinden bedeutet

GESTALTEN & ARBEITEN

Infografik: Die Fuhrparks der Gemeinden 42
Alle Fakten und Daten zu kommunalen Fuhrparks auf einer Doppelseite

Meinung: Kommunale Dauerbrenner 44
Kommunalforscher Harry Pitters über Fuhrparks und Gerätetechnik

LAND & LEUTE

Workshops für mehr Verkehrssicherheit 60
Das KFV kämpft gegen die „Ablenkung am Steuer“

Initiative: Reparieren statt wegwerfen 62
Die Salzburger „Repair Cafés“ machen Kaputtes wieder ganz

Aus den Bundesländern 66

Personalia & Termine 70

Impressum 74

FACH- & SERVICEINFORMATIONEN

Bundesministerium für Inneres	34	KAPSCH BusinessCom AG	51
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft	36	Lindner Traktorenwerk	42
ENERGIE AG Oberösterreich GmbH	52	Murexin GmbH	56
ESCH - Technik GmbH	45	Österr. Kommunal-Verlag GmbH	48
Familie & Beruf Management GmbH	64	Österreichische Post AG	50
FIAT	46	TÜV AUSTRIA CERT GMBH	49
		wert.bau Errichtungs GmbH	54

KOMMENTAR

ANKÜNDIGUNGEN **MÜSSEN MITTEL** FOLGEN

Die Finanzausgleichsverhandlungen sind nach vielen Gesprächen im vergangenen Jahr abgeschlossen worden. Die Gemeinden haben zwar 103 Millionen Euro mehr erhalten, aber wie die ersten Abrechnungen zeigen, ist bei den Ertragsanteilen in den ersten Monaten ein ordentliches Minus herausgekommen – zurückzuführen auf die Steuerreform und die damit verbundenen Vorzieheffekte. Mehr war für die Gemeinden nicht drinnen, der Bund habe keine weiteren budgetären Spielräume …

Wenige Wochen sind seither vergangen und scheinbar öffnet sich das Füllhorn für die Gemeinden in anderen Bereichen. Schon im Herbst wurde ein kommunales Investitionsprogramm in der Höhe von 175 Millionen neben Maßnahmen für die Wirtschaft vorgestellt. Zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur sollten mit zwei Millionen Euro gefördert werden. Allerdings gibt es bis jetzt weder Richtlinien noch genauere Kriterien. Und Geld ist auch noch keines geflossen.

Dafür neue Ankündigungen. Die fortschreitende Digitalisierung in allen Lebensbereichen erfordert natürlich auch, dass schon die Kinder dafür vorbereitet werden. Tablets und Laptops sollen daher in den Schulalltag einfließen. Und weil schon derzeit Eltern über die hohen Kosten jammern, wird schnell ein Konzept vorgestellt.

Ein 4-Säulen-Modell sieht folgendes vor:

- Bereits in der Volksschule wird spielerisch der Umgang mit Technik vermittelt und Medienbildung unterrichtet, **digitale Grundbildung** in den Lehrplänen verankert.
- Um digitale Inhalte vermitteln und wirksam im Unterricht einsetzen zu können, braucht es gut ausgebildete, **digital kompetente Pädagoginnen und Pädagogen.**
- **Infrastruktur und IT-Ausstattung.** Derzeit verfügen in den Bundesschulen 96 Prozent aller Klassenräume über einen Internetzugang, an den Pflichtschulen sind es 78 Prozent. Mittelfristiges Ziel des BMB ist außerdem die jährliche Ausstattung aller 86.000 Schüler/innen der fünften Schulstufe mit Tablets und aller 84.000 Schüler der neunten Schulstufe mit Laptops. Das erfolgreiche Mobile Learning-Projekt, bei dem Tablets im Unterricht eingesetzt werden, wird in der Volksschule ausgeweitet.
- **Digitale Lerntools**.

> „Viele Dinge sollten erst angekündigt werden, wenn klar ist, **wie sie finanziert und umgesetzt werden können.“**

Der Startschuss für die Digitalisierung unserer Schulen soll bereits im nächsten Schuljahr fallen. Wollte man anfangs noch über die Finanzierung mit den Gemeinden verhandeln, hat man schnell erkannt, dass es da nichts zu verhandeln gibt. Dabei geht es nicht nur um die Anschaffung, sondern auch um den Betrieb. Die Kosten müssen vom Bund getragen werden, und dabei geht es um mehrere Millionen Euro jährlich.

Mittlerweile wurde aber auch erkannt, dass der beste Laptop nichts nützt, wenn kein Internet vorhanden ist. In vielen Gemeinden gibt es aber noch kein Breitband. Die Breitbandmilliarde ist noch nicht bei den Gemeinden angekommen. Die Förderkriterien sind so komplex, dass sie viele Gemeinden gar nicht erst beantragen. Nun sollen neun Millionen Euro extra für den Internetanschluss an den Schulen fließen. Man darf gespannt sein, wann hier der erste Euro fließt.

Es ließen sich noch viele andere Beispiele anführen: Integration, gemeinnützige Beschäftigung für Flüchtlinge, die Beschäftigung für Langzeitarbeitslose usw. Aber fest steht, dass die Gemeinden die finanziellen Möglichkeiten nicht haben, alles umzusetzen, was der Bund will.

HOFRAT DR. WALTER LEISS
ist Generalsekretär des Österreichischen Gemeindebundes
walter.leiss@gemeindebund.gv.at

Der Transporter Entry. Das Original. Jetzt ab EUR 20.600,–*.

Für jeden Auftrag das richtige Modell. Der Transporter Entry ist mit drei verschiedenen, wirtschaftlichen Motoren erhältlich. Weiters überzeugt er mit seinem innovativem Design und seiner Variantenvielfalt: zwei Radstände, mehrere Hecklösungen und eine Vielzahl an Ausstattungen. Der Transporter Entry. Einer wie keiner.

Nutzfahrzeuge

---

* Unverb., nicht kart. Richtpreis exkl. MwSt. 1) Bis zu EUR 1.490,– Unternehmerbonus (bei Transporter Kastenwagen Entry LR TDI 84 kW/114 PS) für Unternehmer mit gültiger UID-Nummer bei Kauf bis 30.6.2017 bzw. solange der Vorrat reicht. 2) Bonus bei Porsche Bank Finanzierung, Mindestlaufzeit 36 Monate, Mindest-Nettokredit 50 % vom Kaufpreis. Gültig für Unternehmerkunden bis 30.6.2017 (Datum Kaufvertrag und Finanzierungsantrag). Nicht gültig für Sonderkalkulationen für Flottenkunden. Boni sind exkl. MwSt. und NoVA und werden vom unverb. empf. Listenpreis abgezogen. Nähere Infos bei teilnehmenden VW Betrieben. Symbolfoto.

Verbrauch: 5,8 – 6,1 l/100 km, CO_2-Emission: 153 – 159 g/km.

ANGESAGT

DAS WORT HAT ...

„Jugendliche sind unsere größte Ressource für die Zukunft. Bei der Unterstützung der Jugendlichen spielt **offene Jugendarbeit in den Gemeinden eine wesentliche Rolle.“**

Sophie Karmasin,
Familien- und Jugendministerin (Mitte)

„Sozialarbeiter vor Ort zu haben, ist dabei ganz wichtig, auch wenn das nur stundenweise ist. **Die Gemeinden werden aus dieser Studie die richtigen Schlüsse ziehen.“**

Helmut Mödlhammer,
Gemeindebund-Präsident (links)

„Wir freuen uns, dass die langjährige Arbeit im Bereich der Vernetzung und Professionalisierung offener Jugendarbeit Früchte trägt und es **so starkes Committment zur Förderung gibt.“**

Martina Steiner,
bOJA-Vorstand und Jugendarbeiterin

INTERNATIONAL

DER BLICK ÜBER DIE GRENZEN

Posse: Veganerin bringt Glockenspiel zum Verstummen

Im hessischen Limburg (Deutschland) wird das Glockenspiel des Rathauses vorerst nicht mehr das alte Volkslied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ erklingen lassen. Grund: Einer Veganerin, die in der Nähe arbeitet, bereitet der Text, vor allem die Zeile mit dem Jäger und dem Schießgewehr, angeblich Unbehagen.

Die Frau, so Stadtsprecher Johannes Laubach, stoße sich insbesondere an der Liedzeile „Sonst wird dich der Jäger holen, mit dem Schießgewehr“. Die Veganerin arbeite in Hörweite des Glockenspiels in einem Büro, erklärte Laubach. Weil ihr der Text, obwohl dieser glockenspielbedingt gar nicht zu hören ist und wohl nur im Kopf mitläuft, Unbehagen bereite, bat sie den Bürgermeister um Abhilfe. Dieser, Marius Hahn von der SPD, wollte offenbar kein Ungutmensch sein und verbannte das Lied fürs Erste aus der Liste. „Wir geben der Gans eine Schonzeit und tauschen immer wieder die Musikstücke“, so Laubach. Man habe 33 Lieder im Repertoire, überwiegend deutsche Volkslieder. Der Bürgermeister versicherte, dass es sich nicht um ein ideologisch motiviertes Einknicken handle.

http://diepresse.com/home/Ausland/Weltjournal/5167403/

ITALIEN: ROMS GEFALLENER STERN

Roms junge Bürgermeisterin Virginia Raggi war angetreten, den Sumpf der italienischen Hauptstadt trocken zu legen. Nach weniger als sieben Monaten im Amt droht sie nun genau in diesem Morast zu versinken.
Bei der Säuberung der versifften Stadtverwaltung und der mafiosen Strukturen in den städtischen Betrieben ist sie bislang ein Totalausfall. Aber damit nicht genug.
Für Ende Jänner hatte die Staatsanwaltschaft Raggi vorgeladen, der Termin wurde aber kurzfristig verschoben. Ihr wird Amtsmissbrauch bei der Ernennung von Renato Marra, dem Tourismusdirektor Roms, vorgeworfen. Dummerweise ist er ausgerechnet der Bruder von Raffaele Marra, einst Raggis wichtigster Mann, bis ihn im Dezember 2016 der lange Arm der Justiz wegen Korruptionsvorwürfen aus dem Verkehr gezogen hatte.

www.heute.de/ermittlungen-gegen-roms-buergermeisterin-raggi-wegen-amtsmissbrauches-46416198.html

Druck in der Mülltonne:
Wer presst, zahlt Strafe!

In Mietshäusern ist es immer wieder ein Ärgernis: Die Sammelmülltonnen sind wieder fast voll. Da bietet sich doch an, den eigenen Müll zu pressen und so doch noch den Abfall in die Tonne zu bekommen. Noch findiger sind viele Hausbesitzer. In immer mehr Kommunen berechnet sich die Müllgebühr maßgeblich nach der Menge an Müll, die anfällt. Der Landkreis Oberhavel (Brandenburg) etwa hat in seine Mülltonnen einen Chip eingebaut – gezahlt wird dann pro Abholung. Doch was eigentlich Müll vermeiden soll, wird von einigen findigen Zeitgenossen gerne umgangen. Im Internet werden seit Monaten vermehrt Müllpressen angeboten. Die gibt's oft schon für weniger als 20 Euro.

Das Problem beginnt schon bei der Abholung – in vielen Regionen fährt der Müllmann die Tonnen noch händisch zum Müllwagen. Der gepresste Müll ist deutlich schwerer. Häufig bleibt er dann zudem in der Mülltonne hängen. Schwerer wiegen jedoch die Probleme bei der späteren Sortierung des Mülls. In den Sortieranlagen wird der Abfall möglichst locker auf Bänder geschüttet. So kann er besser nach Materialarten getrennt werden. Was dabei nicht identifizierbar ist, landet dann im Restmüll. Gequetschte Verpackungen etwa – die wiederverwertet werden können – sind so aber nicht mehr zu erkennen.

Entsprechend konsequent gehen in Deutschland einige Kommunen aufgrund der Probleme inzwischen mit solchen Müllsündern um. Erste Kommunen nehmen zu schwere Mülltonnen inzwischen nicht mehr mit, lassen den Müll in der Tonne am Straßenrand stehen. Schaut man in die Satzungen der einzelnen Landkreise und Städte, so stellt man schnell fest, dass es auch richtig teuer werden kann. Geht die Tonne aufgrund des gequetschen Mülls etwa in Köln kaputt, so bittet die Stadt den Besitzer mit 90 Euro zur Kasse. Verglichen mit den Strafen in vielen Abfallsatzungen ist das aber noch günstig. In Aachen droht laut Satzung ein Bußgeld von bis zu 10.000 Euro. Auch andere größere Städte wie Hamburg, Dortmund oder Essen untersagen die Verdichtung von Hausmüll strikt und einheben hohe Bußgelder.

https://kommunal.de/artikel/muelltonne/

FOTOS: // BMFJ/Aigner // shutterstock/Iolanda Aalbers/VAV

GIS
GEBÜHREN INFO SERVICE

Eine Gemeinde fragt: Warum haben wir einen GIS-Aufsteller im Gemeindeamt?
Fernseher: Das Gemeindeamt ist bei allen Fragen rund um die An- und Abmeldung DIE Anlaufstelle für den Bürger. Das macht jedes Gemeindeamt zum Know-How-Träger darüber, wer gerade wo eingezogen ist, beziehungsweise wohin er seinen Wohnsitz verlegt hat. Der Aufsteller im Gemeindeamt erspart der Bürgerin und dem Bürger also einen Weg und somit Zeit.

Wie bekommt die Gemeinde aktuelle Formulare oder Kuverts?
Fernseher: Es gibt eine eigene E-Mailadresse die nur für diesen Zweck eingerichtet wurde. Sie lautet: **gis.info@gis.at.** Sie bekommen die Formulare und Kuverts rasch und für das Gemeindeamt selbstverständlich kostenfrei zugesendet.

Soll die Gemeinde die Formulare entgegennehmen?
Fernseher: Nein, mit den Rückversandkuverts können Anträge, Formulare und Einzugsermächtigungen bequem von der Bürgerin und dem Bürger an die GIS gesendet werden.

Wo bekommt man mehr Informationen zur Gebührenpflicht?
Die GIS bietet auf ihrer Homepage **www.gis.at** und unter der Service-Hotline **0810 00 10 80** alle Informationen rund um die Rundfunkgebühren an.

Für die hervorragende Zusammenarbeit mit mehr als 2300 Gemeinden, Bezirksämtern, Sozialstellen und Bürgerdiensten in ganz Österreich, als Service an Ihren Bürgerinnen und Bürgern bedankt sich

Ihr GIS Team

KOMMENTAR ZUR GEWERBEORDNUNG

VERFAHRENSKONZENTRATION **MEILENWEIT ENTFERNT**

Bei nach diesem Bundesgesetz genehmigungspflichtigen Betriebsanlagen, zu deren Errichtung, Betrieb oder Änderung (...) auch nach den bautechnischen Bestimmungen des jeweiligen Bundeslandes eine Bewilligung erforderlich ist, entfallen gesonderte Genehmigungen (Bewilligungen) nach diesen anderen Verwaltungsvorschriften, es sind aber deren materiellrechtliche Genehmigungs-(Bewilligungs-)Regelungen bei Erteilung der Genehmigung anzuwenden und die für die Anlage geltenden raumordnungsrechtlichen und flächenwidmungsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Bundeslandes zu beachten."

Und weiter heißt es: „Die Betriebsanlagengenehmigung bzw. Betriebsanlagenänderungsgenehmigung gilt auch als entsprechende Genehmigung (Bewilligung) nach (...) den bautechnischen Vorschriften des jeweiligen Bundeslandes."

Es handelt sich dabei wohlgemerkt nicht um einen ersten Vorentwurf einer Gesetzesänderung, es handelt sich dabei auch nicht etwa um einen Ministerialentwurf, der erst einem Begutachtungsverfahren unterzogen werden würde – nein: Es handelt sich um eine bereits im Ministerrat beschlossene Regierungsvorlage (!)

Obwohl im Begutachtungsverfahren von kommunaler Seite, von Behördenseite und auch von Länderseite massive Kritik an dieser Gesetzesbestimmung eingebracht wurde, blieb diese in der Regierungsvorlage unberücksichtigt. Zwar wurden textlich Änderungen vorgenommen, die den Anschein erwecken (sollten), dass den Bedenken Rechnung getragen wurde – inhaltlich hat sich aber gar nichts geändert.

So wurden von kommunaler Seite neben dem Eingriff in die Gemeindeautonomie auch die unklaren Bestimmungen kritisiert und zudem darauf hingewiesen, dass zahlreiche Gemeinden mittels Bauübertragungsverordnung heute bereits baurechtliche Agenden der Gewerbebehörde übertragen – dies aber in geordneten Verhältnissen und unter klaren Rahmenbedingungen.

> „Sollte die Bestimmung in dieser Form in Kraft treten, so würde genau das Gegenteil dessen bewirkt werden, was man erreichen wollte: **Mehr Zersplitterung und Bürokratie wären die Folge.**"

Von allen Seiten wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass diese Bestimmung gar nicht vollziehbar ist und unlösbare Abgrenzungsfragen mit sich bringt. Auch wurde zu erklären versucht, dass etwa bautechnische Bestimmungen gar keine Bewilligungspflicht begründen. Die Frage, was mit den „nicht-bautechnischen Bestimmungen" zu geschehen hat, blieb sowieso unbeantwortet.

Sollte tatsächlich die Bestimmung in dieser Form in Kraft treten, so würde genau das Gegenteil dessen bewirkt werden, was man erreichen wollte, denn von einer Verfahrenskonzentration und einer Entbürokratisierung ist man meilenweit entfernt.

Allen Bedenken zum Trotz steht diese Bestimmung kurz vor der Beschlussfassung – eine Bestimmung, die noch dazu in den Verfassungsrang gehoben wird bzw. infolge der (vermeintlichen) Zuständigkeitsänderung als Verfassungsbestimmung beschlossen werden muss – womit die eines Tages (unausweichlich) notwendig werdende Korrektur jedenfalls kein einfacher Spaziergang werden wird. Aber: In Stein gemeißelt ist immer nur, was in Stein gemeißelt wurde.

MAG. BERNHARD HAUBENBERGER
ist Jurist in der Fachabteilung Recht & Internationales des Österreichischen Gemeindebundes
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

GLOSSE

DAS „INKOMPETENZ-KOMPENSATIONS-KOMPETENZDEFIZIT“

Was wie ein Krankheitsbild oder ein Unwort des Jahres klingt, ist in Wahrheit nichts anderes als der Mangel an Fähigkeit, die eigene Unfähigkeit auszugleichen. Wiewohl der Mangel an Fähigkeit selbst wie auch der Mangel, selbigen ausgleichen zu können, nichts Gutes verheißen, offenbart zumindest Letzterer am Ende eines Tages, dass Dinge passieren, die bei vernünftiger Betrachtungs- und Herangehensweise so nicht passieren dürften. Dabei wäre es einfach, diesem offenkundigen Mangel, dem Kompensationskompetenz-Defizit, Herr zu werden – man müsste schlicht das tun, was einem die Vernunft sagen würde: in Verhandlungen und Gespräche jene einbinden, anhören und respektieren, die tagein und tagaus mit der jeweiligen Materie betraut sind und daher wissen, wo der Schuh drückt und wo man ansetzen müsste um die anstehenden Probleme zu beseitigen.

KOMMUNAL VOR 25 JAHREN

AUS UNSEREM ARCHIV

„Unberührte Gemeindeautonomie“

„Die Gemeindeautonomie bleibt bei einem EG-Beitritt Österreichs völlig unberührt. Ich sehe überhaupt keinen Grund zur Befürchtung, dass der eigene Wirkungsbereich der Gemeinden beeinträchtigt wird. Natürlich geht die EG (die „Europäische Gemeinschaft“ ist die Vorgängerbezeichnung der „Europäischen Union“, Anm. d. Red.) davon aus, dass gewisse Vorgaben bei Gesetzen, Richtlinien und Verordnungen gegeben sind. Aber: Wie das organisiert wird, bleibt jedem Mitgliedsland überlassen.“ Das ist die Kernaussage eines Interviews mit Föderalismusminister Jürgen Weiss in der März-Ausgabe des „kommunal-journals“ vom März 1992.

„Selbstverständlich“, so Weiss damals weiter, „wird sich für Gemeinden einiges ändern, nicht aber in ihrer Stellung in Österreich und in der Relation zu den Bundesländern.“ Dass es Bereiche geben würde (Stichwort Großaufträge von Gemeinden und die Verpflichtung zu europaweiten Ausschreibungen), war auch 1992 klar. Aber „kleinere Gemeinden sind davon nicht betroffen“, lautete die gängige Meinung.

CTX CONTAINEX
Raum zum Wohlfühlen!

Ihre Vorteile:
- Flexible Raumlösungen für Kindergärten / Schulen / Sportvereine / Jugendzentren
- Wärmedämmung mit modernsten Materialien
- Attraktives Preis-Leistungsverhältnis
- Beratung vor Ort

Anwendungsbeispiele:
- Gruppenräume
- Aufenthalts- und Sozialräume
- Umkleideräume und Garderoben

RAUM sofort CONTAINEX
www.containex.com

Kontaktieren Sie uns
Telefon: +43 2236 601-0 • E-Mail: ctx@containex.com
www.containex.com

PARTNER DER BBG BUNDESBESCHAFFUNG

64. ÖSTERREICHISCHER GEMEINDETAG & KOMMUNALMESSE

ÖSTERREICHS **TOP-KOMMUNALEVENT** BIETET VOLLES PROGRAMM

Viel Zeit ist nicht mehr: Der 64. Österreichische Gemeindetag und die Kommunalmesse 2017 in Salzburg nahen in Riesenschritten. In knapp 120 Tagen steigt Österreichs größter Kommunalevent.

TEXT / Hans Braun

Vorweg die Fakten zur Messe: Rund 150 Unternehmen* aus dem In- und Ausland werden auf der Kommunalmesse 2017 ihre Produkte und innovativen Lösungen für die Gemeinden vorstellen. Vom IT- und Telekommunikationsmarktführer A1 bis zum Fahrzeugexperten Zeppelin liest sich das vorläufige Ausstellerverzeichnis wie das „Who is who" der österreichischen Kommunalwirtschaft. Das Leistungsspektrum der Unternehmen deckt dabei den kompletten Bedarf einer Gemeinde ab – mit dem Vorteil, dass die Produkte auf der Messe genau in Augenschein genommen werden können.

Die Messefläche im Innenbereich beträgt 10.000 m², das Freigelände umfasst 3500 m², in Summe also rund 14.000 m². Auf diesen 14.000 m² werden Ende Juni die Vertreter und Experten der Firmen an zwei Messetagen auf rund 5000 Besucher aus nahezu allen östereichischen Gemeinden treffen. Und nicht nur aus Österreich werden Gemeindevertreter kommen. Die Nähe zu Bayern und die gute gelebte Nachbarschaft (die EU-Region Salzburg – Berchtesgadener Land –Traunstein ist eine der ältesten und aktivsten grenzüberschreitenden Projekte Europas) wird vermutlich auch viele Kommunalmandatare aus unserem Nachbarland zur Leistungsschau der Kommunalwirtschaft anlocken.

Mit den „Open Space"-Vorträgen wird auch 2017 ein weiteres Erfolgselement der Kommunalmesse wieder stattfinden. In diesen Vorträgen bieten Firmen und Institutionen einen detaillierten Einblick in Programme oder Angebote, die besonders auf Gemeinden zugeschnitten sind. Diese Vorträge haben durch ihren Seminarcharakter (eher kleinere Teilnehmerzahl, ruhiger Rahmen) den Vorteil, dass Themen und Angebote eben wirklich bis ins Detail diskutiert und besprochen werden können.

Gelebte Tradition beim Gemeindetag. Die Erfolgskombination 64. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse hat sich als wahres Zugpferd mit unglaublich vielen Synergieeffek- »

*Stand 15. Februar 2017

LINKS ZU GEMEINDETAG UND KOMMUNALMESSE

gemeindebund.at/gemeindetag

und

diekommunalmesse.at

FOTO // shutterstock/Canadastock

KOMMUNALMESSE 2017

www.diekommunalmesse.at

Österreichs **größte Fachmesse** für Kommunen

29.–30. JUNI 2017 MESSEZENTRUM SALZBURG

IM RAHMEN DES 64. ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDETAGES

ÖSTERREICHISCHER KOMMUNALVERLAG

ten erwiesen. Die Eröffnung des 64 Gemeindetages findet am 29. Juni um 11 Uhr 30 in der Halle 10 statt, danach geht's zum Messerundgang und zur Verleihung des Gemeindepreises. Davor gibt's noch eine Präsentation einer „Verfolgungsjagd" der Landespolizeidirektion Salzburg.

Die Fachtagung um 14.00 Uhr hat den Schwerpunkt „Kommunale Infrastruktur", nebst Politikwissenschafter Peter Filzmaier, hat Bundesminister Andrä Rupprechter (sein Schwerpunkt ist der Masterplan ländlicher Raum) zugesagt. Davor wird es noch einen interessanten Vortrag mit dem ZIB-Sprecher Tarek Leitner zum Thema „Landschaftsbild/Ortsbild" von der Initiative Pro Steildach geben.

Der Showact zum Galaabend bleibt – wie jedes Jahr – eine Überraschung, jedoch haben die meisten so etwas noch nicht gesehen, wie aus dem Gemeindebund zu erfahren ist. Kulinarisch unternimmt der Teilnehmer am Galaabend eine Reise durch alle neun Bundesländer!

Das Salzburger Militärkommando unterstützt traditionsgemäß musikalisch und auch kulinarisch wieder; erstmals wird der neue Bundespräsident Alexander van der Bellen erscheinen, ferner ein Vertreter von Stadt und Land Salzburg, die Festrede am Freitag hält Bundesminister Sebastian Kurz. Um 9.30 Uhr beginnt die Haupttagung, im Anschluss daran wird es einen abschließenden Messerundgang geben, so um 13 Uhr enden Gemeindetag und Kommunalmesse 2017.

Wichtige organisatorische Infos: Rasch anmelden, dann hat man auch mehr Hotels zur Auswahl, zehn Tage vorher bekommen die Angemeldeten eine Teilnahmebestätigung per E-Mail mit der sie gratis (für eine Fahrt gültig) innerhalb der Kernzone Salzburg ab Mi, 28. 6., 13 Uhr, zum Messezentrum Salzburg gelangen, um sich das Teilnahmeticket und die Unterlagen zu holen. Wichtig: das Teilnahmeticket ist von 28. 6. 2017 13:00 Uhr bis 30. 6. 2017 15:00 Uhr als Verbundfahrkarte in der Kernzone Salzburg gültig.

Das sagen die Aussteller

WIR STEHEN FÜR 111 JAHRE SICHERHEIT

„ÖWD SECURITY & SERVICES steht seit 111 Jahren für Sicherheit und Ordnung. In Zusammenarbeit mit Städten und Gemeinden bauen wir den Schutz für die Bürger und Bürgerinnen immer weiter aus. Die Kommunalmesse ist das perfekte Event, um sich über die modernsten Techniken, innovative Lösungen und professionelle Dienstleistungen auszutauschen. Wir präsentieren unsere qualitativ hochwertigen Leistungen rund um das Facility-Management, dazu zählen die Bewachungsdienstleistungen, die Gebäudereinigung sowie die neueste Sicherheitstechnik und individuelle Zeiterfassungssysteme und Zutrittskontrollen."

MMag. Harald Eder,
Landesdirektor Salzburg

UNSER SCHWERPUNKT IST DAS NATURGEFAHRENMANAGEMENT

„Wir sind ein junges Unternehmen mit dem Spezialbereich naturräumliche Planungen, Prävention und Naturgefahrenmanagement. Ein Fachgebiet, dass aufgrund der zunehmenden Naturgefahren (Hochwässer, Muren, Lawinen, Wildbachgefahren, Steinschlägen und Rutschungen) essentiell ist. Wir sehen die Kommunalmesse als wichtige Plattform, um mit möglichst vielen Gemeindevertretern Dialoge zu führen, Bedürfnisse zu erkennen und persönliche Kontakte zu vertiefen", so Christoph Skolaut. „Mit dem diesjährigen Motto ‚Ideen – Innovationen - Information' wollen wir vor allem auf unsere intensive Arbeit an einer Wildbachbegehungs-Software aufmerksam machen. Das bedeutet, den Wildbachaufsichtsorganen der Gemeinden eine zuverlässige und zeitersparende Lösung in die Hand zu geben, um ihre Wildbachaufsicht gem. § 101 des Forstgesetzes effizient zu erfüllen.
Mit der diesjährigen Kommunalmesse in Salzburg freuen wir uns besonders auf gute Gespräche und neue interessante Kooperationen in unserer Heimat."

DI Christoph Skolaut,
Inhaber von SKOLAUT NaturRaum, Ingenieurbüro für Naturgefahrenmanagement

ALLES RUND UMS SCHWERE GERÄTE AUS EINER HAND

„Zeppelin Österreich hat ein breit gefächertes Produktprogramm. Dies beinhaltet eine Reihe von Produkten, die speziell für die Aufgaben in Kommunalbetrieben und Gemeinden gebaut wurden. Neben Verdichtungsgeräten, Minibaggern, Raddumpern und Kleinradladern bieten wir auch die dazugehörigen Anbauteile, Dienstleistungen und maßgeschneiderte hauseigene Finanzierungen an. All diese Produkte finden Sie auf der Kommunalmesse in Salzburg. Wir freuen uns, Sie auf unserem Stand begrüßen zu dürfen!"

Ing. Friedrich Mozelt,
Vorsitzender der Geschäftsführung (Zeppelin Österreich GmbH)

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE

DENK DIGITAL. BLEIB KOMMUNAL.

Die Digitalisierung verändert unser Leben ähnlich stark wie die industrielle Revolution. Daher stehen die Kommunalen Sommergespräche 2017 unter dem Motto „Denk digital – bleib kommunal“. Neu werden dieses Jahr die Foren organisiert: Erstmals kann man gleich zwei Foren an einem Nachmittag besuchen.

Wie hat sich die Kommunikation in den letzten 20 Jahren in den Gemeinden, im ländlichen Raum verändert? Gibt es einen Dialog zwischen der medialen Elite und der tatsächlichen Empfindung vor Ort und führt die rasante digitale Entwicklung an der Politik und an der Meinungsbildung vorbei? Die Digitalisierung macht auch vor Gemeinden nicht halt. Bürger, Verwaltungen und Politik erkennen die Veränderungen und Möglichkeiten jeweils aus ihren eigenen Perspektiven. In der individuellen Nutzung entwickeln sie unterschiedliche Geschwindigkeit und nehmen unterschiedliche Haltungen ein.

Bei den Kommunalen Sommergeprächen, die vom 19. bis 21. Juli 2017 in Bad Aussee stattfinden, haben Sie wieder die Möglichkeit, die führenden Experten für diesen Themenkomplex zu treffen und ihren Strategien, Theorien und Forderungen zu lauschen. Das Programm ist kurz vor der Fertigstellung – einige interessante Punkte dürfen wir Ihnen aber heute schon verraten.
Der deutsche Philosoph und Politikwissenschaftler Dr. Michael Werz vom Center for American Progress in Washington D.C. wird mit seinem Impuls am Mittwoch starten. Weitere Highlights sind die am Donnerstag folgenden Inputs von Ingrid Brodnig und Anke Knopp. Brodnig hat in den vergangenen Jahren zwei Bücher zum Thema Hasspostings und Anonymität im Internet geschrieben. Die freie Journalistin Anke Knopp ist Projektmanagerin von „Smart Country“ bei der Bertelsmann Stiftung.

Am Donnerstagnachmittag finden wieder die Foren statt, bei denen Sie die Möglichkeit haben, sich zu unterschiedlichen Themen tiefergehend zu informieren. Für 2017 gibt es bei der Organisation aber eine wichtige Neuerung: Die Foren dauern nur mehr 80 Minuten und in einer 20-minütigen Pause können Sie in ein anderes Forum wechseln. Damit ist es den Teilnehmer/innen 2017 möglich, gleich zwei Foren an einem Nachmittag zu besuchen.

Der Freitag steht wie immer im Zeichen der Diskussion. Die politischen Teilnehmer stehen noch nicht fest. Sie werden aber nach einem in gewohnter Weise pointierten Impuls von Politwissenschaftler Peter Filzmaier zum Thema „Gemeinden im Zeitalter der digitalen Kommunikation“ debattieren.

www.sommergespraeche.at

KOMMUNALMESSE 2017
www.diekommunalmesse.at

Programm des Österreichischen Gemeindetags 2017

Mittwoch, 28. Juni

14.00 - 17.00
Pre-Check-In
64. Österreichischer Gemeindetag

Donnerstag, 29. Juni

ab 08.00
Check-In
64. Österreichischer Gemeindetag

09.00 - 17.00
KOMMUNALMESSE

11.30
Eröffnung des
64. Österreichischen Gemeindetages

14.00 - 16.00
Fachtagung des
64. Österreichischen Gemeindetages

19.30
Gala-Abend des 64. Österreichischer Gemeindetages

Freitag, 30. Juni

8.00 - 13.00
Check-In
64. Österreichischer Gemeindetag

9.00 - 13.00
KOMMUNALMESSE

9.30
Haupttagung
64. Österreichischer Gemeindetag

12.00
Messerundgang &
kulinarischer Ausklang

Stand 14. Februar 2017

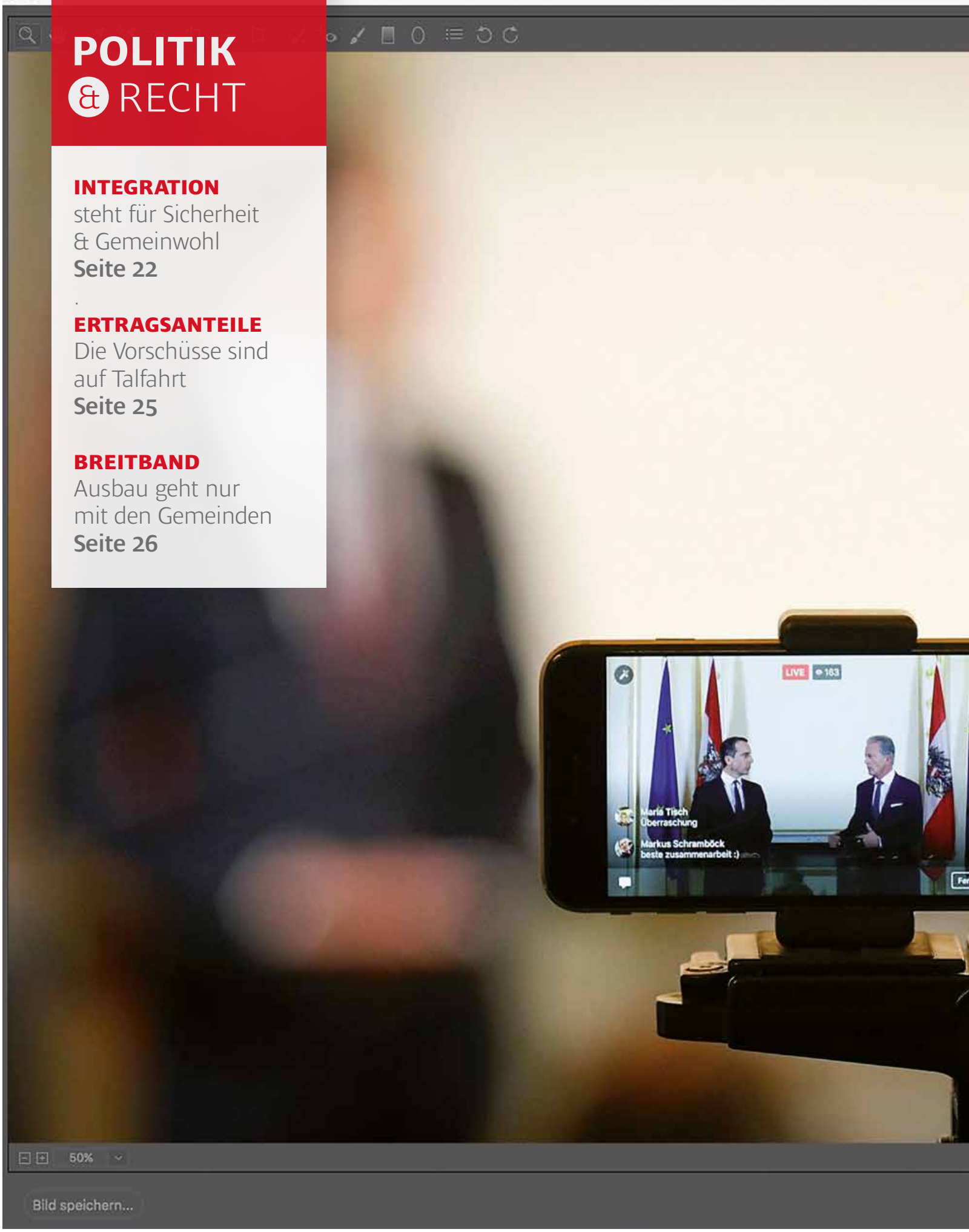
POLITIK & RECHT

INTEGRATION
steht für Sicherheit & Gemeinwohl
Seite 22

.

ERTRAGSANTEILE
Die Vorschüsse sind auf Talfahrt
Seite 25

BREITBAND
Ausbau geht nur mit den Gemeinden
Seite 26



DAS REGIERUNGSPROGRAMM

DA GIBT'S EINIGES ZUM NACHBESSERN

Es war der letzte Ruck, den sich die Bundesregierung gegeben hat. Herausgekommen ist ein Arbeitsprogramm, das die Koalition bis zum planmäßigen Wahltermin im Herbst 2018 abarbeiten will. Doch was bringt dieses Programm für die Gemeinden?

DAS ARBEITSPROGRAMM UND DIE GEMEINDEN

FOTOS // BKA/Andy Wenzel

TEXT/Daniel Kosak

Es stand Spitz auf Knopf", hörte man oft aus Verhandlerkreisen in jenen Tagen, als SPÖ und ÖVP Tag und Nacht darüber verhandelten, ob und wie die Koalition fortgesetzt werden soll. Neuwahlen lagen in der Luft und wurden letztlich wieder abgeblasen. „Zum Glück haben sich alle Beteiligten rechtzeitig besonnen", sagt Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer. „Die Regierung ist dazu da, um zu arbeiten. Für Taktiererei und Machtspiele haben die Menschen kein Verständnis. Ich bin froh, dass die Koalition das erkannt hat."

Nun liegt unter dem Titel „Für Österreich" ein 36 Seiten starkes Arbeitsprogramm vor, das die Regierung von Christian Kern und Reinhold Mitterlehner in den nächsten eineinhalb Jahren abarbeiten will. Beschrieben sind nicht nur eine Fülle von Maßnahmen, sondern auch deren geplante Umsetzungszeitpunkte, ein Novum in derartigen Dokumenten. „Ich halte das für sehr ambitioniert", sagt Mödlhammer. „Denn in vielen Bereichen, nicht nur in jenen, von denen die Gemeinden betroffen sind, gibt es sicherlich noch Verhandlungsbedarf."

Ein für die Gemeinden sehr wesentliches Vorhaben findet sich auf Seit 10 des Programms unter dem Titel „Beschäftigungsaktion 20.000". Hier will die Bundesregierung rund 20.000 Menschen, die schon länger arbeitslos sind, in den Gemeinden beschäftigen. Über gemeinnützige Trägervereine oder die Gemeinden sollen die Menschen direkt angestellt werden – das Programm ist auf zwei Jahre befristet und wird vom Bund mit 200 Mio. Euro finanziert. „Hier gibt es akuten Gesprächsbedarf", sagt Mödlhammer. „Ich habe momentan wenig Phantasie, wie der Bund sich das vorstellt. Wir haben weder Arbeit für 20.000 zusätzliche Personen, noch haben wir das Geld, um das Programm nach zwei Jahren weiterzuführen. Sollen wir diese Menschen nachher wieder rausschmeißen?", fragt »

DER REGIERUNG

KOMMUNAL hat sich die Vorhaben der Regierung genauer angesehen und deren erwartbare Auswirkungen auf die Gemeinden bewertet.

BETROFFENHEIT DER GEMEINDEN AUF EINER SKALA VON EINS BIS FÜNF

ZEITPLAN UMSETZUNGS-MASSNAHMEN

BESCHÄFTIGUNGSAKTION 20.000

Die Gemeinden sollen Langzeitarbeitslose über gemeinnützige Trägerorganisationen einsetzen. Das Programm ist auf zwei Jahre befristet, die Regierung finanziert es mit 200 Mio. Euro.

Start von Modell-projekten Juli 2017

MASTERPLAN „LÄNDLICHER RAUM“

Mit dieser Strategie sollen die Wirtschafts- und Lebensbedingungen auf dem Land systematisch verbessert werden. Der Masterplan wird im Rahmen eines breiten Stakeholder-Prozesses bis Sommer 2017 entwickelt. Die Ergebnisse werden im Herbst 2017 dem Ministerrat vorgelegt. Die Bandbreite der Themen reicht von Land- und Forstwirtschaft und Wirtschaft über Infrastruktur, Mobilität und soziale Verantwortung bis hin zum digitalen Dorf.

Ministerrat Oktober 2017

KINDERBETREUUNG

Stärkung der Elementarpädagogik, Pilotprojekte zur aufgabenorientierten Finanzierung von Kinderbetreuung, Einführung des zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres.

Start im Jänner 2018

BREITBANDVERSORGUNG

Bis 2020 sollen 75% der Bevölkerung über ultraschnelles Internet verfügen. Die Breitbandmilliarde soll evaluiert und optimiert werden.

Ministerrat Juni 2017

SCHULE

Stärkung der Schulautonomie und Eigenverantwortung, Ausstattung der Schulen mit moderner digitaler Technik (Tablets, Laptops).

Start im Jänner 2018

SICHERHEIT UND INTEGRATION

Verpflichtendes Integrationsjahr für Asylwerber und –berechtigte. Ausbau gemeinnütziger Tätigkeit, Sprachkurse auch schon im Bewerberstatus bei hoher Anerkennungswahrscheinlichkeit.

Ministerrat März 2017

WEITERENTWICKLUNG DES WAHLRECHTS

Die Briefwahl soll optimiert werden, diskutiert wird ein vorgezogener Wahltag.

Analyse bis Juli 2017

> „HIER GIBT ES **AKUTEN GESPRÄCHS-BEDARF.**“
>
> **Helmut Mödlhammer,**
> Präsident des Gemeindebundes, zur „Beschäftigungsaktion 20.000“

Mödlhammer. Auch der Chef des nö. Gemeindebundes Alfred Riedl ist skeptisch. „Das würde uns stark fordern“, sagt Riedl. „Fest steht aber, dass es zu keinen Mehrkosten für die Gemeinden durch die Hintertür kommen darf.“ Der Tiroler Gemeindeverband-Präsident Ernst Schöpf wird noch deutlicher: „Ich halte das nicht für realisierbar“, so Schöpf, „insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzierbarkeit nach Auslaufen der Anschubfinanzierung durch den Bund.“ Abgesehen davon stelle sich die Frage nach dem bedarfsgerechten Arbeitseinsatz. Die Gemeinden haben derzeit österreichweit (ohne Wien) insgesamt rund 73.000 Mitarbeiter/innen, von der Verwaltung bis zu den Bauhöfen und Kindergärten. „Da sind 20.000 Personen zusätzlich – noch dazu mit völlig heterogenen Ausbildungsständen – eine gewaltige Menge“, sagt Mödlhammer. „Wir werden sehen und hören, wie sich die Regierung das vorstellt.“ Schon im April will man diese Maßnahme im Ministerrat beschließen, ab Juli soll es zu Pilotprojekten kommen.

Im Zuge der Integrationsbemühungen sieht die Regierung ein Integrationsjahr für Asylwerber und Asylberechtigte vor. Schon jetzt ist ja gemeinnützige Arbeit in den Gemeinden möglich, künftig soll sie für die Flüchtlinge einerseits verpflichtend, andererseits ohne Entgelt angeboten werden. Mit dieser Maßnahme will man den Menschen den späteren Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtern. „In diesem Bereich haben wir in den Gemeinden schon viele Erfahrungen gemacht“, berichtet Mödlhammer. „Das scheint mir von der Umsetzung her kein unbewältigbares Problem zu werden.“

Ein zweiter großer Punkt im Arbeitsprogramm ist die geplante Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres. Schon jetzt ist das letzte Kindergartenjahr verpflichtend und daher weitgehend kostenfrei, nun soll auch das vorletzte Kindergartenjahr ähnlich gehandhabt werden. „Organisatorisch hätten wir damit kein Problem“, sagt Mödlhammer. „Mir erschließt sich die Sinnhaftigkeit nur nicht gänzlich.“ Schon jetzt liege die Besuchsquote in diesem Alter bei rund 96 Prozent im österreichweiten Durchschnitt. „Wir würden also eine Verpflichtung – und damit auch eine Kostenfreiheit – einführen, um die letzten vier Prozent in Betreuung zu bekommen. Das kostet aber 50 bis 70 Millionen Euro zusätzlich, da frage ich mich schon, ob das in der Abwägung sinnvoll

DAS SAGEN DIE GEMEINDEVERTRETER
ZU DEN VORHABEN DER REGIERUNG

„Ich halte das **für nicht realisierbar“**

Ernst Schöpf, Präsident des Tiroler Gemeindeverbandes, zu den Plänen der „Beschäftigungsaktion 20.000“

„Die Baulandmobilisierung mit 25 Prozent Vorbehaltsflächen für den förderbaren Wohnbau **ist für die Gemeinden äußerst wichtig.“**

Erich Trummer,
Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes im Burgenland, zu den Plänen der Bauland-Mobilisierung

„Es muss auch hinkünftig gelten: **Wer anschafft, der bezahlt auch.“**

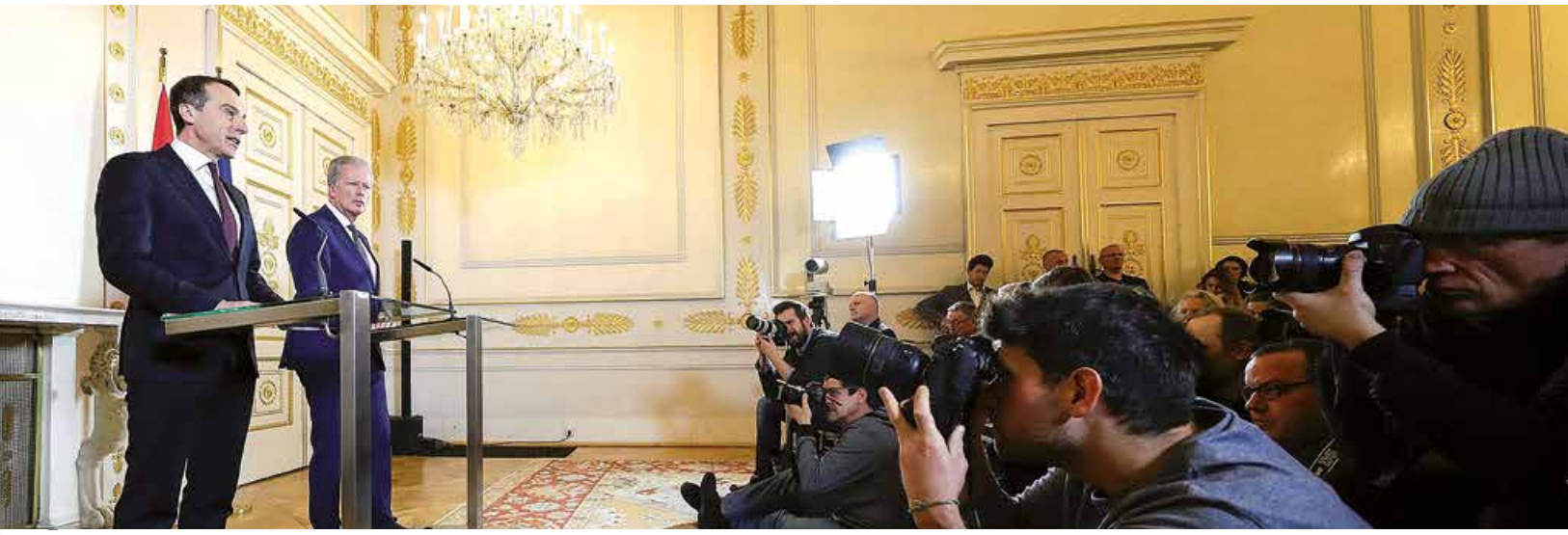
Rupert Dworak,
Präsident des sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes in Niederösterreich, zur Kompetenzverteilung

„Die konkrete Umsetzung **muss man in jedem Fall mit den Gemeinden verhandeln.“**

Hans Hingsamer,
Präsident des oberösterreichischen Gemeindebundes, zur Kompetenzverteilung

„Das würde uns **stark fordern.“**

Alfred Riedl,
Präsident des niederösterreichischen Gemeindebundes, zu den Plänen der „Beschäftigungsaktion 20.000“



Kanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner beschrieben in dem Programm nicht nur eine Fülle von Maßnahmen, sondern auch deren geplante Umsetzungszeitpunkte: ein Novum in derartigen Dokumenten.

ist.“ Rupert Dworak, Präsident der nö. Gemeindevertreter der SPÖ, sieht das pragmatisch. „Es muss auch künftig gelten: Wer anschafft, der bezahlt auch.“ Wenn der Bund für diese Kosten aufkomme, dann seien die Gemeinden zur Umsetzung bereit. Die Präsidenten aus Salzburg und Oberösterreich sehen beide noch einige Fragen ungeklärt. „Man muss sich bei solchen Vorhaben dann auch die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden anschauen“, sagt etwa Günther Mitterer. Die konkrete Umsetzung müsse man in jedem Fall mit den Gemeinden verhandeln, ergänzt der Oberösterreicher Hans Hingsamer. Bis Herbst sollen diese Verhandlungen geführt worden sein, mit Jahresbeginn 2018 will die Regierung mit der Umsetzung starten.

Fast durchwegs positiv werden von den Gemeindevertretern hingegen die Pläne zur Bauland-Mobilisierung gesehen, ein Teil davon betrifft die Stärkung der Vertragsraumordnung. „Aus Sicht der Gemeinden ist das zu begrüßen“, sagt Ernst Schöpf aus Tirol, dessen Gemeinden stark unter dem Mangel an verfügbarem Bauland leiden. Auch der Chef der burgenländischen SPÖ-Gemeinden, Erich Trummer, kann diesem Vorhaben etwas abgewinnen. „Die Baulandmobilisierung, mit 25 Prozent Vorbehaltsflächen für den förderbaren Wohnbau, ist für die Gemeinden äußerst wichtig“, sagt Trummer. Harald Köhlmeier aus Vorarlberg sieht das ähnlich. „Die verfassungsmäßige Klarstellung der Zuständigkeit für die Vertragsraumordnung wäre ein Fortschritt“, meint er. Die Umsetzung dieses Teils scheint vom Zeitplan her realistischer zu sein, bis zum November 2017 will man im Ministerrat die Weichen dafür gestellt haben.

Bleibt noch der „Masterplan für den ländlichen Raum“, ein Herzensprojekt von Helmut Mödlhammer. „Ich weiß gar nicht, wie lange ich den schon fordere, so ungefÄhr seit Anfang des Jahrtausends. Es wäre großartig, wenn das nun endlich gelingt. Wir brauchen wirklich dringend eine nachhaltige Strategie zum Erhalt und der Entwicklung des ländlichen Raums. Es muss klar sein, welches Minimalmaß an Infrastruktur für alle Menschen verfügbar sein muss, von Einrichtungen der Daseinsvorsorge bis hin zu Schulen, Kindergärten oder Breitband.“ Bei Mödlhammers Kollegen in den Ländern stößt dieses Vorhaben ebenso auf ungeteilte Zustimmung. Skepsis gibt es nur beim Zeitplan. „Das bis zum Herbst zu schaffen, wird sicherlich eng“, meint Mödlhammer. „Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf – wir werden uns da mit aller Kraft einbringen.“

Weitere große Themenfelder, wie etwa Folgemaßnahmen bei der Integration, die Breitbandversorgung oder die Ausstattung der Schulen mit modernen Geräten, betreffen die Gemeinden natürlich auch. „Wir sind überall gesprächsbereit“, sagen die Gemeindevertreter unisono. „Es ist gut, wenn sich die Regierung etwas vornimmt und selbst Ziele setzt. In den Kommunen sind wir es gewohnt, dass wir an der Sacharbeit gemessen werden und unsere Agenda Stück für Stück abarbeiten. Ähnliche Arbeitsweisen kann man der Regierung nur empfehlen.“

DANIEL KOSAK IST LEITER DER ABTEILUNG PRESSE & KOMMUNIKATION DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
daniel.kosak@gemeindebund.gv.at

ARBEITSPROGRAMM II

INTEGRATION STEHT FÜR **SICHERHEIT & GEMEINWOHL**

Im Jänner haben sich die Regierungsparteien auf ein Arbeitsprogramm für die kommenden zwei Jahre geeinigt. Dabei wurden erfreulicherweise auch Maßnahmen aufgegriffen, die der Österreichische Gemeindebund schon seit gut einem Jahrzehnt fordert, etwa ein Masterplan für den ländlichen Raum.

TEXT // Nicolaus Drimmel

Abgesehen von einzelnen Punkten wird eine generelle Linie erkennbar. Die thematischen Schwerpunkte sind höchst aktuell, und betrifft die wichtigsten und wesentlichen Herausforderungen, denen wir derzeit gegenüberstehen, nicht nur den Staatsapparat, sondern das ganze Land und seine Gesellschaft. Mit den sechs Kapiteln des Papiers werden diese Aufgaben pointiert formuliert und hervorgehoben, sodass man diese wie folgt aufzählen kann.

Österreich soll wettbewerbsfähig und lebenswert sein, es soll sich der Bildung und Innovation verschreiben, nachhaltig wirtschaften, es soll nach den neuesten Regeln der Kunst verwaltet werden und eine ebensolche Selbstverwaltung zulassen, vor allem soll es sicher und einig sein. Letztlich muss es seine Stellung in Europa und in der Welt behaupten. Diese sechs Leitlinien könnten, wenn sie in Versmaß gegossen wären, ja eigentlich wie eine moderne Bundeshymne klingen, und sie ergeben ja auch ein rundes Ganzes.

Denn alle diese aufgezählten Ziele sind kommunizierende Gefäße, jedes Kapitel wirkt sich auf die anderen aus. Die Entwürfe eines Integrationsgesetzes und eines Arbeitsmarktintegrationsgesetzes wurden von der Regierung Anfang Februar gleichsam als die ersten Maßnahmen dieses Programms in das Begutachtungsverfahren geschickt. Anhand des Beispiels der Integration soll daher dargelegt werden, warum Integration für das Leben in unserem Land und mit unserer Zukunft so wichtig ist.

> „Es muss eine eminente Frage für uns als Gesellschaft sein, **dass die Integration von Menschen**, die erst mit den Werten unserer Kultur und unseres Zusammenlebens vertraut gemacht werden müssen, **gelingt**."

Eine gelungene Integration entsteht nicht allein durch Vorgaben eines zentralen Gesetzgebers, sondern sie wächst in erster Linie durch die Sicherung des Daseins (Daseinsvorsorge) der Menschen in den Gemeinden, durch Bildung, Kommunikation und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie wird in unserem föderalen System außerdem durch Regelungen und Maßnahmen der Länder gewährleistet. Ein gesunder Mix all dieser Funktionen garantiert jedem und jeder von uns auch nachhaltig eine innere Sicherheit, von der auch wirtschaftliche Entwicklung und Wohlfahrt abhängen. Bildung und ein funktionierendes Gemeinwesen sind dabei auch jene schwer bewertbaren, aber unerlässlichen Faktoren, welche eine erfolgreiche Standortpolitik, Nachhaltigkeit und Innovation unterstützen.

Genauso wie es uns ein Anliegen sein muss, dass unsere Kinder die Grundwerte unserer Gesellschaft verinnerlichen, damit auch in Zukunft das Staatswesen auf den Prinzipien der Menschenwürde und Freiheit funktioniert, ist es eine eminente Frage, dass die Integration von Menschen, die erst mit den Werten unserer Kultur und unseres Zusammenlebens vertraut gemacht werden müssen, auch wirklich gelingt.

Bei der Umsetzung von legistischen Maßnahmen auf diesem Gebiet muss nicht nur die verteilte Kompetenzlage beachtet werden, es zeichnen etwa zwei Ressorts für die vorliegenden Gesetzesentwürfe verantwortlich. Vielmehr muss auch berücksichtigt werden, dass es sich bei der Integration um eine noch viel weiter gefächerte Querschnittsmaterie handelt. So muss auf die heterogene Struktur des Landes und die

Gemeinden, die Flüchtlinge beherbergen, betonen immer wieder, dass diese einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können sollen.

teilweise (noch) unterschiedlichen Ansätze der Bundesländer Rücksicht genommen werden, aber auch über Infrastruktur und die vorhandenen Kapazitäten.

Aus den Medien sind ja bereits die ersten Maßnahmen dieses Integrationspaketes bekannt. Sehr oft zitiert wurden dabei die Deutschkurse (§ 4 Entw. IntG), Werte- und Orientierungskurse (§ 5 Entw. IntG) oder das Verbot der Gesichtsverschleierung, vor allem aber das Prinzip des „Förderns und Forderns“ und in diesem Zusammenhang das so genannte Integrationsjahr (§ 3 Entw. AMIntG).

Von Gemeinden, die Flüchtlinge beherbergen, wurde immer wieder an die Bundespolitik herangetragen, dass es für die Flüchtlinge persönlich besser und dem Klima in der Gemeinde zuträglicher ist, wenn diese einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen können. Die Möglichkeit, Flüchtlinge für gemeinnützige Tätigkeiten heranziehen zu können, war ein erster Schritt. Kinder hätten die Stütze eines geordneten Tagesablaufes und einer sinnvollen Beschäftigung ja ohnedies schon mit dem Schulbesuch, aber auch die Erwachsenen sollten möglichst früh in das Gemeinwesen eingebunden werden können.

Durch die Möglichkeit der Ausübung von Tätigkeiten wird nicht nur der Spracherwerb und die Eigenständigkeit unterstützt, sondern die Menschen sollen eben nicht zum Nichtstun verurteilt sein. Hier werden sicher noch einige praktische Fragen zu klären sein. Schon vorweg wurde zwar klargestellt, dass sich das Integrationsjahr von der freiwilligen gemeinwohlorientierte Tätigkeit, die beispielsweise auch von Gemeinden angeboten wird, insofern unterscheidet, als die gemeinnützige Tätigkeit von Asylwerbern im Rahmen der Grundversorgung auch in reinen Hilfstätigkeiten bestehen kann. Eine Klärung zu Versicherungsfragen der Gemeinden bei der gemeinnützigen Beschäftigung wurde allerdings nicht vorgenommen.

Im Integrationsjahr hingegen steht der Erwerb von Kenntnissen und Fertigkeiten durch ein Arbeitsmarkttraining im gemeinnützigen Bereich für eine nachfolgende Beschäftigung am regulären Arbeitsmarkt im Vordergrund, und dies auch nur für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Dass das Integrationsjahr auf individuelle Fähigkeiten und Kenntnisse abgestimmt sein soll, ist selbstverständlich, aber es ist auch zu hoffen, dass das für die Abwicklung zuständige AMS eine solche Differenzierung schafft, einen intensive Zusammenarbeit mit anderen Verantwortungsträgern ermöglicht und auch ausreichend geeignete Maßnahmen zur Verfügung stellen kann.

Ziel dieses Integrationsjahres ist es, dass nunmehr Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte in einem Zeitraum von mindestens einem Jahr den Zugang zu diversen Modulen arbeitsmarktpolitischer Förderung erhalten. Das klingt hochgestochen, verlangt aber nicht mehr und nicht weniger das Verinnerlichen unserer »

HOFRAT MAG. NICOLAUS DRIMMEL IST LEITER DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
nicolaus.drimmel@gemeindebund.gv.at

Kultur des Zusammenlebens. Die Maßnahmen umfassen neben Deutschkursen auch Unterstützung bei der Anerkennung von bereits erworbenen Qualifikationen, Werte- und Orientierungskurse oder auch ein Arbeitstraining, das von Zivildienst-Trägern bereitgestellt werden soll.

Eine weitere Erleichterung für Flüchtlinge stellt die Arbeitsmarktöffnung für Tätigkeiten in Privathaushalten dar. So soll es Asylwerbern, die seit mindestens drei Monaten zum Asylverfahren zugelassen sind, ermöglicht werden, auch Beschäftigungen per Dienstleistungscheck für haushaltstypische Dienstleistungen in Privathaushalten anzunehmen.

Das Integrationsgesetz macht deutlich, dass der Prozess nicht umgangen werden darf. Es macht deutlich, dass jemand, der in Österreich dauerhaft bleiben will, auch gewisse Spielregeln einzuhalten hat. Die Mitwirkung der betroffenen Personen ist dafür unerlässlich und wird durch eine Integrationsvereinbarung eingefordert (§ 7 Entwurf IntG). Diese ist der Angelpunkt des Verständnisses vom „Fordern und Fördern".

Solche Vereinbarungen gibt es in der Praxis schon in einigen Bundesländern, dies soll nunmehr auf das ganze Bundesgebiet ausgeweitet werden. Auch hier zeigt sich, dass das vorliegende Gesetz aufgrund der gegebenen Ist-Situation schwerlich aus einem Guss sein kann, es muss zum Teil fein auf bestehende Landesregelungen aufsetzen und bestimmte regionale und sektorielle Voraussetzungen berücksichtigen. Insofern ist das Integrationspaket ein weiterer Schritt zu einer besseren und von allen Verantwortungsträgern mitgetragenen Integration.

Für diesen Prozess ist es eminent wichtig, dass Einrichtungen der Gemeinden und der Zivilgesellschaft, die schon jetzt Bedeutendes leisten, auch weiterhin entsprechende Förderungen erhalten (§ 16 Entw. IntG) und ein intensives und kompetenzübergreifendes Integrationsmonitoring (§ 17 Entw. IntG) eingeführt wird. Gerade für die Erhebung des Status quo und die Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen wird es nötig sein, umfassende Daten aus den Bereichen Asyl, Bildung, Sozialleistungen, Arbeitsmarkt, Deutsch- und Wertekurse zu erheben und daraus Strategien und weitere Schritte zu entwickeln. Mit dem Integrationspaket wurde richtig erkannt, dass Integration ein Garant für unsere Zukunft ist, für Sicherheit und zum allgemeinen Wohl.

STATEMENTS ZUR INTEGRATION

„Es geht darum, die **Aufgaben präzise zu definieren**."

Hans-Peter Doskozil,
Verteidigungsminister

Islamistischer Terror, der Ukraine-Konflikt, der Syrien-Krieg, das Säbelrasseln zwischen NATO und Russland sowie die illegale Migration Richtung Europa stellen unsere Sicherheitsapparate auf den Prüfstand. Die Politik ist gefordert, ihre Sicherheitsstrukturen zu überdenken und an die aktuellen Herausforderungen anzupassen. Besonders wichtig ist daher, dass das im September 2016 im Ministerrat beschlossene Sicherheitspaket, das im Wesentlichen das Krisenmanagement der Bundesregierung auf völlig neue Beine stellt, rasch umgesetzt wird.
Es geht insbesondere darum, die Aufgaben des Bundesheeres im Inneren präziser zu definieren sowie das Zusammenwirken mit zivilen Behörden zu optimieren und dafür auch klare gesetzliche Grundlagen zu schaffen.
Es liegt auf der Hand, dass das Bundesheer im Bereich der Terrorprävention und der Terrorabwehr wesentliche Kompetenzen einbringen kann und auch soll. Dazu zählen die Manpower und hohe Durchhaltefähigkeit, der großflächige Schutz kritischer Infrastruktur, die Luftbeweglichkeit mit unserer großen Anzahl an Hubschraubern, die Möglichkeit zur raschen Verlegbarkeit von Einsatzkräften, die rasche Verfügbarkeit einer hohen Anzahl an Spezialeinsatzkräften, die spezielle Geräteausstattung mit gehärteten Fahrzeugen, die schnelle Verfügbarkeit von Sprengstoffexperten, die Luftraumüberwachung, unsere ABC-Abwehr-Einheiten und die nachrichtendienstliche Aufklärung.
Das Bundesheer wird daher im Jahr 2017 weiter modernisiert, um noch besser als bisher gerüstet zu sein. So werden heuer Investitionen im Umfang von etwa 200 Mio. Euro getätigt, etwa im Bereich gepanzerte Fahrzeuge und Schutzausrüstung der Soldaten. Das Bundesheer erhält aber auch eine neue Struktur. Auch das Personal wird aufgestockt. Im Jahr 2017 werden etwa 2000 Jobs beim Heer neu zu vergeben sein.

„Integration fördern, **Illegalität bekämpfen** ist das Ziel"

Wolfgang Sobotka,
Innenminister

Mit dem Sicherheitspaket wollen wir das hohe Sicherheitsniveau weiterhin sicherstellen. Daher bilden wir in allen Bundesländern Österreichs insgesamt 1550 neue Polizistinnen und Polizisten aus und investieren in die Ausbildung und in die Ausrüstung. Damit wollen wir nicht nur die objektive Sicherheit im Land stärken, sondern auch das subjektive Sicherheitsgefühl. Im Bereich Fremdenwesen und Asyl zielen unsere geplanten Maßnahmen darauf ab, zum einen die Integration zu fördern und zum anderen die Illegalität zu bekämpfen. Ich denke, mit der Liste gemeinnütziger Tätigkeiten für Asylwerber ist uns ein guter erster Schritt in Richtung mehr Rechtssicherheit für die Gemeinden gelungen.

FOTOS // Bundesheer/Ricardo Herrgott //ÖVP

VORSCHÜSSE IM 1. QUARTAL 2017

ERTRAGSANTEILE AUF TALFAHRT

Bereits den vierten Monat in Folge liegen die Vorschüsse auf die Ertragsanteile der Gemeinden im Vergleich zum Vorjahr im Minus. Zusätzlich sind noch eine deutlich negative Aufrollung 2016 und eine Steuerreform im Anmarsch.

TEXT / Konrad Gschwandnter

Vorweg die gute Nachricht: Durch die im Jänner erfolgte zweimalige Auszahlung von Vorschüssen (für Dezember 2016 und Jänner 2017) sollte aktuell ausreichend Liquidität in der Gemeindekasse sein. Durch die Umstellung auf das neue Finanzausgleichsgesetz (FAG 2017) sind den Gemeinden nämlich die Jänner-Vorschüsse bereits bis 23. Jänner (bisher 20. Februar), die Februar-Vorschüsse bis 23. Februar (bisher 20. März) usw. zu überweisen. Wenn der 23. auf ein Samstag, Sonntag oder Feiertag fällt, dann hat die Wertstellung auf dem Konto am nächstfolgenden Werktag zu erfolgen.

Wie jedoch in der Tabelle verdeutlicht, sehen die monatlichen Vorschüsse auf die Ertragsanteile derzeit nicht sehr rosig aus. Die länderweisen Unterschiede ergeben sich vor allem aus der Bevölkerungsentwicklung (Stichwort aBS) sowie aus den monatlich sehr unterschiedlichen länderweisen Aufkommen an Grunderwerbsteuer. Das erste Quartal 2017 zeigt für die Gemeinden (ohne Wien) ein Minus von 2,3 Prozent gegenüber den Vorschüssen im 1. Quartal 2016. Und das Minus wird leider noch deutlich größer werden. Grund ist, dass die sogenannte Zwischenabrechnung (periodengerechte Aufrollung des Finanzausgleichsjahres 2016, unter anderem weil die Vorschüsse ja auf den Abgabeneinnahmen des zweitvorangegangenen Monats beruhen), die jeweils mit den März-Vorschüssen gegengerechnet wird, aktuell sogar die 100-Millionen-Euro-Marke sprengen könnte. Im Gegensatz dazu wurden die März-2016-Vorschüsse durch das Zwischenabrechnungsergebnis 2015 noch um rund 77 Millionen Euro erhöht.

Die Gründe für die Talfahrt der Vorschüsse liegen in der Entwicklung der Konjunktur und des Arbeitsmarkts sowie von steuerpolitischen Maßnahmen. Vorsichtig positiv stimmt die konjunkturelle Entwicklung, die Prognose für das reale BIP-Wachstum 2017 wurde zuletzt auf rund 1,5 Prozent leicht nach oben korrigiert.

Bezüglich der steuerlichen Maßnahmen im Arbeitsprogramm der Bundesregierung 2017/2018 ist aber damit zu rechnen, dass die bisherigen Mindereinnahmen durch die Steuerreform 2015/2016 noch weiter ansteigen werden.

VORSCHÜSSE AUF DIE GEMEINDEERTRAGSANTEILE IN MIO. €

	Vorschüsse März		+/-	Vorschüsse 1. Quartal		+/-
	2016	2017	in %	2016	2017	in %
Bgld.	16,9	16,4	-3,0%	64,9	63,0	-2,9%
Ktn.	41,2	39,1	-5,1%	156,5	151,8	-3,0%
NÖ	112,4	105,3	-6,2%	421,9	406,8	-3,6%
OÖ	102,8	101,2	-1,5%	398,8	388,6	-2,6%
Sbg.	45,7	45,7	0,0%	175,0	172,8	-1,3%
Stmk.	81,7	81,3	-0,5%	317,8	314,8	-1,0%
Tirol	59,2	57,4	-3,0%	224,4	221,5	-1,3%
Vbg.	31,3	30,4	-3,0%	118,9	116,5	-1,9%
Wien	177,9	179,1	0,7%	672,8	666,9	-0,9%
Gesamt ohne Wien	**491,1**	**476,8**	-2,9%	**1.878,2**	**1.835,8**	-2,3%
Gesamt inkl. Wien	668,9	655,9	-2,0%	2.550,9	2.502,7	-1,9%

KONRAD GSCHWANDNTNER, BAKK. BA, IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
konrad.gschwandnter@gemeindebund.gv.at

DIE ROLLE DER GEMEINDEN BEI DER INFRASTRUKTUR DES 21. JAHRHUNDERTS

AUSBAU GEHT NUR **MIT DEN GEMEINDEN**

Der Breitbandausbau bleibt 2017 ein wichtiges politisches Thema. Die digitale Agenda in Österreich hatte ehrgeizige Ziele für 2020 gesetzt und die Europäische Kommission hat für 2025 schon die Gigabit-Gesellschaft anvisiert.

TEXT / Ernst-Olav Ruhle

Nachdem in Österreich erstmals alle drei Fördertöpfe aus der Breitbandmilliarde geöffnet worden sind, haben sich auch die Aktivitäten auf kommunaler Ebene weiter verstärkt. Das Ziel, 100 Mbit/s bis zum Jahr 2020 möglichst flächendeckend verfügbar zu machen, steht an der Spitze der Agenda. Im jüngst verabschiedeten Arbeitsprogramm der Bundesregierung ist dieses Ziel nochmals erhöht worden – auf 10 GBit/s flächendeckend bis 2025.

Ein wichtiges Element dieser Diskussion ist, Breitbandnetze nicht mehr als „Telekommunikationsthema", sondern als „Infrastrukturthema" zu betrachten. Mit diesem Blickwinkel wird auch klar, dass es eine wichtige Rolle der öffentlichen Hand gibt. Und bei dieser Rolle stehen die Gemeinden in der ersten Reihe. Grund dafür ist, dass die Kosten des Ausbaus hoch sind und der größte Teil dieser Kosten (60 bis 80 Prozent) auf die passive Infrastruktur (Tiefbau, Leerrohre, Kabel) entfällt. In diesem „Infrastrukturgeschäft" kennen sich vor allem Gemeinden gut aus und wissen auch um die langen „Payback-Zeiten", ein Faktor, der in der auf Anwendungen und Dienste ausgelegten Telekommunikationswirtschaft zunehmend hinterfragt wird, seitdem die Wertschöpfungskette „Netzbau – Netzbetrieb – Dienste" Marktzutritt auf allen Ebenen ermöglicht.

> „Die meisten Länder haben gelernt, dass sie die ihnen **zustehenden Fördergelder nur einwerben können**, wenn sie **die Gemeinden wirklich aktivieren.**"

Die Gemeinden orientieren sich dabei vor allem an den strategischen Überlegungen auf Landesebene. Diese sind:

- **Niederösterreich** setzt vor allem auf den Ausbau von dezentralen Lagen, die zuständige Landesgesellschaft nöGIG hat 2016 in Pilotregionen die ersten Anschlüsse errichtet. Weite Teile des Landes werden einer Grobplanung für den späteren Ausbau unterzogen. Gemeinden können bereits jetzt mit dem Ausbau beginnen und sich später in das nöGIG-Netz integrieren.
- **Oberösterreich** hat ein zusätzliches Landesförderprogramm für Gemeinden und Betriebe, besonders der Landesenergieversorger Energie AG treibt auch den Breitbandausbau in Partnerschaft mit Gemeinden voran.
- **Salzburg** hat ein Landesförderprogramm für Unternehmen, der Landesenergieversorger Salzburg AG engagiert sich beim Breitbandausbau.
- **Steiermark** hat ein Landesförderprogramm für Unternehmen und unterstützt Gemeinden im Rahmen einer Kooperation mit der Energie Steiermark bei der Entwicklung von Gemeindeprojekten für den Breitbandausbau.
- **Kärnten** hat ein Landesförderprogramm und

unterstützt die Gemeinden bei der Erstellung von Masterplänen zur Entwicklung eigener Gemeindenetze.

- **Tirol** hat bereits seit längerem Landesförderprogramme und setzt besonders auf passive Netze, welche im Eigentum der Gemeinden stehen. Regionale Planungen für Ausbau und Zubringerstrecken erfolgen häufig auf der Ebene der Planungs- oder Gemeindeverbände. Das Land unterstützt die Gemeinden maßgeblich bei den Verfahren und den Ausschreibungen.
- **Vorarlberg, Burgenland und Wien** setzen hauptsächlich auf die Aktivitäten der Netzbetreiber.

Zusätzlich zu den beschriebenen Maßnahmen erfolgen auch Ausbauaktivitäten in allen Bundesländern durch Netzbetreiber. Die A1 Telekom Austria setzt dabei auf die Ertüchtigung bestehender Netze mittels FTTC-Technologie (die Glasfaser wird bis zum letzten Verteilpunkt im Netz geführt, die Hausanschlüsse bleiben unberührt), die Mobilfunkanbieter binden vermehrt Sendemasten an Glasfasernetze an. Stadtwerke gehen verstärkt in Richtung FTTB/FTTH.

Die meisten Länder haben gelernt, dass sie die ihnen zustehenden Fördergelder nur einwerben können, wenn sie den alternativen Sektor und die Gemeinden wirklich aktivieren. Dies »

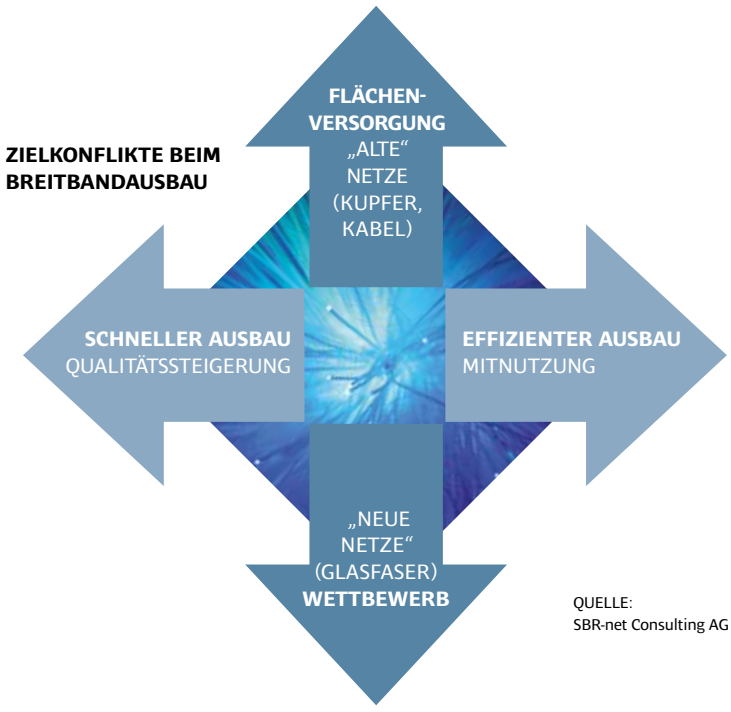
Schwerpunkt 5G bei **IKT-Konvent**

Die Spitzen aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft im Plenum des IKT-Konvents.

Bereits zum fünften Mal fand am 25. Jänner der IKT Konvent in der Wiener Aula der Wissenschaften statt. Zu dem Vernetzungstreffen des Branchenverbandes Internetoffensive Österreich (IOÖ) kamen mehr als 500 EntscheidungsträgerInnen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, darunter die Minister Drozda, Karmasin und Leichtfried sowie Staatssekretärin Duzdar.

Das heurige Generalthema lautete „Digitalisierung: Vision versus Realität", und im Zuge der Vorträge und Podiumsdiskussionen wurde offensichtlich, dass bei den Bemühungen der IKT-Branche, in der Politik mehr Entschlossenheit für die Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen in Österreich zu schaffen, wichtige Weichen gestellt werden konnten. Bestimmendes Thema war der Plan, Österreich zum 5G-Vorreiter Europas werden zu lassen. In dieser Absicht vereint zeigten sich die CEOs der dominierenden Telekom-Anbieter A1, T-Mobile und Hutchinson ungewöhnlich harmonisch vereint und appellierten an die Politik die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Aus kommunalpolitischer Sicht aufhorchen ließ die Idee, finanzielle Mittel der Breitbandmilliarde für den Aufbau des 5G-Netzes zu verwenden. Es wurde eindringlich darauf hingewiesen, dass der Technologiesprung auf 5G nicht bloß eine weitere Kapazitätsverbesserung wie in der Vergangenheit etwa auf 4G sei, sondern die essentielle Voraussetzung für das intelligente Vernetzen im Internet der Dinge, das autonome Fahren und etliche weitere digitale Innovationen. Die IOÖ präsentierte in einer Studie Zukunftsszenarien der heimischen Wirtschaft bei unterschiedlich schnellem 5G-Netzausbau. Als Vorreiter würde das BIP demnach um 1% steigen, als Mitläufer oder Nachzügler hingegen sind signifikante Wetbewerbseinbußen zu erwarten. Eine ausführliche Präsentation der Studienergebnisse ist auf **www.internetoffensive.at** abrufbar."



QUELLE:
SBR-net Consulting AG

bedingt, dass es eine größere Bereitschaft gibt, den Wettbewerb zu unterstützen.

Die Gemeinden sind bei ihren Aktivitäten aber zu einem beträchtlichen Teil auf Förderungen angewiesen. Für sie ist vor allem die sog. Leerrohrförderung des BMVIT ein wesentlicher Hebel des Ausbaus. Aber: trotz des verstärkten Bekenntnisses zu Breitband als Infrastruktur lassen sich in der praktischen Umsetzung (auch und gerade bei den Fördermitteln) häufig Zielkonflikte identifizieren (siehe Abbildung oben).

Diese Zielkonflikte sollten bei der anstehenden Evaluierung des Förderprogramms betrachtet werden. Das neue Arbeitsprogramm der österreichischen Bundesregierung adressiert den Breitbandausbau und damit verbundene Themen, wie die Digitalisierung, an mehreren Stellen.

Neben dem Breitbandausbau im Festnetz gibt es auch im Mobilfunk Entwicklungen zu höheren Bandbreiten. Mit der fünften Generation der Mobilfunknetze sollen auch im Mobilfunk Gigabit-Geschwindigkeiten erreichbar sein.

Es gilt als sicher, dass 5G eine wesentlich höhere Dichte an Basisstationen erfordert als dies heute der Fall ist. Die Europäische Kommission treibt die Entwicklung von 5G voran.

Die Mitgliedsstaaten sollen bis Ende 2017 nationale Fahrpläne für den 5G-Ausbau aufstellen und sicherstellen, dass mindestens eine Großstadt bis Ende 2020 „5G-fähig“ ist. Alle städtischen Gebiete und die wichtigsten Landverkehrswege sollen bis 2025 über lückenlose 5G-Anbindung verfügen.

> „Die Bundesregierung setzte als neues ehrgeiziges Ziel **flächendeckende 10 Gbit/s für 2025.**“

Ein ehrgeiziges Ziel, welches auf die Erfolgsstory des Mobilfunks und insbesondere des mobilen Breitbands aufsetzt. Im Arbeitsprogramm der Bundesregierung sind folgende Maßnahmen in diesem Bereich vorgesehen:

- Im ersten Quartal 2017 wird eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe zu 5G eingesetzt, die bis spätestens Ende 2017 eine 5G-Strategie inklusive der konkreten Umsetzungsmaßnahmen entwickelt und definiert
- Frequenzversteigerungen werden künftig auf Basis wirtschaftlich vertretbarer Auktionsdesigns durchgeführt
- Digitale Anwendung in diversen Bereichen wie E-Government, E-Health, Automatisiertes Fahren und Industrie 4.0 stellen wertvolle Use Cases für 5G dar und werden daher bevorzugt vorangetrieben.
- Erste Tests durch die Telekomanbieter sollen bereits ab 2018 durchgeführt werden, bis 2020 soll 5G in jeder Landeshauptstadt verfügbar sein.

Fast schon versteckt kommt das Festnetzbreitband im Arbeitsprogramm der Bundesregierung daher. Sie erwartet zwar selbst nur 75 Prozent Durchdringung der für 2020 geplanten 100 Mbit/s für alle, setzt aber als neues ehrgeiziges Ziel – flächendeckendes 10 Gbit/s für 2025. Allerdings ist eine „neue Breitbandmilliarde“ nicht in Sicht, und die würde es (mindestens) brauchen, denn auch trotz immer neuer Ansätze zur „Beschleunigung des Kupfers“, die neue Zielbandbreite 10 Gbit/s wird wohl nur über Glasfaser realisierbar sein. Wie das finanziert werden soll, ist offen: „Verdoppelung der Mittel über Kooperationsmodelle mit privaten Anbietern“ ist der einzige Hinweis, der sich findet.

Mit dem Ausbau von 5G und 10 Gbit/s wird auch eine intensive Bauaktivität einhergehen. Vieles an Infrastruktur für Mobil- und Festnetze ist neu zu schaffen, und es wird Geld kosten. Hier kommen nun wieder die österreichischen Gemeinden ins Spiel. Sie werden sicher wieder als starke Träger des Infrastrukturausbaus gefordert (und vielleicht auch gefördert) werden. Nur mit der öffentlichen Hand lässt sich die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts bauen.

DR. RER. POL. ERNST-OLAV RUHLE IST VORSTAND DER SBR–NET CONSULTING AG MIT SITZ IN DÜSSELDORF UND WIEN
ruhle@sbr-net.com

BREITBAND-VERGLEICH
DEUTSCHLAND – ÖSTERREICH

Vergleicht man den ordnungspolitischen Rahmen in Deutschland und Österreich beim Breitbandausbau, so gibt es mehrere Parallelen, aber auch deutliche Unterschiede.

Deutschland

- Breitbandziel 50 Mbit/s bis 2018
- Formalisierte Runden für den Prozess des Ausbaus (nationaler IT Gipfel, Netzallianz)
- Starke Wettbewerberverbände
- TKG: „Minimalumsetzung" (wenige neue Definitionen, schlanke Verfahren)

In Deutschland gibt es nur ein Programm, in Österreich drei Säulen. Die Dotierung auf Bundesebene ist in Österreich mit einer Milliarde Euro bis 2020 verhältnismäßig hoch, in Deutschland mit rund vier Milliarden Euro bis 2018 vergleichsweise niedrig.

Österreich

- Breitbandziel: 100 Mbit/s bis 2020
  - Neu: 10 Gbit/s bis 2025
- Keine Bündelung der Kräfte, weder formal noch faktisch
- Schwache Verbände
- TKG: Komplexe Umsetzung (viele neue Definitionen, Verfahren, Förderungen im TKG)
- Zeitlicher Vorsprung bei Umsetzung

Parallelen

- Zeitliche Nähe der Anpassung von ordnungspolitischem Rahmen (TKG / DigiNetzG)
- Umsetzung der Breitbandkostensenkungsrichtlinie als wesentlicher Treiber
- Bundesländer verfolgen eigene, z.T. sehr unterschiedliche Strategien
- Rahmen stellt nicht allein auf FTTB/H ab, sondern stärkt auch die Rolle von FTTC-Ausbauvorhaben

Die grundsätzliche Berücksichtigung von FTTC-Projekten oder auch die Vielfältigkeit, was die Strategien einzelner Bundesländer betrifft, sind prägende Säulen. Unterschiede bestehen weiterhin bei der Festlegung auf konkrete Zeit- und Bandbreitenziele, aber auch bei der Förderadministration auf Bundesebene. Auch die Förderprogramme, die Bund und Länder aufgelegt haben, weisen grundsätzlich Ähnlichkeiten auf.

Die Mittel kommen teilweise aus der Versteigerung von Frequenzen und der FTTC-Ausbau des Incumbents ist grundsätzlich förderfähig, sofern (betrifft Deutschland) die Bedingungen des Vectorings berücksichtigt werden. Der Diskurs dazu war im Jahr 2016 besonders ausgeprägt und ist nach wie vor in Gange. Die Ausgestaltung der Bundesförderprogramme ist unterschiedlich zu sehen. In Deutschland gibt es nur ein Programm, in Österreich drei Säulen. Die Dotierung auf Bundesebene ist in Österreich mit einer Milliarde Euro bis 2020 verhältnismäßig hoch, in Deutschland mit rund vier Milliarden Euro bis 2018 vergleichsweise niedrig (wenn man die unterschiedlichen Marktgrößen beachtet).

> „In Österreich gibt es für den Breitbandausbau teilweise gar keine Landesförderungen, aber auch **Ansätze wie in Tirol mit 50 Millionen Euro.**"

Auf Landesebene ist kein klarer Trend erkennbar. Deutsche Bundesländer fördern mit eigenen Mitteln zwischen „0" und 1,5 Mrd. Euro, in Österreich gibt es teilweise gar keine Landesförderungen („Null Euro"), aber auch Ansätze wie in Tirol mit 50 Millionen Euro und in Niederösterreich eine eigene Gesellschaft für den passiven Infrastrukturausbau.

Die Zahl der Bundesländer, die Breitband als „Infrastrukturthema" versteht, nimmt zu. Und in Österreich haben mehrere Länder gelernt, dass sie die ihnen zustehenden Fördergelder vor allem im Leerrohrcall nur einwerben können, wenn sie den alternativen Sektor und die Gemeinden wirklich aktivieren. Dies bedingt, dass es eine größere Bereitschaft gibt, den Wettbewerb zu unterstützen.

Sonderfall Bayern: Bayern stellt für den Breitbandausbau Landesmittel von bis zu 1,5 Milliarden Euro bereit. Die Verteilung läuft seit rund zwei Jahren über die Gemeinden, die wiederum in Partnerschaft mit Netzbetreibern, vielfach der Deutschen Telekom, bestehende Netze aufrüsten. Dabei kommt ein Technologie-Mix zur Anwendung, welcher im Ergebnis insbesondere auf FTTC und teilweise FTTB fokussiert, wobei letzteres vor allem in Gewerbegebieten und kleineren Siedlungen bedarfsgerecht beziehungsweise unter ökonomischen Aspekten zum Einsatz kommt.

REFORMVORSCHLÄGE

REGIERUNG PLANT **NEUES WAHLRECHT**

Mit neuen Vorschlägen für eine Wahlrechtsreform sind die Klubobleute der Regierungsparteien an die Öffentlichkeit gegangen. KOMMUNAL macht einen ersten Check.

Die Pannen während der Präsidentschaftswahl haben für ungewohnte Betriebsamkeit bei den Regierungsparteien gesorgt. Nur wenige Monate nach der Wahl haben ÖVP und SPÖ Vorschläge zur Reform auf den Tisch gelegt. „Wir waren in diese Vorbereitungen bislang nicht eingebunden", stellt Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer klar. „Wir haben schon im Herbst sowohl dem Innenminister als auch den Parlamentsparteien einen umfangreichen Katalog zur Reform des Wahlrechts und der Wahlabwicklung vorgelegt. Einen vorgezogenen Wahltag haben wir dabei immer abgelehnt."

Was ist nun konkret vorgesehen? Zum einen soll dieser vorgezogene Wahltag auch auf Bundesebene eingeführt werden. Dies soll einerseits die Wahlbeteiligung erhöhen und andererseits die Bedeutung der Briefwahl einschränken. „Die bisherigen Erfahrungen lassen nicht erkennen, dass sich mittelfristig die Wahlbeteiligung erhöht", ist Mödlhammer skeptisch. Im Burgenland, der Steiermark und Kärnten gibt es diesen vorgezogenen Wahltag auf Landesebene schon. „In allen drei Bundesländern ist die Beteiligung beim ersten Mal geringfügig gestiegen, dann aber sofort wieder deutlich gesunken, um bis zu sieben Prozent", weiß Mödlhammer. „Auch die Anzahl der Briefwähler ist dadurch nicht signifikant gesunken." Bei der jüngsten Wahl in Graz hat sich der Briefwähleranteil sogar auf 13.000 Wähler verdoppelt, die Inanspruchnahme des vorgezogenen Wahltages ist beim gleichen Wahlgang von 8700 oder 9700 Stimmen gestiegen. „Ich bin also skeptisch, dass man mit dieser Maßnahme das gewünschte Ziel erreicht", so Mödlhammer. „Für die Landesebene soll das natürlich jedes Land selbst entscheiden können, da soll man sich nicht einmischen. Für die Bundesebene sehe ich hier keine Notwendigkeit."

Auch die Auszählung der Briefwahlkarten will man künftig anders – idealerweise noch am Wahltag – durchführen. „Wir wissen, dass es hervorragend funktioniert, wenn die Wahlkarten gleich in der Gemeinde, ja sogar in den Sprengeln ausgezählt werden", so Mödlhammer. „Damit hat man noch am selben Abend ein vollständiges Ergebnis, das bis in die Sprengel hinein nachvollziehbar ist. Derzeit werden die Wahlkarten ja im Bezirk gezählt, das dauert lange und ist sehr unsicher, wie der letzte Wahlgang bei der Präsidentschaftswahl gezeigt hat", so Mödlhammer.

Überraschend viel Raum gibt man der angestrebten Barrierefreiheit der Wahllokale. „Das ist insofern interessant, als dass ich kaum Gemeinden kenne, in denen die Wahllokale nicht barrierefrei zugänglich sind. Unsere Schulen,

LINK ZUM THEMA

Unter **http://kommunal.at/artikel/gegen-einen-zusaetzlichen-wahltag/**

finden Sie die Presse-Unterlagen zum gemeinsamen Vorschlag der Klubobleute Andreas Schieder (SPÖ) und Reinhold Lopatka (ÖVP)

Kindergärten und Rathäuser sind weitgehend barrierefrei, ich verstehe nicht ganz, warum man das so vehement einfordert." Zudem sei das ja jetzt schon Teil der Nationalratswahlordnung. „Wir bemühen uns sehr, dass wir behinderten Menschen uneingeschränkten Zugang anbieten können. Das ist aber sicher nicht die zentrale Themenstellung in einer Wahlrechtsreform, weil das in den meisten Gemeinden schon Realität ist", so Mödlhammer.

„Es ist schade, dass man praktisch keinem unserer Verbesserungsvorschläge Beachtung geschenkt hat", so Mödlhammer. Der Gemeindebund habe deutliche Verbesserungen bei der Briefwahl verlangt, genauso wie eine Verpflichtung der wahlwerbenden Parteien zur Bereitstellung von Beisitzern angeregt. Auch Erleichterungen bei der Auflage von Wählerverzeichnissen wären ebenso wichtig wie eine Neuregelung der Eintragungszeiträume bei Volksbegehren. „Stattdessen diskutieren wir nun über einen vorgezogenen Wahltag", ärgert sich Mödlhammer.

Die aktuellen Vorschläge würden kaum eines der wirklichen Probleme, die bei den letzten Wahlgängen aufgetreten seien, tatsächlich lösen. „Faktum ist, dass die Auszählungsfehler bei den Bezirkswahlbehörden geschehen sind, nicht in den Gemeinden. Faktum ist, dass wir jetzt schon Schwierigkeiten haben, ausreichend Beisitzer zu finden und sich dieses Problem mit einem weiteren Wahltag (unter der Woche) verschärfen würde." Diese Probleme sowie die Gemeindebund-Vorschläge für die operative Verbesserung der Abläufe müsse man prioritär angehen.

„Die bisherigen Erfahrungen lassen nicht erkennen, dass sich durch einen zweiten, vorgezogenen Wahltag mittelfristig die Wahlbeteiligung erhöht. Das gab es schon, und überall ist die Beteiligung beim ersten Mal geringfügig gestiegen, dann aber sofort wieder deutlich gesunken, um bis zu sieben Prozent."
Helmut Mödlhammer, Gemeindebund-Präsident.

Die Gemeinden sind – sagt ihr Präsident – für Neuerungen offen. „Aber man muss mit uns reden, vor allem auch über die Entschädigungen. Wir werden nicht weiterhin die Hauptlast in der Finanzierung und der Organisation tragen. Künftig verlangen wir vom Bund rund drei Euro pro Wahlberechtigtem, dann können wir auch über Zusatzwünsche reden. Ich fände es gescheiter, wenn wir die Brief- bzw. Wahlkartenwahl so stärken, dass jeder Bürger in den Wochen vor der Wahl auch direkt am Gemeindeamt mittels Briefwahl bzw. Wahlkarte wählen kann." Damit erübrige sich ein vorgezogener Wahltag.

Nun müsse man mit den Gemeinden verhandeln. „Wir werden Gespräche mit der Regierung suchen, bislang ist substanziell nicht mit uns gesprochen worden."

Mehr auf www.gemeindebund.at

SCHULAUTONOMIE

KEIN ZWANG ZUM „CLUSTERN“

Seit langem wird das Schulautonomiepaket verhandelt. Für die Gemeinden als Schulerhalter ist vor allem die Bildung von sogenannten Schulclustern von Bedeutung.

TEXT / Bernhard Haubenbegrer

Im November 2015 wurde die Bildungsreform von der eigens eingesetzten Bildungsreformkommission präsentiert. Diese sieht neben einem Elementarpädagogikpaket, einem Volksschulpaket mitsamt neuer Schuleingangsphase, einem Schulorganisationspaket und einem Bildungsinnovationspaket auch die Umsetzung eines Autonomiepakets vor.

Das Autonomiepaket selbst umfasst sechs wesentliche Maßnahmen:

- Flexible Gestaltung der Unterrichtsorganisation
- Autonome Auswahl der Lehrpersonen
- Flexible Gestaltung von Fortbildungen
- Auswahl der Schulleitungen
- Stärkung der Schulpartnerschaft
- Bildung von Schulclustern

Die Gemeinden als Schulerhalter der Pflichtschulen sind von dem Autonomiepaket vor allem im Bereich der sogenannten Schulcluster betroffen. Ob und inwieweit Gemeinden auch von anderen Maßnahmen, so insbesondere von Beschlusserfordernissen des Schul- bzw. Klassenforums im Zusammenhang mit der Schulorganisation (Öffnungs- bzw. Unterrichtszeiten, ganztägige Schulform in verschränkter oder offener Form) betroffen sind, kann (noch) nicht beurteilt werden, da zum einen diese Punkte noch in Verhandlung stehen und zum anderen noch kein Begutachtungsentwurf bis zu Redaktionsschluss vorlag. Informationen zufolge soll etwa die Einrichtung einer ganztägigen Schulform in verschränkter Form (ganztägiger Wechsel von Unterricht, Lern- und Freizeit) nicht mehr eine Zweidrittelmehrheit, sondern zukünftig nur mehr eine einfache Mehrheit im Schul- bzw. Klassenforum erfordern – das würde indirekt auch die Schulerhalter treffen.

Schulcluster sollen Standorte sichern. Den Informationen des Bildungsministeriums nach haben 77 Prozent aller Pflichtschulen und 16 Prozent aller Bundesschulen weniger als 200 Schüler. Dem Konzept des Schulclusters nach sollen zwei bis maximal acht Schulstandorte in benachbarter Lage zu einem Schulcluster zusammengeschlossen werden (siehe Abb. 2).

Die Aufgaben der Schulleitung soll zukünftig die Schulclusterleitung übernehmen. An den einzelnen Schulstandorten soll es eine pädagogische Leitung mit reduzierter Leitungsfunktion geben (zwei bis vier Wochenstunden, rund 0,18

MAG. BERNHARD HAUBENBEGRER IST FACHREFERENT IN DER ABTEILUNG RECHT & INTERNATIONALES DES ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUNDES
bernhard.haubenberger@gemeindebund.gv.at

DIE SECHS MASSNAHMEN DES AUTONOMIEPAKETS

1. Flexible Gestaltung der Unterrichtsorganisation
2. Autonome Auswahl der Lehrpersonen
3. Flexible Gestaltung von Fortbildungen
4. Auswahl der Schulleitungen
5. Stärkung der Schulpartnerschaft
6. Bildung von Schulclustern

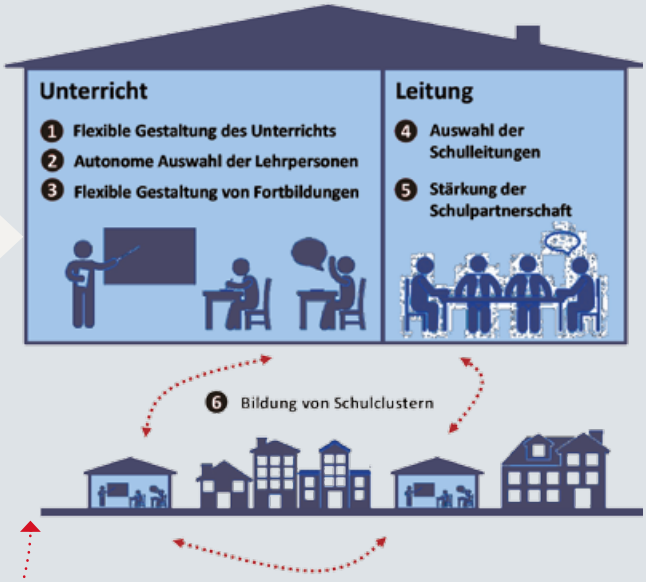
BMB Bundesministerium für Bildung

GRAFIKEN // Bundesministerium für Bildung

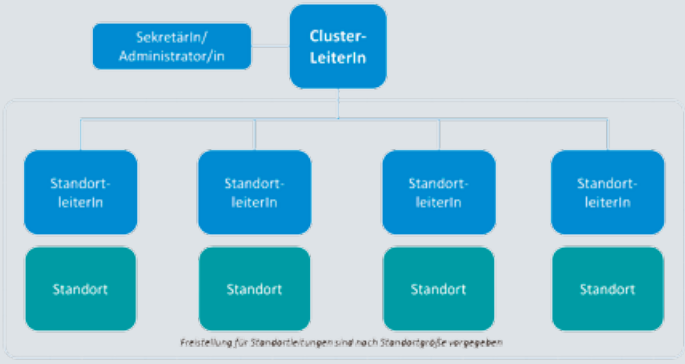
DIE MASSNAHMEN DES AUTONOMIEPAKETS

Das Autonomiepaket umfasst sechs wesentliche Maßnahmen

VERORTUNG DER MASSNAHMEN IN DER SCHULLANDSCHAFT



MITTLERES MANAGEMENT IN PFLICHTSCHULCLUSTERN



Jeder Pflichtschulcluster erhält aus den bisherigen Leitereinrichtungen
- administrative Unterstützung / Sekretariat
- Standortleitungen (Bereichsleitungen) an jedem Standort

VBÄ). In jedem Schulcluster wird ein Sekretariat an der Stammschule des Clusters, in der die Schulclusterleitung ihren Sitz hat, geschaffen.

Im Pflichtschulbereich stehen manche Standorte infolge sinkender Schülerzahlen kurz vor der Schließung. Andere Kleinschulen haben mit der Organisation und Auslastung des (Lehr-)Personals zu kämpfen. Schulcluster sollen die Flexibilität des Einsatzes von Lehr- aber auch Betreuungspersonal gewährleisten, schulübergreifende Projekte erleichtern und koordinierte Schwerpunktsetzungen an einzelnen Standorten ermöglichen. Zudem können durch die gemeinsame Nutzung von Infra- und Verwaltungsstrukturen Synergieeffekte gehoben werden, die letzlich den Erhalt auch von Kleinschulen sichern sollen.

Keine Sparmaßnahme. Immer wieder betont wurde, dass es sich bei der Einrichtung von Schulclustern um keine Sparmaßnahme handelt. Zugesichert wurde, dass jene Mittel, die bislang für die einzelnen Schulstandorte aufgewendet wurden, auch weiterhin (für den zukünftigen Schulcluster) bereitstehen werden. Daraus folgt, dass die durch die Bildung von Schulclustern zwangsläufig freiwerdenden Ressourcen – etwa infolge des Wegfalls der Schulleitungen an den einzelnen Standorten – für administratives Personal eingesetzt werden können (Sekretariat, Administratoren).

> „Das Bildungsministerium betont, **dass es den Gemeinden freisteht**, sich für die Einrichtung eines Schulclusters zu entscheiden."

Keine Pflicht zur Bildung von Clustern. Ebenso wurde von Seiten des Ministeriums betont, dass es keinerlei Zwang oder Druck zur Bildung von Schulclustern geben wird. Es soll daher den Gemeinden freistehen, sich für die Einrichtung eines Schulclusters zu entscheiden. Sollten sich mehrere Gemeinden bzw. bereits bestehende Schulgemeindeverbände dazu entschließen, einen derartigen Pflichtschulcluster zu bilden, dann wird in Abstimmung mit den Gemeinden und den betroffenen Schulen von der (zukünftigen) Bildungsdirektion im Land ein konkreter Clusterplan erstellt, in dem Fragen (Standorte, Sitz der Clusterleitung, Zeitpunkt der Errichtung etc.) geklärt werden. Die Einrichtung des Schulclusters mündet dann in eine Verordnung der jeweiligen Landesregierung. Hernach folgen die Auswahl der Clusterleitung, die Erstellung eines Organisationsplans und die operative Umsetzung und Schaffung des Clusters.

GEMEINSAM.SICHER MIT FRAUEN

EINE GEFAHRENSITUATION **KANN SCHNELL EINTRETEN**

Eine Arbeitsgruppe der Initiative „GEMEINSAM.SICHER mit Frauen“ im Innenministerium trägt dazu bei, das Sicherheitsgefühl von Frauen im öffentlichen Raum zu verbessern.

FOTOS: BMI

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMI

> In den vergangenen Monaten wurde die **Polizeipräsenz an öffentlichen Orten erhöht**."

GEMEINSAM.SICHER MIT FRAUEN

Im Bundesministerium für Inneres wurde unter Leitung der Wiener Landespolizeivizepräsidentin Dr. Michaela Kardeis eine Arbeitsgruppe der Initiative „GEMEINSAM. SICHER mit Frauen" eingerichtet, mit dem Ziel, das Sicherheitsgefühl von Frauen in Österreich zu verbessern.

Im Rahmen der Initiative stellte das Bundesministerium für Inneres in einem Beitrag im sozialen Netzwerk „Facebook" die Frage, was Frauen in Österreich von der Polizei erwarten, um sich noch sicherer zu fühlen. Unter anderem wünschten Facebook-Userinnen eine stärkere Präsenz von Polizistinnen und Polizisten auf der Straße, an Schulen, Bahnhöfen, in Bussen und Straßenbahnen, sowie in U-Bahnen in den Abend- und Nachtstunden.

In den vergangen Monaten wurde die Polizeipräsenz an öffentlichen Orten erhöht, dennoch kann es vorkommen, in eine Gefahrensituation zu geraten. Die Kriminalprävention der Polizei rät: Wählen Sie sofort den Notruf unter 133 oder 112. Machen Sie laut und deutlich auf sich aufmerksam. Bitten Sie Menschen um Hilfe oder suchen Sie Schutz in einem Lokal, wenn Sie verfolgt werden. Setzen Sie sich entschlossen zur Wehr im Fall eines körperlichen Übergriffs. Weichen Sie einer Menschenmenge aus, wenn Sie glauben, eine Vorahnung zu haben.

Taschenalarme. Bei Hand- oder Taschenalarmgeräten handelt es sich um kleine Anhänger, bei denen ein Stift gezogen oder ein Knopf gedrückt werden kann, um einen schrillen Sirenenton erklingen zu lassen. Taschenalarmgeräte sollten über 100 Dezibel laut sein, um eine abschreckende Wirkung zu erzielen. Im Rahmen der Initiative „GEMEINSAM.SICHER mit Frauen" wurden zahlreiche Exemplare an Frauen verteilt und deren Gebrauch von Polizistinnen und Polizisten erklärt.

Gefahr im Glas. Über K.O.-Tropfen und deren Gefahr informieren Präventionsbeamtinnen und -beamte im Rahmen der Initiative in Schulen und bei Veranstaltungen. Neben der Präventionsarbeit bedeutet das auch eine enge Abstimmung mit Ärzten, um Tatverdächtige so rasch wie möglich ausfindig machen zu können. Unter K.O.-Tropfen versteht man flüssige Drogen, die in geringer Dosis stimulierend und enthemmend, in höherer Dosierung betäubend und einschläfernd wirken. Sie werden meist Frauen und Mädchen in Diskotheken, Bars oder auf Veranstaltungen unbemerkt ins Getränk gemischt, um die so betäubten Opfer willenlos und manipulierbar zu machen.

MEHR INFOS

Nähere Informationen zur Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich" erhalten Sie unter **www.gemeinsamsicher.at**.

Ein Folder mit Tipps der Kriminalprävention für Frauen kann unter **www.gemeinsamsicher.at/praevention.html** heruntergeladen werden.

WENIGER PLASTIKSACKERLN

WENIGER ABFALL – GUT FÜR DIE UMWELT

FOTOS // BMLFUW/Alexander Haiden

Jede und jeder Einzelne kann einen wichtigen Beitrag leisten – einfach einen Einkaufskorb oder eine Einkauftasche, zum Beispiel eine Stofftasche, verwenden.

Jedes Jahr kaufen Österreichs Konsumentinnen und Konsumenten unzählige Kunststofftragetaschen, die zumeist gleich wieder entsorgt werden. Doch der hohe Verbrauch an „Plastiksackerln" ist eine bedenkliche Verschwendung von wertvollen Ressourcen. Insbesondere die unsachgemäße Entsorgung belastet die Umwelt: Einwegtaschen tragen dazu bei, dass sich in den Gewässern Abfälle ansammeln und gefährden somit weltweit die Balance der Ökosysteme. Darum ist es dringend notwendig, die Zahl der Einwegtragetaschen deutlich zu verringern.

Die Europäische Union hat – auch auf Initiative Österreichs – ihre Mitgliedstaaten mit einer Änderung der Verpackungsrichtlinie beauftragt. Die Anzahl der Kunststofftragetaschen ist bis 2019 auf jährlich maximal 90 Sackerln pro Person zu reduzieren. Darüber hinaus können die Mitgliedstaaten aber auch nationale Maßnahmen zur Reduktion von Kunststofftaschen ergreifen.

Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) hat nun gemeinsam mit österreichischen Handelsunternehmen, Greenpeace und Global 2000 eine freiwillige Vereinbarung geschlossen, die deutlich über die Vorgaben der EU hinausgeht. Ziel ist es, die Zahl der Plastiksackerln in Österreich auf die Hälfte zu verringern. Auch Einwegtaschen aus anderen Materialien, wie zum Beispiel Papier, sollen so weit wie möglich durch nachhaltigere Alternativen ersetzt werden.

„Pfiat di Sackerl – der Weg zu weniger kurzlebigen Sackerln"
Das BMLFUW setzt sich gemeinsam mit verschiedensten Unternehmen und Organisationen dafür ein, die mit den Plastiksackerln verbundene Problematik greifbar zu machen und einfache, wirksame Lösungen anzubieten. Eine Kampagne mit dem Slogan „Pfiat di Sackerl" motiviert Konsumentinnen und Konsumenten, selbst aktiv zu werden und so weit wie möglich auf Einwegtragetaschen zu verzichten.

Die Partner dieser Kampagne haben eine freiwillige Vereinbarung unterzeichnet und sich dazu verpflichtet, Einwegtragetaschen aller Materialien nur mehr kostenpflichtig abzugeben. Ausgenommen davon sind die sogenannten Knotenbeutel in den Frischebereichen wie Gemüse- und Obstabteilungen. Um auch in diesem Bereich eine Verringerung zu erreichen, liegen diese Sackerln nicht mehr im Kassabereich zur freien Entnahme auf. Zusätzlich werden bestimmte Umweltprojekte gezielt gefördert. Um die Fortschritte beurteilen zu können, veröffentlicht das BMLFUW jährlich einen Bericht, basierend auf den Daten der unterzeichnenden Unternehmen. Der erste Bericht wird im Frühjahr 2017 präsentiert.

Warum werden Plastiksackerln nicht verboten?
Ein generelles Verbot der Kunststofftragetaschen ist nicht zweckmäßig. Plastiksackerln sind aus Hygienegründen, z. B. für Fleisch oder Fisch, sinnvoll. Auch aufgrund der hohen Bereitschaft der Bevölkerung zur Sammlung und ordnungsgemäßen Entsorgung von Abfällen sowie der gut funktionierenden Abfallwirtschaft ist ein absolutes Verbot nicht notwendig.

Zusätzliche Informationen finden Sie unter www.pfiatdisackerl.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG DES BMLFUW

AKTIONSPAKET

E-Mobilität beschleunigt die Mobilitätswende

BMLFUW, BMVIT sowie die Automobil- und Motorradbranche haben für Österreich ein Paket zur Förderung der Elektro-Mobilität in Höhe von 72 Millionen Euro geschnürt. Das Paket bringt 16.000 neue E-Autos auf die Straße – ein wichtiger Schritt für die erfolgreiche Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Neben Betrieben, Gemeinden und Vereinen werden nun auch Privatpersonen beim Kauf eines Elektro-Fahrzeugs unterstützt.

Die Unterstützung beträgt bis zu 4000 Euro. Voraussetzung zur Förderung ist der Nachweis von 100 Prozent Strom aus erneuerbaren Energieträgern. Vor dem Kauf sollten unbedingt die Förderdetails unter www.umweltfoerderung.at beachtet werden. Die Fördereinreichung ist ab 1. März 2017 möglich.

Neben den pauschalierten Förderungen bietet klimaaktiv mobil auch weiterhin die Möglichkeit, Mobilitätsprojekte in Gemeinden (E-Carsharing, Radinfrastruktur etc.) einzureichen. So werden schon heute die Weichen für die Mobilitätswende in den Gemeinden gestellt. Das klimaaktiv-mobil-Beratungsprogramm für Gemeinden (www.klimaaktivmobil.at/gemeinden) bietet kostenlose Unterstützung bei der Projektentwicklung. Unter **www.kommunalnet.at** stehen Musterartikel für die Gemeindezeitung zum Aktionspaket E-Mobilität und zu den Vorzügen der E-Mobilität im ländlichen Raum zur Verfügung.

		BETRIEBE, GEMEINDEN, VEREINE	PRIVATPERSONEN
E-FAHRZEUG	E-Pkw (BEV, FCEV)	3.000 EUR	4.000 EUR
	Plug-in Hybrid / Range Extender Pkw (PHEV, REEV, REX)	1.500 EUR	1.500 EUR
	E-Motorräder / E-Mopeds (L3e, L1e)	750 EUR	750 EUR
E-LADESTATION	Normalladen Wallbox bis 22kW / Standsäule bis 3,7 kW	200 EUR	200 EUR*
	Normalladen Standsäule >3,7-22 kW	1.000 EUR	-
	Beschleunigtes Laden Standsäule >22-43 kW	2.000 EUR	-
	Schnelladen Wechselstrom >43 kW / Gleichstrom ≥50 kW	10.000 EUR	-

* Nur in Kombination mit E-Pkw-Kauf

HEIMAT. LAND. LEBENSWERT.

Clemens Horacek aus Engerwitzdorf macht Oberösterreich lebenswert. Der Solar-Unternehmer und klimaaktiv-Partner macht den Menschen in seiner Umgebung leistbare, nachhaltige Heizsysteme zugänglich. Und schafft jede Menge Green Jobs – für nachhaltigen Wohlstand, für eine lebenswerte Heimat, gegen Abwanderung. Machen auch Sie Ihre Region lebenswerter. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) einen Masterplan, um den ländlichen Raum zukunftsfit zu machen.

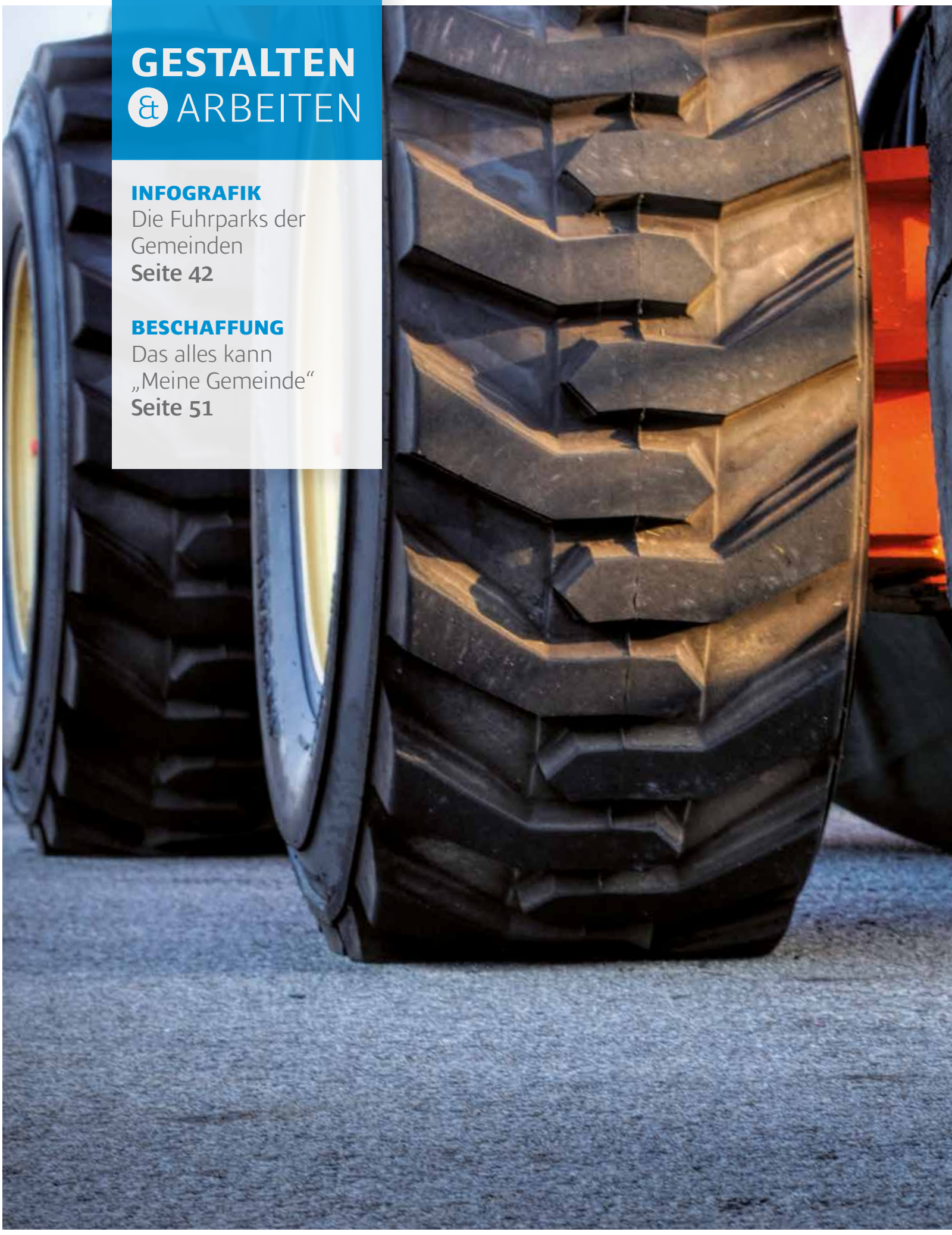
Schon heute fördert das BMLFUW – im Rahmen der Umweltförderung im Inland und des Klima- und Energiefonds – Energieprojekte mit rund 130 Mio. Euro jährlich und leistet so einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen der Energiewende. Nähere Informationen zu diesen und weiteren über 250.000 bereits realisierten Projekten des BMLFUW finden Sie auf **heimat-land-lebenswert.at**

Gute Idee?
Jetzt einreichen und Ihre Region lebenswerter machen: heimat-land-lebenswert.at

MINISTERIUM
FÜR EIN
LEBENSWERTES
ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT,
UMWELT UND WASSERWIRTSCHAFT

GESTALTEN & ARBEITEN

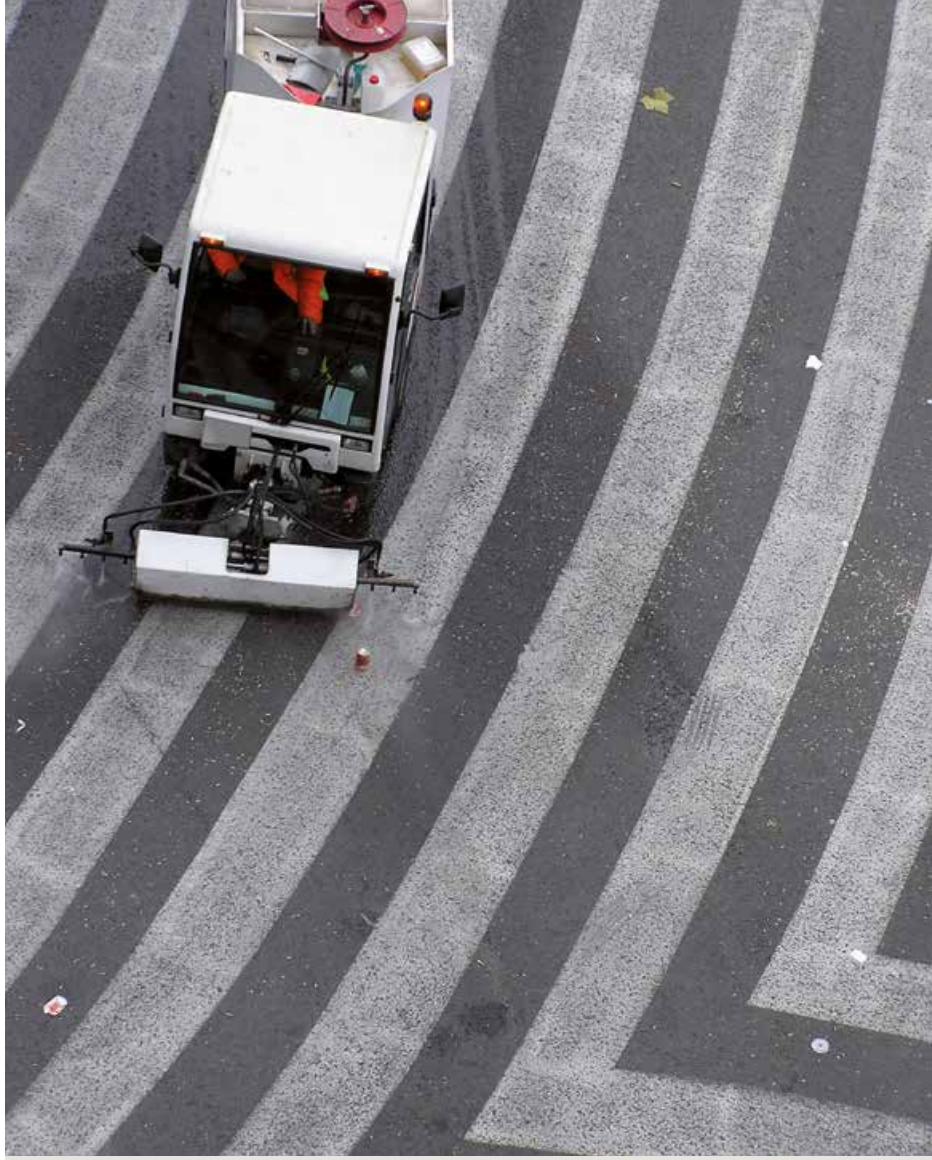


INFOGRAFIK
Die Fuhrparks der Gemeinden
Seite 42

BESCHAFFUNG
Das alles kann „Meine Gemeinde“
Seite 51

DARAUF FAHREN **DIE GEMEINDEN AB!**

In den Fuhrparks der österreichischen Gemeinen läuft nicht alles rund. KOMMUNAL hat erstmals den Bestand an gemeindeeigenen Fahrzeugen von Kommunen mit vergleichbarer Größe erhoben. Die Ergebnisse zeigen, das sowohl die Probleme als auch deren Ursachen in vielen Orten in großem Ausmaß die gleichen sind.



TEXT / Andreas Hussak

Wow, was für ein Feedback! Dass unsere Gemeinden dank Bürgergernähe und Servicequalität das höchste Vertrauen in der Bevölkerung besitzen, ist bekannt. Im Zuge der Umfrage, wie es um den jeweiligen Fuhrpark bestellt ist, kam auch die KOMMUNAL-Redaktion in den Genuss dieses umfassenden Servicegedankens und war wirklich überwältigt. So wurde beispielsweise nach der Anzahl und Art der vorhandenen Fahrzeuge gefragt. In zahlreichen Rückmeldungen haben die Gemeindebediensteten nicht nur die Antworten darauf geliefert, sondern auch eine detailierte Liste mit Marke, Modell, Baujahr oder Anzahl der Betriebsjahre übermittelt. Das geschah in derart vielen Fällen, dass sich dadurch zusätzliche zuverlässige Aussagen über diese Kriterien treffen ließen. Zum Beispiel haben derart viele Gemeinden als Pick-up einen Mitsubishi L200, dass, selbst wenn man alle nicht näher spezifizierten Pick-ups einem einzigen anderen Modell zuordnen würde, dieser nicht mehr von Platz eins verdrängt werden könnte. Ähnlich klar ist die Dominanz des Unimogs bei den Multifunktionsfahrzeugen. Bei den Hochdachkombis/Kastenwägen rangiert der VW Caddy am höchsten in der kommunalen Gunst, knapp gefolgt vom Peugeot Partner. Im Bereich der E-Fahrzeuge ist der Renault ZOE das meistgenannte Modell. All das sind wohlgemerkt zusätzliche Erkenntnisse aus proaktiv gelieferten Angaben.

Die befragten Gemeinden haben alle eine Bevölkerungszahl zwischen 2500 und 3500 Einwohnern. Zwar unterscheiden sie sich natürlich hinsichtlich ihrer Fläche und Topographie, dennoch ist die Bandbreite an Fahrzeugen erstaunlich. Während manche Kommunen mit nur zwei motorbetriebenen Fahrzeugen zurande kommen, umfasst der Fuhrpark in einigen anderen Fällen 15 bis 20 derselbigen. Unangefochten an der Spitze liegt dabei der Traktor als meistgenutztes Gemeinefahrzeug. Häufiger genannt wurde nur der Schneepflug, wobei dieser in den allermeisten Fällen nur als Anbaugerät für ein anderes Fahrzeug angegeben wurde. Im Schnitt verfügen die Gemeinden übrigens über je zwei Schneepflüge, ein Streugerät. Eine Schneefräse im Gemeindebesitz hat nur ca. jede dritte Kommune. Hinzu kommen ausgelagerte Winterdienste. Gemeinden, die über keinen klassischen Traktor

Die Hintergründe der Fuhrpark-Erhebung

Wie sieht der Zustand der Fuhrparks in Österreichs Gemeinden aus? Diese Frage stellte sich die Redaktion von KOMMUNAL und begann zu recherchieren – mit der ernüchternden Erkenntnis, dass es dazu keinerlei verfügbare Daten gibt. Das spornte an, selbst die Initiative zu ergreifen. So entstand die Idee, eine eigene Erhebung durchzuführen.

Nach Abwägung von Aufwand, Sinnhaftigkeit und Aussagekraft wurden die Untersuchungsparameter festgelegt. Die Gerätschaften einer kleinen Gebirgsgemeinde wie Gramais jenen einer weit über zehntausend Einwohner umfassenden Großgemeinde wie z. B. Wals-Siezenheim gegenüberzustellen erschien wenig sinnvoll und ebenso inhaltsleer wäre ein theoretischer Durchschnittswert daraus. Die Gemeinden sollten vergleichbar sein. Daher konzentrierte sich die Untersuchung auf typische, mittelgroße Kommunen mit rund 3000 Einwohnern. Diese Bevölkerungszahl entspricht der durchschnittlichen Gemeindegröße (ohne Wien). Befragt wurden rund 230 Gemeinden in allen Bundesländern, die Bevölkerungszahlen von etwa 2500 bis 3500 Einwohnern erreichen. Feuerwehrfahrzeuge wurden dabei bewusst ausgeklammert, da ihre Einsatzgebiete naturgemäß deckungsgleich sind, ihre hohen (Anschaffungs-)Kosten die Unterschiede in der Fuhrparkverwaltung allerdings marginalisiert und wenig aussagekräftig hätten werden lassen.

Die Redaktion bedankt sich bei allen teilnehmenden Gemeinden ausdrücklich und sehr herzlich für ihre Unterstützung! Ohne ihre breitwillige Mitarbeit wäre die Erhebung nicht durchführbar gewesen.
DANKE!

verfügen, weisen stattdessen eine überdurchschnittliche Anzahl an Kleintraktoren auf. Dabei ist zu beachten, dass die Grenzen der Fahrzeugklassifikationen fließend sind. Manche dieser Fahrzeuge, wie z. B. Modelle der Firma Kubota, könnten auch zu den Geräteträgern gezählt werden. Für die Erhebung wurden die Modelle mit unterschiedlich großen Vorder- und Hinterrädern und ohne eigene Ladefläche zu den Kleintraktoren gezählt, während Unimog oder AEBI in der Regel den Universalgeräteträgern zugeordnet sind. Die Gemeinden, die weder über Traktor, Kleintraktor oder einen Geräteträger verfügen, lassen sich an den Fingern einer Hand abzählen und besitzen stattdessen zumindest einen Bagger. Häufig vorhanden ist zudem ein Pritschenwagen oder zumindest ein Pickup.Die Top 10 der häufigsten Fahrzeuge befinden sich in der Grafik auf den Folgeseiten. Den Einzug in dieses Ranking knapp verpasst haben mit Platz 11 übrigens die Rasen-und Böschungsmähfahrzeuge.

KOMMUNAL fragte neben dem Bestand auch nach dem grundsätzlichen Bedarf an Fahrzeugen, unabhängig davon, ob eine tatsächliche Anschaffung realistisch ist oder nicht. Nur kanpp die Hälfte aller Gemeinden hat demnach ihren Bedarf an Fahrzeugen auch tatsächlich gedeckt. Über 50 Prozent haben teils akuten Anschaffungsbedarf. Wiederum ein Drittel dieser Gemeinden benötigt gleich zwei oder mehr Fahrzeuge. In etlichen Fällen geht es dabei gar nicht um eine Aufstockung des Fuhrparks, sondern um einen Austausch funktionsuntüchtiger, essenzieller Maschinen. So finden sich Traktor, Kleintraktor und Pritsche unter den meistgenannten Fahrzeugtypen. Weit oben auf dem Wunschzettel stehen weiters Fahrzeuge

> DIE GEMEINDEN SIND HINSICHTLICH IHRER FLÄCHE UND TOPOGRAPHIE SEHR UNTERSCHIEDLICH. DAS **ERKLÄRT DIE ERSTAUNLICHE BANDBREITE AN FAHRZEUGEN.“**

mit einer dezitierten Funktion, wie zum Beispiel Bagger, deren Aufgaben bislang vom vorhandenen Fahrzeugmaterial mehr schlecht als recht abgedeckt werden müssen. Die dritte Kategorie an Wunschfahrzeugen bilden jene, die nur einen saisonalen Nutzen haben, wie etwa Kehrgeräte. Mit dem Argument der mangelnden Auslastung wird deren Anschaffung häufig hintangestellt, was viele Gemeinden im Herbst (Laub), im Winter sowie im Frühjahr (Streugut) vor logistische Probleme stellt und einen hohen Personalaufwand erzwingt. Für andere Gemeinden ist die mangelnde Auslastung hingegen existent. So gibt eine Kommune beispielsweise an, ihre zwei Unimogs praktisch nur für den Winterdienst einzusetzen.

Die gemeindeübergreifende Nutzung von Kommunalfahrzeugen ist dennoch kaum vorhanden. Über 90 Prozent der Befragten verneinten eine derartige Kooperation. Einige gaben an, dass indirekt eine gemeinsame Nutzung von E-Fahrzeugen vorliege, sofern mehrere Gemeinden die innerhalb eines regionalen Verbundes nutzen. Nur 5% der Gemeinden teilen sich Fahrzeuge. Zumeist solche deren alleinige Anschaffung unrentabel wäre. In diesem Zusammenhang öfters genannt wurden: Schneestangensetzgeräte, Loipenspur-

Grafik nächste Seite, Fortsetzung Text S 44 »

KOMMUNAL INFOGRAFIK

DIE FUHRPARKS DER GEMEINDEN

KOMMUNAL hat die Struktur und Entwicklung der Fuhrparks der österreichischen Gemeinden (mit 3000+ Einwohnern) unter die Lupe genommen.

FAHRZEUGTYPEN & -BESTAND

DIE MEISTGENUTZTEN FAHRZEUGTYPEN IN ÖSTERREICHS GEMEINDEN

Der klassische Traktor ist nicht nur das häufigste Gemeindefahrzeug, sondern auch das weitestverbreitete. Über dreiviertel aller Gemeinden haben zumindest einen, einige sogar bis zu vier. Wer keinen hat, besitzt fast immer einen Bagger und/oder eine überdurchschnittliche Zahl an Kleintraktoren.

BELIEBTESTE FAHRZEUG-MODELLE IN DEN KATEGORIEN

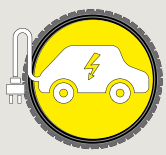
RENAULT ZOE

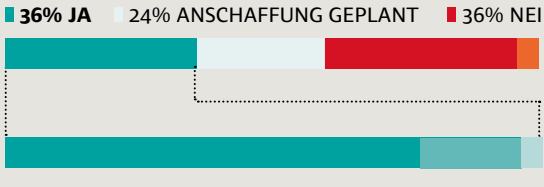
VW CADDY

UNIMOG

MITSUBISHI L200

NUTZEN GEMEINDEN ELEKTRISCH ANGETRIEBENE FAHRZEUGE?





Knapp zwei Drittel der Gemeinden haben bereits E-Fahrzeuge in Gebrauch oder überlegen deren Anschaffung in absehbarer Zeit.

CAR-SHARING

TEILT SICH DIE GEMEINDE FAHRZEUGE MIT EINER ODER MEHREREN ANDEREN GEMEINDEN?

5% Ja 3,4% indirekt 91,6% Nein

Es gibt kaum Gemeinden, die eigene Fahrzeuge mit anderen Gemeinden gemeinsam nutzen. Wenn doch, sind es meist Kehrmaschinen oder Schneestangensetzgeräte. Indirekt wird mancherorts auf die gleichen E-Cars zurückgegriffen, dies jedoch praktisch immer im Rahmen eines regionalen Car-Sharing-Angebots, das meist in Vereinsform organisiert ist.

PROBLEME

WELCHE AKUTEN PROBLEME STELLEN SICH DER GEMEINDE BEZÜGLICH DES FUHRPARKS?

FINANZIERUNG	43%
KEINE	29%
WARTUNG	19%
AUSSCHREIBUNG	10%
AUSFÄLLE	9%
UNEINIGKEIT BEI DER ANSCHAFFUNG	5%
PERSONAL	5%
ANDERE	10%

(Mehrfachnennung möglich)

Das Geld ist, wie immer, das größte Problem, aber auch die Instandhaltung und der Beschaffungsprozess an sich bereiten Schwierigkeiten. Knapp ein Drittel der Gemeinden geben an, mit keinerlei Problemen konfrontiert zu sein, während ein weiteres Drittel Probleme gleich in mehreren Bereichen verortet.

EINE ÖSTERREICHISCHE GEMEINDE HAT IN EIGENBESITZ DURCHSCHNITTLICH:

1-2	1	1	1	1
TRAKTOR(EN)	PRITSCHE	PKW ODER KLEINTRANSPORTER	LASTENTRANSPORTER	BAGGER ODER KLEINTRAKTOR

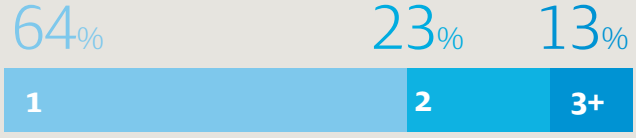
Im Schnitt verfügt die Gemeinde darüberhinaus über zumindest die Anbaugeräte:
2 Schneepflüge
1 Streugerät

Hier sind nur annähernd ganzzahlige Ergebnisse angeführt. Sich errechnende halbe Multifunktionsfahrzeuge oder z. B. halbe Anhänger wurden weggelassen.

BEDARF

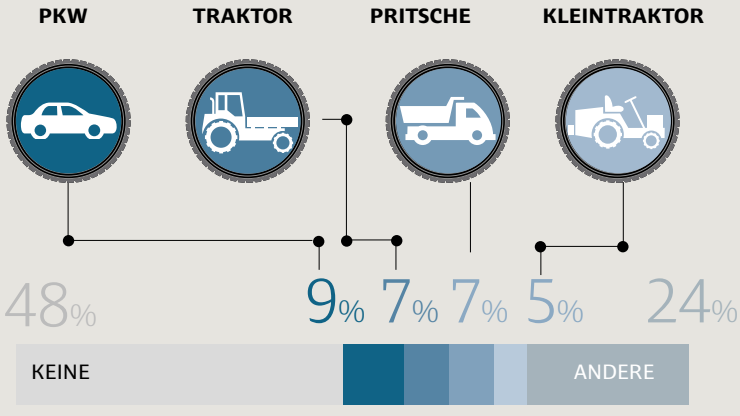
WIE VIELE FAHRZEUGE WÜRDE DIE GEMEINDE IN SUMME BENÖTIGEN?

Rund ein Drittel aller Gemeinden mit Anschaffungsbedarf benötigt mehr als ein Fahrzeug. Wohlgemerkt nicht „zusätzlich", denn in einigen Fällen ist ein betreffendes Fahrzeug bereits vorhanden, allerdings nicht (mehr) einsatzfähig.



ANZAHL BENÖTIGTER FAHRZEUGE

FÜR WELCHE FAHRZEUGE BESTEHT AKTUELL BEDARF?



Gut die Hälfte aller Gemeinden hat prinzipiell Anschaffungsbedarf.

DATENQUELLE: Umfrage KOMMUNAL unter 230 österreichischen Gemeinden mit rund 3000 Einwohnern

geräte, Böschungsmäher. Mulcher und Kehrgeräte. Die Betriebs- und Wartungskosten werden je nach verbrauchten Betriebsstunden auf die Gemeinden verteilt. Das funktioniet laut Angaben zwar so gut wie immer problemlos, dennoch bevorzugt der Löwenanteil der Gemeinden eher die Fahrzeuganmietung von privaten Anbietern gegenüber einer gemeinschaftlichen Nutzung. Die Tatsache, dass selbst beim Fahrzeugverleih zwischen zwei Gemeinden Umsatzsteuer fällig wird, ist diesbezüglich ein Hemmschuh.

Hemmschuh ist auch das Stichwort zum Thema der elektrisch betriebenen Fahrzeuge. In dieser Hinsicht sind Österreichs Gemeinden nämlich viel weiter als man vielleicht denkt. Mehr als ein Drittel hat bereits E-Cars in kommunaler Verwendung, ein weiteres Viertel beabsichtigt deren Einsatz in absehbarer Zeit. Erwähnter Hemmschuh ist dabei die Kostenfrage, konkret der Missstand, dass die öffentliche Hand einerseits mit gutem Beispiel vorangehen sollte, es aber just für sie keinerlei Förderung für E-Fahrzeuge gibt. Die Argumentation der Mehrkosten ist dem Steuerzahler dementsprechend schwer kommunizierbar. Das Resultat dieser Situation sind teilweise skurrile Workarounds. Nur wenige der Gemeinden besitzen die E-Fahrzeuge direkt. Eher werden die E-Cars über einen Regionalverband oder per

> „DIE POLITIK IST GEFORDERT, HINSICHTLICH ELEKTROFAHRZEUGEN UND GEMEINSAMER NUTZUNG VON KOMMUNALMASCHINEN **BESSERE RAHMENBEDINGUNGEN UND ANREIZE** ZU SCHAFFEN.“

PITTERS KOMMUNALTREND

DR. HARALD PITTERS IST
TRENDEXPERTE UND KOMMUNALFORSCHER.

Fuhrpark & Gerätetechnik: Kommunale Dauerbrenner

In KOMMUNAL werden diesmal die Themen Fuhrpark und Gerätetechnik behandelt. Im Zentrum stehen hierbei vor allem die Gemeindemitarbeiter, welche mit vielfältigen Aufgaben betreut werden, die für das Funktionieren der Gemeinde unerlässlich sind. Beispielsweise ist der Wegedienst das ganze Jahr über von Bedeutung und nicht nur, wenn die Witterungsbedingungen danach verlangen. Die Befahrbarkeit der Straße spielt eine ebenso große Rolle wie die permanente Instandhaltung der übrigen Infrastruktur. Die Funktion der Straßenbeleuchtung muss gewährleistet werden und auch termingetreue Entsorgungsdienste sind zu realisieren. All diese Tätigkeitsbereiche erfordern neben den jeweiligen Mitarbeitern auch die entsprechende Ausstattung. Dabei ist die kontinuierliche Wartung, Modernisierung und Finanzierung dieser Geräte notwendig. Dies stellt langfristig gesehen einen Mehrwert für die Gemeinde dar – beispielsweise durch die frühzeitige Erkennung von Schäden. Bereits bei der Beschaffung wird dabei bei der öffentlichen Auftragsvergabe Expertise benötigt. Weiters zu beachten ist, dass die Verwendung der Geräte eine kompetente Anleitung wie auch Praxiserfahrung erfordert. Jeder einzelne dieser Faktoren muss berücksichtigt werden, wenn es um die sparsame und zielgerichtete Aufteilung des Budgets bei gleichzeitiger Verwendung für nützliche Anschaffungen geht. Der aktuelle Pitters® KOMMUNALTrend zeigt, wie wertvoll die Investition in einen verlässlichen, stabilen Fuhrpark und die Bereitstellung von fachgerechten Geräten ist. Anhand des alltäglichen Bedarfs innerhalb der Gemeinde wird ersichtlich, dass die Beschaffung und Handhabung von geeigneten Arbeitsmitteln ein Dauerbrenner ist, der nicht vernachlässigt werden darf, um die kommunale Lebensqualität für die Bürger zu erhalten.

office@pitters.at
www.pitters.at

Mietmodell genutzt. Am häufigsten wird allerdings ein E-Carsharing-Verein gegründet, der offiziell allen Bürgern offen steht. Die Gemeinde wird sodann selbst Vereinsmitglied und ist nicht selten mit Abstand der Hauptnutzer.

Die Kosten sind aber nicht nur in Bezug auf E-Fahrzeuge ein Problem. Gefragt nach den vorrangigsten Schwierigkeiten in Bezug auf den Fuhrpark gab mehr als die Hälfte Geldsorgen an. Ganz oben auf der Liste steht für 43 Prozent aller Gemeinden die Finanzierung, aber auch die teure Erneuerung bzw. Instandhaltung bereitet Kopfzerbrechen (20,7 Prozent). Zweites großes Thema neben den Kosten ist der Anschaffungsprozess. Jede zehnte Gemeinde hadert mit den Ausschreibungen, in jeder zwanzigsten stockt der Prozess aufgrund von Unstimmigkeiten bei der Einigung auf ein konkretes Fahrzeug. Auf Nachfragen kristallisierte sich heraus, dass es dabei weniger um Differenzen innerhalb des Gemeinderates geht, sondern vornehmlich um solche zwischen den Vorstellungen der Praktiker am Bauhof und den Politikern. Nennenswert sind weiters Qualitätsmängel und Ausfälle bei den Maschinen. Ausfälle beim Personal bringen aber auch so manche Gemeinde in die Bredouille, und zwar betrafen diese Angaben immer den Winterdienst. Wie schon erwähnt, sind Pflug, Streuer etc. zumeist als Anbaugeräte in Verwendung. Wurden diese für eher exotische oder Spezialfahrzeuge angeschafft, ist der Kreis der Personen, die in der Lage sind, diese Gefährte auch steuern zu können äußerst überschaubar. Bei einer Erkrankung der Lenker ist dann schnell Feuer auf dem Dach. Daher sollte man schon bei der Beschaffung darauf achten, wer überhaupt fähig ist, im Fall des Falles einspringen zu können.

Zwar bezieht sich die Erhebung nur auf Gemeinden um die 3000 Einwohner, dennoch lässt sie einige Schlussfolgerungen zu. Dringend gefordert wäre die Politik, hinsichtlich Elektrofahrzeugen und gemeinsamer Nutzung von Kommunalmaschinen bessere Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

ROADSHOW IN GANZ ÖSTERREICH

Zwei neue multifunktionale knickgelenkte Geräteträger

Holder stellt zwei neue Kommunalfahrzeuge vor, den C 70 SC und den C 70 TC. Die multifunktionalen, knickgelenkten Geräteträger, Nachfolger des C 270 bzw. C 370, erfüllen die europäische Abgasnorm Stage IIIB und ebenso die amerikanische Variante Tier 4 final. Möglich ist dies durch einen neuen Turbodieselmotor mit Dieselpartikelfilter und geänderter Abgasführung.

In der Praxis erleben können Sie den Holder C 70 im Zuge einer Roadshow durch die österreichischen Bundesländer. Ende März und Anfang April stehen verschiedenste Holder-Fahrzeuge mit unterschiedlichen Anbaugeräten an mehreren Standorten in ganz Österreich zur Besichtigung und zum Test zur Verfügung.

Weitere Informationen erhalten Sie beim Importeur Esch-Technik unter **www.esch-technik.at**

FIAT PROFESSIONAL AUF- UND UMBAUTEN

UNENDLICHE MÖGLICHKEITEN

Seit mehr als 35 Jahren steht der Fiat Professional Ducato für Zuverlässigkeit, Variabilität und Flexibilität.

Nicht ohne Grund stehen 85 Prozent aller Wohnmobile und Camper auf einer Ducato-Basis. Dank der breiten Modellpalette von Kastenwagen über Personentransporter bis hin zu Fahrgestellen und Pritschen bietet der Ducato Fahrzeugumbauern unendliche Möglichkeiten, um jeglichen Kundenanforderungen gerecht zu werden.

Bei der Fiat Professional Roadshow werden an ca. 20 Stopps eine Auswahl dieser Umbauten präsentiert. Als Beispiel für einen Komplettumbau wird die Ducato Maxi-Pritsche mit Kranaufbau oder das Ducato Maxi-Fahrgestell mit Abrollkipper angeboten. Hier wurden mit dem Fiat-Professional-Umbaupartner Palfinger zwei Fahrzeuge entwickelt, die ganz speziellen Anforderungen gerecht werden.

Fiat Professional setzt aber auch auf „Inhouse"-Lösungen und hat z. B. mit dem Ducato Flex-Floor einen Personentransporter der Extraklasse geschaffen, der bis zu neun Personen Platz bietet und

dessen Ausstattung keine Wünsche offen lässt. Beispielsweise lassen sich im Flex-Floor die einzelnen Sitze nicht nur problemlos herausnehmen, sondern sind auch im Fahrzeug einfach neu anzuordnen. So kann man einander auf Wunsch auch gegenübersitzen.

Der Ducato Maxi Dreiseitenkipper ist eine weitere Fiat-Professional-Werkslösung. Die dreiseitig kippbare Pritsche mit ihren vielen Verzurr- und Ladungssicherungssystemen ermöglicht höchste Flexibilität.

Im Fiat Professional Portfolio bietet aber nicht nur der Ducato großes Umbaupotential. Der Doblò Cargo wird unter anderem auch als Pritschenversion-„Work-up" angeboten. Hier wird die Wendigkeit des kleinen Kastenwagens mit der Nutzlast und Flexibilität einer Pritsche kombiniert.

Der neue Talento überzeugt dank Umbaupartner „Webasto" als Kühltransporter. Und auch der neue Fiat Professional Fullback bietet mehrere Umbaumöglichkeiten.

Ob als Abschleppfahrzeug, Schneepflug oder Langguttransporter mit diversen Verstaumöglichkeiten für Werkzeug – Fiat Professional schafft Lösungen, um jeglichen Kundenanforderungen gerecht zu werden.

MEHR INFOS BEI

DAVID KOPPER
Mobil 066488473023
Büro 0168001-4030
E-Mail **david.kopper@fcagroup.com**
Web:
wwww.fiatprofessional.at

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

IHR JOB HÖRT NIEMALS AUF.

FIATPROFESSIONAL.AT

DIE EINZIGEN, DIE PROFESSIONAL IM NAMEN TRAGEN. GEBAUT FÜR 24 STUNDEN/7 TAGE DIE WOCHE.

PROFESSIONAL

PROFESSIONAL WIE SIE

* 2 Jahre Neuwagengarantie und 2 Jahre Funktionsgarantie MaximumCare der FCA Austria GmbH bis maximal 100.000 km gemäß deren Bedingungen. Optional und gegen Aufpreis erweiterbar auf bis zu 200.000 km. Symbolfotos. Angebotspreise gelten für folgende Modelle: Fiorino 225.1LB.1 inkl. Option INI., Doblò Cargo 263.11M.1 inkl. Option INI., Talento 296.11A.0 inkl. Option INI., Ducato 290.SLU.6 inkl. Option INI., Fullback 503.48U.1 inkl. Option INI. Angebot für Unternehmer gem. UGB. Nicht gültig für Flottenkalkulationen und bereits zugelassene Neufahrzeuge. Mit anderen Aktionen nicht kombinierbar. Details bei ihrem Fiat Professional Partner oder auf www.fiatprofessional.at. Alle Angaben ohne Gewähr und gültig solange der Vorrat reicht. Stand 02/2017.

FCA BANK Austria

VERBESSERUNG DER KOMMUNALEN VERKEHRSSICHERHEIT

MODELL KOOPERATIONSGEMEINDE

Eine wichtige Aufgabe der Kommunen ist die Herstellung und Sicherstellung der Verkehrssicherheit in ihrem Zuständigkeitsbereich. Insbesondere bei der Überwachung der Einhaltung der Geschwindigkeit sind auch die Zuständigkeiten anderer Behörden mit einzubeziehen. Dies betrifft vor allem schutzwürdige Bereiche und besondere Gefahrenlagen (Unfallhäufungsstellen und Unfalllinien). Durch Initiative des Bundesministeriums für Inneres und des Österreichischen Gemeindebundes wurde ein Kooperationsmodell entwickelt, das es allen Beteiligten ermöglichen soll, ein maßgeschneidertes Verkehrssicherheitskonzept umzusetzen, dessen Ziel es ist, die Lebensqualität in Ihrer Gemeinde zu erhöhen.

Informationen zum Kooperationsmodell werden in der Veranstaltung „Erhöhung der kommunalen Verkehrssicherheit – Lösungsmodell Kooperationsgemeinde“ gegeben. Diese wird, im Zusammenwirken des Gemeindebundes und der Österreichischen Forschungsgesellschaft Straße – Schiene – Verkehr, das erste Mal am 3. März 2017 im Rathaus Perchtoldsdorf angeboten. Die Veranstaltung soll nicht nur den gesetzlichen Rahmen darstellen, sondern auch erste Erfahrungen mit dem Kooperationsmodell vermitteln. Sie dient zum einen dazu, Informationen zu vermitteln, aber auch um den Austausch unter den Teilnehmern zu fördern. Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.fsv.at**

5. KOMMUNALFORUM ALPENRAUM AM 16. MÄRZ 2017

GEMEINSAM STATT EINSAM

Peter Filzmaier wird über die Herausforderungen der demografischen Entwicklung von Jugend und Bildung über die Infrastruktur bis hin zu Gesundheit und Pflege sprechen.

Als Einzelkämpfer wird es für die Gemeinden im Alpenraum immer schwieriger, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Aber welche Konzepte sind erfolgversprechend, um wichtige Zukunftsfragen zu beantworten? Antworten gibt es am 16. März beim 5. Kommunalforum Alpenraum. Eröffnet wird die grenzüberschreitende Jubiläumsausgabe im Lindner-Innovationszentrum in Kundl um 10 Uhr von Hausherr Mag. Hermann Lindner und Tirols Landesrat Mag. Johannes Tratter.

Die anschließende Keynote spricht Professor Dr. Peter Filzmaier, geschäftsführender Gesellschafter des Instituts für Strategieanalysen (ISA) in Wien. Sein Vortrag beschäftigt sich mit den Herausforderungen der demografischen Entwicklung von Jugend und Bildung über die Infrastruktur bis hin zu Gesundheit und Pflege. Zugleich wird Filzmaier aufzeigen, wie eine Kooperation von Gemeinden langfristig geplant werden kann.

Im zweiten Vortrag erörtert Mag. Gerlinde Rogatsch private Partnerschaften im Gesundheits- und Sozialbereich.

Das Kommunalforum Alpenraum ist eine Initiative des Tiroler Fahrzeugherstellers Lindner, Mitveranstalter ist das Tiroler Entsorgungsunternehmen DAKA. Kooperationspartner sind die IKB, der Österreichische Gemeindebund, der Tiroler Gemeindeverband, der Südtiroler Gemeindenverband, Forum Land und der Bayerische Gemeindetag.

Die Teilnahmegebühr beträgt 125 Euro. Mitglieder der Kooperationspartner und Gemeindevertreter unter 35 Jahren nehmen kostenlos an der Veranstaltung teil.

INFORMATION UND ANMELDUNG

www.kommunalforum-alpenraum.eu

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

KOSTENLOSE VERANSTALTUNGSREIHE

MIT DEM TÜV AUSTRIA ZUR RECHTSSICHEREN GEMEINDE

Mit dem Frühjahr beginnt wieder die Outdoorsaison, Zeit um Ihre öffentlichen Anlagen auf Mängel überprüfen zu lassen sowie Reparaturen anzustoßen.

Österreichs Gemeinden sollen auch in Zukunft sicher, sauber und attraktiv sein. der TÜV AUSTRIA gibt dazu wertvolle Tipps.

Sicherlich planen Sie auch das ein oder andere Fest in Ihrer Gemeinde? Laut Veranstaltungsgesetz sind Betriebsanlagen (wie z. B. Veranstaltungssäle, Kongresszentren, Sportplätze, -stadien etc.) regelmäßig daraufhin überprüfen zu lassen, ob sie den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen und ob sie die bau-, sicherheits- und brandschutztechnischen sowie die hygienischen Vorgaben erfüllen.

Alle Gemeindevertreter stehen täglich vor der Anforderung, ihre Gemeinde noch sicherer, noch sauberer und weiterhin attraktiv zu gestalten. In der Fülle der Aufgaben hat sich der TÜV AUSTRIA zum Ziel gesetzt, Gemeinden dabei zu unterstützen die Sicherheit und Gesundheit von Bürgern sowie Gästen zu gewährleisten und ihnen als kompetenter Partner zur Seite zu stehen.

Mit unserer kostenlosen Veranstaltungsreihe zum Thema „Rechtssichere Gemeinden", die wir in allen Bundesländern Österreichs für das Jahr 2017 planen, möchten wir Gemeindevertretern einen ersten Überblick über gesetzliche Regelungen vermitteln und Ihnen dabei behilflich sein, ihr Konzept einer rechtssicheren Gemeinde umzusetzen.

Schon während unserer ersten Informationsveranstaltung am 17. 1. 2017 in Innsbruck kristallisierte sich stark heraus, dass die Themen wie Hygiene von Trinkwasser, die Hygiene in Schulen und Kindergärten, gesetzliche Regelungen von Veranstaltungen sowie Sicherheit von Freizeit-, Sport- und Spieleinrichtungen von besonders großem Interesse sind und wir hier mit dem Knowhow unserer langjährig erfahrenen Referenten weiterhelfen können.

Gerne bieten wir Ihnen die Möglichkeit sich für unsere nächste kostenlose Tiroler Informationsveranstaltung am 28. 3. 2017 in unserer Geschäftsstelle Innsbruck oder für unsere Kärntner Veranstaltung im April 2017 anzumelden!

Kontaktieren Sie einfach unsere Frau Knabe unter **diana.knabe@tuv.at** und melden Sie sich an.

MEHR INFOS

- 28. 3. 2017 Informationsveranstaltung Geschäftsstelle Innsbruck
- Kontakt: Fr. Knabe diana.knabe@tuv.at

www.tuv.at

TÜV AUSTRIA

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

DER VERBESSERTE BEHÖRDENBRIEF

HYBRID RÜCKSCHEIN NEU

Noch nie war der Versand von Behördenbriefen so einfach und bequem. Erfahren Sie alles über die Vorteile des neuen Hybrid Rückscheinbriefs.

Mit dem neuen, verbesserten Hybrid Rückscheinbrief ist das Senden von Behördenbriefen nun noch sicherer, einfacher und qualitativ hochwertiger.

Die Erstellung von Behördenbriefen ist jetzt noch einfacher. Lernen Sie mehr über die Vorteile des verbesserten Hybrid Rückscheinbriefs.

Digitale Aufgabebestätigung: Dank der eindeutig zuordenbaren Sendungs-ID ist die elektronische Dokumentation und Nachverfolgung des Hybrid Rückscheinbriefs möglich. So erhält der Absender eine digitale Aufgabebestätigung, sobald die Sendung im Verteilzentrum der Post eingelangt ist und bearbeitet wurde. Dieser Vorgang ist nur für Sendungen möglich, die maschinell verarbeitet werden können.

Zustellprozess mittels Handheld: Auch die Übergabe des Hybrid Rückscheinbriefs wird vollelektronisch über das Handheld des Zustellers abgewickelt. Falls der Empfänger bei der Zustellung nicht anwesend ist, erhält er via PostApp eine Benachrichtigung , mit der er die Sendung von der Post-Geschäftsstelle abholen kann. Sämtliche Statusdaten samt Unterschrift werden dem Absender elektronisch übermittelt.

Clever designtes Fensterkuvert: Das neutrale, blaue Kuvert kann für RSa- und RSb-Sendungen gleichermaßen verwendet werden. Außerdem hebt sich das Kuvert durch die kräftige Farbe deutlich von anderen Postsendungen ab.

Einfach online: Ihre Behördenbriefe können Sie jetzt auch bequem und einfach vom Computer aus versenden – mit dem neuen **Rückscheinbrief Tool**. Einfach den Client installieren und los geht's! Barcodegenerierung, Avisodatenversand, Druck & Co übernimmt die Post. Der jeweils aktuelle Zustellstatus wird im Transaktionsportal angezeigt. So wissen Sie immer, wo sich Ihre Behördensendung befindet. Optional kann auch der Zustellkopf abgefragt oder eine Amtssignatur aufgebracht werden. Somit werden alle E-Government-Anforderungen abgedeckt.

Mit dem Hybrid Rückscheinbrief ist das Senden von Behördenbriefen nun sicherer, einfacher und qualitativ hochwertiger – für Behörden und Empfänger.

Nimmt der Empfänger den Brief entgegen, unterschreibt er direkt am Handheld des Zustellers.

INFORMATIONEN
Mehr Informationen zum Hybrid Rückscheinbrief, sowie zu den technischen und fachlichen Anforderungen erfahren Sie unter **www.post.at/hybridrueckschein** oder beim Post Business Service unter 0800 212 212.

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

BESCHAFFUNG

DAS ALLES KANN „MEINE GEMEINDE“

„Meine Gemeinde“ ist nicht nur Heimat- und Wohnort. „Meine Gemeinde“ nennt sich auch das intelligene Rollenmanagement der Beschaffungsplattform **Kommunalbedarf.AT**

Sie ist der größte Online-Marktplatz für Gemeinden, Drehscheibe zwischen Beschaffern und Lieferanten und ermöglicht ihren Benutzern die Effizienz der Beschaffungsprozesse in ihrer Gemeinde durch eine Reihe innovativer Funktionen enorm zu steigern und zu vereinfachen.

„Meine Gemeinde“ ist eine dieser Funktionen und sie entfaltet ihre Vorteile, je mehr Personen sich in der Gemeinde auf Kommunalbedarf.at registrieren. Der Grund dafür ist einfach. Innerhalb der Gemeinde ermöglicht die Plattform ein flexibles Rechte- und Rollenmanagement, das jedem User ein individuelles Budget und die exakt auf sein Aufgabenfeld zugeschnittenen Produktgruppen zugeweist. Nutzen sowohl Mitarbeiter als auch Vorgesetzte die Plattform, so erfolgen Anfragen automatisch und können elektronisch freigegeben werden, ohne den herkömmlichen Arbeitsaufwand. Der Freigabeprozess wird transparent abgebildet und Rechnungen werden automatisch versandt.

Wer bisher für die Anschaffung selbst kleiner Materialien um Erlaubnis fragen und einen umständlichen bürokratischen Bewilligungsprozess in Gang setzen musste, kann nun unkompliziert und schnell jene Materialen selbstständig besorgen, die für das Weiterarbeiten notwendig sind. Ob das die Unterrichtsmaterialien für den Lehrer oder Direktor der örtlichen Schule sind, die fehlenden Schrauben für den Bauhofmitarbeiter oder Kopierpapier für den Gemeindesekretär.

Je mehr Gemeindemitarbeiter als Einzelpersonen reigistriert sind, desto mehr Vorteile holt die Gemeinde für sich heraus, mehr Prozesse können optimiert werden und die Kommune kann mehr Potenzial für sich ausschöpfen.

GEWINNSPIEL
Im März gibt es für alle Personen, die sich auf Kommunalbedarf.at registrieren, einen PHILIPS-Monitor der neuesten Generation zu gewinnen!

KOMMUNALBEDARF.AT
Einfach. Alles. Beschaffen.

Stangl
Rein aus Prinzip.
STANGL KOMMUNALTECHNIK

IST IN ÖSTERREICH...
DER NEUE MULTICAR M29

Hako

NEUES, EINFACHES BEDIEN-KONZEPT
HOHE NUTZLAST
62KM/H
3.0 L MOTOR
HYDROSTAT-ABS
VARIABLE BREMSKRAFT
LÄRMARME KABINE
UNTER-SETZUNGS-GETRIEBE...

ASTRAD
10.-11. Mai in Wels

STANGL REINIGUNGSTECHNIK GMBH.
5204 Straßwalchen
8772 Traboch | 2334 Vösendorf
www.kommunalmaschinen.at

MODERNSTE TECHNIK BEI ENERGIE AG UND START-UP WASSERKARTE.INFO

MIT DEM SMARTPHONE ZUM NÄCHSTEN HYDRANTEN

Egal ob Wartung und Instandhaltung der Hydranten, es haftet der Wasserversorger, also oft die Gemeinde und deren Bürgermeister für die Funktionsfähigkeit im Brandfall.

Schickt mit Hilfe der Energie AG und der weltweit modernsten App seine Feuerwehrkollegen und die Wartungsteams der Wasserleitungsbetreiber auf Hydrantensuche: App-Entwickler Gabriel Freinbichler (l.) aus Aschach an der Donau.

Ist erst einmal ein Brand ausgebrochen, hängen Menschenleben und der Schutz von Hab und Gut von effizient handelnden Feuerwehren ab. Neben gut geschulten Einsatzkräften und moderner Ausrüstung ist das rasche Auffinden von Löschwasserentnahmestellen essentiell. Meist handelt es sich dabei um öffentliche Hydranten, für deren Funktion das Wasserwerk oder die Gemeinde zuständig sind. Detaillierte, flächendeckende, standardisierte und ohne Verzögerung von benachbarten Feuerwehren nutzbare Informationen sind für die Einsatzplanung und -durchführung zwingend erforderlich. Hier sind die österreichischen Kommunen gleich zweifach gefordert: Einmal als Verantwortliche für die Wasserinfrastruktur und zweitens, als verantwortliche Körperschaft für die Feuerwehren.

Damit im Fall des Falles alles glatt verläuft, kümmert sich die WDL WasserdienstleistungsGmbH um die Hydranten, damit diese funktionieren, wann immer es nötig ist. Die Dokumentation auf Wasserkarte.info macht das nachweisbar und bietet Wasserversorger, Gemeinde und Feuerwehren auf Knopfdruck einen tagesaktuellen und umfassenden Statusbericht über das Leistungsvermögen der Löschwasserversorgung. Für die Gemeinden bedeutet dies in der Zukunft mehr Rechtssicherheit, da sie über eine Erinnerungsfunktion auf anstehende Wartungen hingewiesen werden sollen. Ein sachgerechtes Hydrantenservice umfasst:

- Überprüfung technischer Zustand und Funktionsfähigkeit
- kombinierte Druck/Mengen-Durchflussmessung
- Austausch von Verschleißteilen
- Reparaturarbeiten (falls erforderlich)
- Leistungsklassifizierung für den Einsatzfall
- Erneuerung der Prüfplakette
- Eintragung der Prüfergebnisse und Freigabe der
- Wartungsdokumentation auf **Wasserkarte.info**

Dort stehen die Prüfdaten dem Auftraggeber sofort online zur Verfügung. Hauptvorteile sind eine erhebliche Zeitersparnis, die Vermeidung von Eingabefehlern und die zentrale Datenablage für den Auftraggeber. Ein Hydrant, der wegen eines Schadens außer Betrieb genommen werden muss, scheint sofort für alle anderen Beteiligten als defekt oder nicht in Betrieb auf. Zukünftig soll die Feuerwehr zudem über E-Mail, SMS oder push-Nachricht zeitnah über den Ausfall informiert werden, alternative Wasserentnahmestellen bietet das System von sich aus an.

Das alles deckt sich mit der seit fast 125 Jahren zentralen Aufgabe der Energie AG Oberösterreich und der WDL, eine sichere und leistungsfähige Infrastruktur bereitzustellen. Innovationen spielen dabei eine zentrale Rolle.

WARTUNGS-INFO
Die Önorm B 2539 (ÖVGW Richtlinie W59) schreibt im Punkt 4.5.3 alle zwei Jahre die Prüfung von Hydranten vor. Im Schadensfall muss der Wasserversorger also nachweisen, dass die Wartung sach- und zeitgerecht durchgeführt wurde. Hier erfahren Sie, wie Sie sicherstellen können, dass der Hydrant beim Kommando WASSER MARSCH auch tatsächlich funktioniert.

www.wasserkarte.info
www.wdl.at

FOTO // © Energie AG

ENTGELTLICHE EINSCHALTUNG

INNSBRUCK

VON GEMEINDEN **FÜR GEMEINDEN**

Tirols Gemeindeverbands-Chef Ernst Schöpf und Kommunalverlags-Geschäftsführer Michael Zimper präsentierten am 21. Februar in Innsbruck das neue Magazin „tirol.kommunal“.

FOTO // TGV/Leitner

Der Tiroler Gemeindeverband modernisierte seine Informations-Schiene. Anstelle der bisherigen „Tiroler Gemeindezeitung” erscheint nunmehr das Magazin „tirol.kommunal“, das in Zusammenarbeit mit dem Kommunal-Verlag in Wien produziert wird. „Wir suchen unser Glück nicht über die Auflage, sondern arbeiten mit dem neuen Magazin zielgruppenorientiert. Neben der Homepage und dem monatlich erscheinenden Newsletter bildet das neue Magazin eine ideale Plattform, um aktuelle Informationen an unsere Adressaten zu bringen. Ziel des Relaunches ist es, den schon bisher an uns selbst gestellten hohen redaktionellen Anspruch weiter auszubauen und durch ein modernes grafisches Konzept den Lesernutzen zu optimieren“, erklärt Verbandspräsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf.

Mag. Michael Zimper, Geschäftsführer des Österreichischen Kommunalverlages, wiederum ließ keinen Zweifel daran offen, dass „die Gemeinden gestärkt werden müssen.“ Dass mit „tirol.kommunal“ ein weiters Druckwerk in seiner Verlagsfamilie dazu gekommen ist, freut ihn besonders.

Mehr auf www.gemeindeverband-tirol.at oder www.kommunal.at

Neues Nutzfahrzeug gefällig?

Wachsen Sie mit uns.

Schonen Sie Ihr Budget und leasen Sie bequem das neue Feuerwehrauto, die Straßenkehrmaschine oder den neuen Schneepflug und Co.

BKS Bank

Mobilien Leasing

BKS-Leasing Gesellschaft m.b.H., T: (0463) 5858-691, E: leasing@bks.at, www.bks-leasing.at

KOSTENFAKTOR WOHNEN

MODERATE **MIETPREISE**

Leistbares Wohnen ist seit Jahren ein regelmäßig diskutiertes Thema und im Fokus der Politik. Nicht nur in urbanen Zentren, auch in ländlichen Regionen wird das Wohnen – insbesondere für jüngere Generationen – immer mehr zur finanziellen Belastung.

Dieser ökologische Massiholzbau in Systembauweise ist das jüngste Beispiel für leistbares Wohnen in Bad Ischl.

Die Politik bzw. Öffentliche Hand ist hier gefordert, an optimalen Rahmenbedingungen zu arbeiten, sodass der Wohnbau am Ende leistbare Mieten für die Menschen anbieten kann. „Für Gemeinden ist es nicht immer einfach, gemeinnützigen Wohnbau anzubieten. Die Fördergelder sind im sozial- und gemeinnützigen Bereich beschränkt", bringt Lukas Michlmayr Bürgermeister von Stadt Haag die Situation auf den Punkt. Stadt Haag ist eine Wohngemeinde im westlichen Niederösterreich mit rund 5000 Einwohnern und verzeichnet einen starken Zuzug aufgrund nahegelegener Arbeitszentren wie Linz, Steyr und Amstetten. „Wichtig ist daher, dass es auch andere Modelle gibt, bei denen private Investoren Wohnungen errichten und zu leistbaren Preisen vermieten. Ich freue mich, wenn im März die ersten Mieter in die neue all-in99-Wohnanlage der wert.bau einziehen", erklärt Michlmayr.

Durchschnittlich 9,90 Euro pro Quadratmeter. Die wert.bau Errichtungs GmbH ist so ein privater Investor, der mit seinem all-in99-Konzept durchschnittliche Bruttomieten (inkl. Heizung,BK, eingerichtete Küchen/Bäder/Vorräume) von 9,90 Euro verspricht.
„Unser Modell basiert auf drei Säulen: Erstes die Grundstückspacht auf Baurechtsbasis, die uns teure Grundstückskosten erspart, eine standardisierte Bauweise und ein ökologischer Massivholzbau mit optimalen bauphysikalischen Werten", erläutert wert.bau-Geschäftsführer Mario Deuschl. Finanziert werden die Mietwohnungen über Privatinvestoren, die sich damit langfristig ein arbeitsfreies Zusatzeinkommen sichern. KOMMUNAL wird sich mit einer österreichweiten Online-Befragung in den Amtsstuben umhören, um ein aktuelles Stimmungsbild rund um das Thema „Leistbares Wohnen" zu zeichnen.

Wichtig ist, dass private Investoren Wohnungen errichten und zu leistbaren Preisen vermieten."

Lukas Michlmayr, Bürgermeister der Stadt Haag

Regierung will Wohnen leistbarer machen.
Die Bundesregierung hat sich im neuen Regierungsprogramm beim Thema Wohnen neue Ziele gesetzt. Um Wohnen leistbarer zu machen, soll zusätzliches Bauland mobilisiert werden: Bei Umwidmungen von Grundstücken der öffentlichen Hand in Bauland sollen 25 Prozent als Vorbehaltsflächen für förderbaren Wohnbauraum ausgewiesen bzw. vorbehalten werden. Das verpflichtende 25-Prozent-Angebot soll nach einer bestimmten Frist verfallen, wenn kein Bedarf dafür bestehen sollte. Dieses System soll auch auf Baurechtsflächen anwendbar sein – bzw. es Gemeinden ermöglichen, Baurechte zugunsten geförderter Wohnungen bzw. förderbaren Wohnraums auch zu einem begünstigten Zins vergeben zu können. Boden im Privateigentum soll von den Regelungen ausgenommen sein. Offen ist, wie es mit dem neuen Miet- und Wohnrecht weitergeht. Dieses wurde Ende 2013 im „alten" Regierungsprogramm als Absicht fixiert. Teile der damaligen Ziele wurden schon umgesetzt, auch eine Art Sonderwohnbauprogramm rund um die neue Wohnbauinvestitionsbank, kurz WBIB – nicht aber eine umfassende Wohnrechtsreform.

INFORMATIONSLÖSUNGEN

DER DIGITALE **MEHRWERT**

Die digitale Amtstafel, Besucherleitsysteme und digitale Werbeflächen prägen zusehends das Ortsbild moderner Gemeinden. Die neuen Technologien lassen sich auch für Marketing und Tourismus nutzen.

Immer mehr Gemeinden bauen ihre digitale Bürgerkommunikation aus. Im Bild: ein elektronischer Service-Point, realisiert durch die Firma Kapsch.

Die ganze Welt ist digitalisiert. Egal wohin wir schauen. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten sich von ihrer Gemeinde, dass sie sich etwas „entstaubt" und wollen auch über digitale Wege informiert werden oder mit der Gemeinde interagieren. Durch die Digitalisierung gewinnt die Gemeinde ein junges, dynamisches und interessantes Image.

Bereits sehr viele Gemeinden haben für Ihre Bürgerinnen und Bürger eine eigene Bürger-/Gemeindekarte im Einsatz. Die Funktionen einer solchen Karte sind vielseitig und reichen von Eintrittsberechtigungen für Freizeiteinrichtungen wie Bad und andere Sportzentren bis hin zu Taxiermäßigungen. Weitere große Vorteile bietet der Einsatz von digitalen Zutrittslösungen für die automatische Zutrittsberechtigungen zu Werkstoffzentren bzw. Bauhof- und Recyclingzentren auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten. Im Zusammenspiel mit einer Videoüberwachungslösung inklusive Kennzeichenerkennung kann man genau verfolgen, wer wann eingefahren ist und wo welche Materialien abgelegt wurden. Zutrittskontrollsysteme werden bei gemeindeeigenen Betrieben für die Gemeindebediensteten eingesetzt, entweder als schlüsselloses Design oder auch direkt über die bereits bestehende Bürger-/Gemeindekarte. Videoüberwachungen für den Außenhautschutz bei Bauhöfen oder andere Einrichtungen (zb. Denkmäler), aber auch für den Innenbereich können professionell über einen eigenen Leitstand zusammengefasst werden.

> **Durch die Digitalisierung** gewinnt die Gemeinde ein junges, dynamisches und interessantes Image."

Im Gemeindeamt sorgt derweilen das Customer Flow Management für mehr Bürgernähe und –zufriedenheit. Neben dem klassischen „Nummernziehen" bieten die neuen Lösungen den Vorteil, dass sie einfach über das Smartphone oder Laptop aus der Ferne bedient werden können. Digital Signage, sprich der Einsatz digitaler Werbung und Informationen auf elektronischen Plakaten und Monitoren bringt ebenfalls große Vorteile, etwa in Form der digitalen Amtstafeln, als digitales Schwarzes Brett oder als digitale Werbemedien.

Bei vielen Gemeinden und nicht nur in Tourismusgebieten kommen Informationsstelen und Überkopfanzeigen zB. bei Kreisverkehren bereits zur Anwendung. Die Gemeinde kann diese zur intensiven Eigenwerbung oder zur Wahlwerbung nutzen. Zusätzlich bieten sie auch eine Einnahmequelle als Werbeflächen für ortsansässige Gewerbetreibende. Interaktive Stelen werden natürlich auch als Wayfindingsysteme genutzt. So führen sie die Gäste bequem zu den touristischen Hotspots oder zur ortsansässigen Hotellerie. Aus den bisherigen Erfahrungen hat sich herauskristallisiert, dass voll integrierte Gesamtlösungen, sogenannte End-to-End Lösungen, die bevorzugte Wahl sein sollten, da alle Systeme problemlos zusammenspielen. Abgesehen davon hat auch der finanzielle Aspekt eine große Bedeutung. Seit Basel II bedeutet eine Finanzierung für die Gemeinde, dass die Sachen nicht im Anlagevermögen sind, sondern nur gemietet werden.

Begeisterung über Sicherheitstipps für Schulkinder

Alljährlich veröffentlicht das Kuratorium für Verkehrssicherheit die Broschüre „Hand in Hand“. Neben vielen Sicherheitstipps für Eltern, Großeltern und Kinder sind auch zahlreiche Rätsel, Malbilder usw. in dieser Broschüre zu finden. Kürzlich übergab Bürgermeister Norbert Sulyok und Gemeinderätin Karina Stubits im Kindergarten Kohfidisch diese wichtige Broschüre an die Kinder.

Wie die Kinder waren auch die Kindergartenpädagoginnen, die während der Kinderbetreuung die Kinder ständig schulen, von den Sicherheitstipps begeistert.

Mehr Infos unter:
www.kommunalverlag.at/portfolio/hand-in-hand/

„murexin.com“ in neuem Gewand

„Nicht suchen, sondern gleich finden“ ist das Credo der neuen Online-Welt des österreichischen Bauchemieproduzenten Murexin. Umgesetzt wurde das in einem modernen Design, das mit Übersichtlichkeit punktet und einem Konzept, das den Nutzer neben altbekannten Wegen auch über intuitive Navigationslogik ausgehend von der Projektidee zum gewünschten Produkt führt. Nach Arbeitsschritten definierte Kategorien ermöglichen das rasche Finden und sorgen dafür, dass nichts vergessen wird.

Ist die Idee noch ein zartes Pflänzchen, geben gelungene Projekte Inspiration und zeigen auf, welche Produkte verwendet wurden – so gelingt jedes Vorhaben! Bernhard Mucherl (Geschäftsführer Murexin GmbH): „Mit unserer neuen Online-Präsenz unterstützen wir unsere Kunden mit einer optimierten Menüstruktur, die

richtigen Produkte für ihre Projekte auf denkbar einfache Weise zu finden. Der übersichtliche Servicebereich bietet den Verarbeitern beliebtes Infomaterial und hilfreiche Anleitungen – interaktiv, zum Downloaden oder als Verarbeitungstipps im Videoformat.“

Abrufbar auf allen gängigen Browsern, Smartphones und Tablets – und damit direkt auf der Baustelle verfügbar.

www.murexin.com

BEST PRACTISE IN ALLER KÜRZE

Umfrage zum Wahlsystem

Die Zeitung „Der Standard“ ließ erheben, was für die Österreicherinnen und Österreicher das Wesentliche an einer Demokratie ist – und wie diese Ziele in Österreich erfüllt sind.

QUELLE: derstandard.at/2000052620284/Umfrage-Nur-73-Prozent-halten-Wahlsystem-fuer-fair

89 %

der Wahlberechtigten halten es für wichtig, dass es in einer Demokratie freie und faire Wahlen gibt.

73 %

der Befragten meinen, dass es in Österreich faire und freie Wahlen gibt.

65 %

der Befragten glauben, dass es in Österreich gut funktioniert, dass die Verwaltung an Gesetze gebunden ist.

11 %

glauben, dass die Bürger bereit sind, die Demokratie notfalls auch mit der Waffe zu verteidigen.

FOTOS // murexin // KOMMUNAL // Neumayr // Rotes Kreuz

»Wie stellt ihr euch das vor? Mir wäre es umgekehrt lieber gewesen."

Werner Kerschbaum, Generalsekretär des Roten Kreuzes, in einem Interview mit den „Salzburger Nachrichten" vom 15.2.2017 zum „Arbeitstraining" im Rahmen des von der Regierung geplanten verpflichtenden Integrationsjahrs. Die Frage ging ans Bundeskanzleramt und ans Sozialministerium.

Nahversorgung: Wohnbau mit sozialer Verantwortung

Für die Salzburg Wohnbau ist die Errichtung von Wohnanlagen mehr als nur die Schaffung von Wohnraum. Denn auch die infrastrukturelle und soziale Nahversorgung spielen eine immer wichtigere Rolle, um die Lebensqualität in den Ballungszentren und vor allem in den ländlichen Regionen für die Zukunft zu sichern. „Wir bauen Wohnungen für Menschen, die sich in unseren Anlagen geborgen fühlen sollen. Dazu gehört auch die notwendige Infrastruktur und die soziale, gesundheitliche Nahversorgung", ist Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer Christian Struber überzeugt. Mit viel Know-how und Engagement gelingt es den Salzburg Wohnbau-Experten neben Schulen, Kindergärten, Krabbelstuben und Geschäften auch zukunftsweisende Projekte im sozialen und gesundheitlichen Bereich baulich zu realisieren. Dazu zählen Gesundheitszentren und Hausarztpraxen, Betreuungseinrichtungen für Hilfsorganisationen sowie Seniorenwohn- und Pflegeheime.

Die beiden Salzburg Wohnbau-Geschäftsführer Roland Wernik und Christian Struber Präsentieren das neue Gesundheitszentrum.

www.hyponoe.at

WER VERSTEHT UNSERE KOMMUNALEN PROJEKTE? UND NICHT NUR BAHNHOF.
EINE BANK.

Feuerwehrhäuser. Amtshäuser. Festspielhäuser.
Als Bank des Landes Niederösterreich sind wir der Spezialist für Finanzierungen der öffentlichen Hand. Weil wir wissen, was hinter Ihren Projekten steckt, sind Lösungen nach Maß für uns selbstverständlich. Unsere ganzheitliche Begleitung reicht von der Bedarfsanalyse bis zur professionellen Abwicklung und Umsetzung Ihres Projektes. Über effektive Finanzierungskonzepte aus einer Hand informiert Sie gerne der **Leiter Public Finance, Martin Kweta, MBA, martin.kweta@hyponoe.at.**

HYPO NOE

LAND & LEUTE

WORKSHOP
Kampf gegen Ablenkung am Steuer
ab Seite 60

INITIATIVE
Reparieren statt wegwerfen
ab Seite 62

NAME:	**DANIEL ZINIEL**
ALTER:	**24**
GEMEINDE:	**BADERSDORF**
EINWOHNERZAHL:	**292** (1. Jänner 2016)
BÜRGERMEISTER SEIT:	**1. 1. 2017**
PARTEI:	**ÖVP**

Nur fünf Tage Differenz trennen Daniel Ziniel vom Titel „Jüngster Bürgermeister Österreichs“. Seit Jahresbeginn lenkt der Sozialversicherungsangestellte die Geschicke der von Abwanderung betroffenen Gemeinde Badersdorf im Südburgenland.

NAHAUFNAHME: DANIEL ZINIEL

MIT LEBENSQUALITÄT GEGEN ABWANDERUNG

Herr Bürgermeister, Sie waren bei Amtsantritt erst 23 Jahre alt. Ist es schwierig, sich damit Gehör und Respekt zu verschaffen?
Es ist wichtig, das, was man sagt und tut, mit Argumenten zu festigen und dahinter zu stehen. Da spielt das Alter eigentlich weniger eine Rolle. Es kommt natürlich auch immer auf das Gegenüber an, bei älteren Leuten auf ihre Einstellung und ob sie auch Meinungen von Jüngeren akzeptieren. In der Gemeinde haben wir dahingehend eine recht große Akzeptanz.

Worin besteht der Vorteil, so jung zu sein?
Der Vorteil als Junger, aber auch als Quereinsteiger ist, dass man unvoreingenommen an das Ganze herangeht und Dinge oft von außen mit einem gesunden Hausverstand betrachtet und keinen Tunnelblick hat. Da steckt noch eine Menge Motivation und Energie dahinter, Dinge bewegen und vielleicht auch etwas Neues ausprobieren zu wollen.

> „HIER WIRD MAN SO WAHRGENOMMEN, **WIE MAN WIRKLICH IST.**“

Wie schaut der Alltag bei Ihnen aus?
Im Südburgenland als eine der infrastrukturmäßig und wirtschaftlich schwächsten Regionen in ganz Österreich ist es leider schwierig, einen vernünftigen Arbeitsplatz zu bekommen. Ich arbeite bei der Sozialversicherung der Bauern und pendle täglich nach Eisenstadt. Da geht es mir ähnlich wie vielen meiner Bürger, und ich kann mich in deren Situation sehr gut hineinversetzen. Montag vormittags habe ich meine Sprechstunden bis 10 Uhr, dann fahre ich nach Eisenstadt. An allen anderen Wochentagen pendle ich schon früh morgens nach Eisenstadt und komme erst um zirka halb sechs nachhause. Freitags bin ich schon zwischen drei und vier Uhr wieder im Ort. Unter der Woche ist das ein ziemlich dichtes Programm.

Was war die prägendste Erfahrung in Ihrem bisherigen Leben?
Ich bin mit sieben Jahren an Leukämie erkrankt und habe so früh Selbstständigkeit erlernt. Dadurch wurde ich sicherlich für das Leben geprägt. Heute bin ich dankbar dafür. Gottseidank ist alles ausgeheilt und ich bin so gesund wie jeder andere.

Haben Sie Ideen, wie man der Abwanderung entgegenwirken kann?
Wichtig ist, dass man den Lebensraum in der Gemeinde so gestaltet, dass er praktisch unverzichtbar wird. Die Leute sollen sagen: „Ich bin zwar in Wien, Graz oder Eisenstadt berufstätig, aber ich komme trotzdem gerne nachhause, weil hier die Lebensqualität einfach stimmt.“ Hier wird man so wahrgenommen, wie man wirklich ist. Das ist etwas, das einem die Anonymität der Stadt niemals geben kann.

Der Schwerpunkt liegt also auf der Lebensqualität der Freizeit?
Genau. Ich als kleiner Bürgermeister werde jetzt nicht eine Unsumme an Arbeitsplätzen schaffen können, aber ich kann die Gemeinde so gestalten, dass sie liebenswert und lebenswert ist und weiterhin bleibt. So, dass die Leute sagen: „Hierher komme ich gerne zurück!“ Ich werde zumindest mein Bestmögliches versuchen.

Sind Gemeindezusammenlegungen bei Ihnen auch ein Thema?
Nein. Im Burgenland ist das kein Thema.

Der **Mensch** hinter dem Bürgermeister

ZUHAUSE IST FÜR MICH ...
... die Stätte, an die man immer wieder gerne zurückkommt.

EIN ERFÜLLTES LEBEN BEDEUTET FÜR MICH ...
... Freundschaft und Glück

MEIN LEBENSMOTTO:
Stets nach vorne schauen!

GEMEINDE IST FÜR MICH ...
... der Ort, an dem man sich wohl fühlt und gerne leben möchte.

WENN ICH EINEN WUNSCH FREI HÄTTE, WÄRE DAS ...
... im Alter auf ein erfülltes Leben zurückzublicken, und auf das Geleistete stolz sein zu können.

WOVOR HABEN SIE ANGST?
Dass das Leben einmal nicht mehr so schön wie bereits jetzt ist.

BESCHREIBEN SIE SICH MIT EINEM WORT
interessant

Das Interview mit Daniel Ziniel auf der Homepage unter http://kommunal.at/artikel/mit-lebensqualitaet-gegen-abwanderung/

UNFALLURSACHE ABLENKUNG

WORKSHOPS FÜR **VERKEHRSSICHERHEIT IN GEMEINDEN**

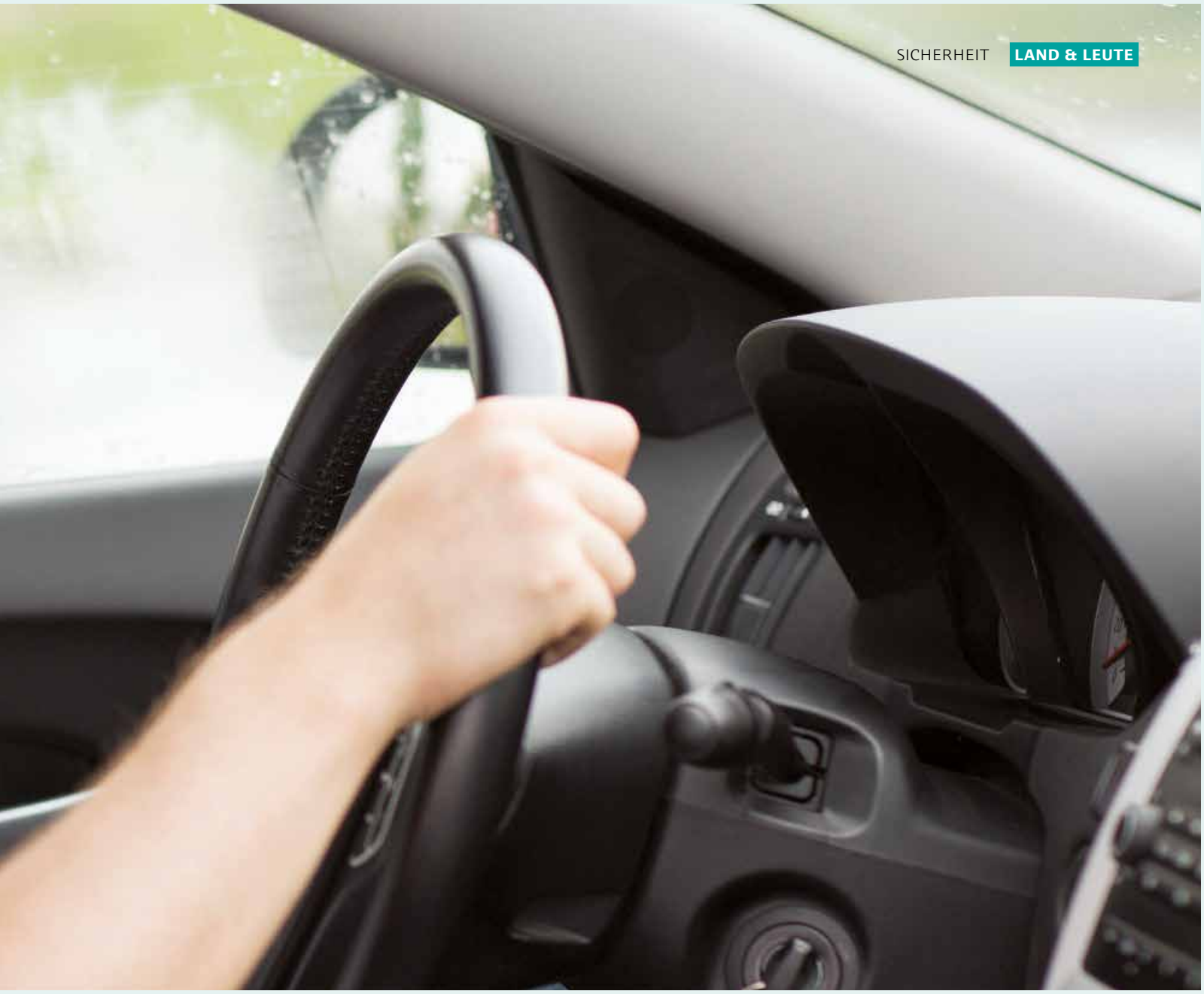
Ablenkung ist Unfallursache Nummer eins in Österreich – mit weiter steigender Tendenz. Um das Bewusstsein für die Gefahren zu fördern, bietet das KFV nun für Gemeinden und Unternehmen eigene Workshops „Unfallursache Ablenkung“ an.

E-Mails checken, Textnachrichten verschicken, telefonieren und dabei eine Adresse notieren, nebenher noch eine Semmel essen – beinahe selbstverständlich werden oft mehrere Dinge gleichzeitig erledigt, während wir am Steuer sitzen. Die tägliche Informationsflut überlastet unser Gehirn zunehmend und erschwert die Konzentration. Doch gerade Konzentration ist im Straßenverkehr überlebenswichtig, um sicher von A nach B zu gelangen. Wie gefährlich es sein kann, wenn aktive Verkehrsteilnehmer abgelenkt werden, belegt die Statistik: Mit einem Anteil von 38 Prozent am Gesamtunfallgeschehen ist Ablenkung bzw. Unachtsamkeit die häufigste Unfallursache in Österreich: Bei rund 12.700 Unfällen mit Personenschaden starben 123 Personen (2015). Im Vergleich zum Jahr 2014 stieg die Anzahl der getöteten Verkehrsteilnehmer durch Ablenkungsunfälle sogar um rund zehn Prozent an (2014: 111, 2015: 123).

> „Ablenkungsfreie Räume gibt es nicht – **es geht darum, wie wir mit Ablenkungen umgehen.**“

Mythos Multitasking. Wie die neuesten Tests der KFV-Simualtorstudie zeigen, sinkt bei Multitasking die Fahrleistung und die Herzrate erhöht sich so stark, dass es mit einer Stresssituation vergleichbar ist.

Im Straßenverkehr finden wir rund 600 bis 800 Millionen Bit Informationen. Bis zu 40 Bit pro Sekunde kann das Gehirn verarbeiten. Telefoniert man hinterm Steuer, verbraucht der Mensch 25 Bit pro Sekunde von seinem Kontingent. Es bleiben also nur noch 15 Bit für das Sehen übrig. Die Aufnahme von mehr Information wäre eine große Herausforderung für den Menschen. Durch diese multiple Stimulation kommt es also zur Einschränkung der Verarbeitungskapazität des Gehirns, es kommt zu einer



Bei knapp 12.000 Unfällen aufgrund von Ablenkung sterben in Österreich jährlich mehr als 100 Personen.

sogenannten Unaufmerksamkeitsblindheit. Der Fahrer verliert die Fähigkeit, Dinge um ihn herum wahrzunehmen.

Aktiv gegen Ablenkung. „Wer am Straßenverkehr teilnimmt, trägt nicht nur für sich selbst, sondern auch für andere Verkehrsteilnehmer Verantwortung. Bereits kleine Fehler, Ablenkungen oder Unachtsamkeiten können zu schweren Unfällen führen", erklärt DI Peter Felber vom KFV (Kuratorium für Verkehrssicherheit). „Dem Geschehen auf der Straße muss daher volle Aufmerksamkeit geschenkt werden, um weder sich selbst, noch Dritte zu gefährden", ergänzt Felber. Um dieses Bewusstsein zu fördern, bietet das KFV nun neue Ablenkungsworkshops speziell für Unternehmen an. Grundlegendes Ziel ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die gefährlichsten Ablenkungen aufgeklärt werden und Multitasking als reale Gefahr erkennen – frei nach dem Motto: Ablenkungsfreie Räume gibt es nicht – es geht darum, wie wir mit Ablenkungen umgehen. Im praxisnahen Vortrag werden plakativ und einprägend die Auswirkungen von Ablenkung aufgezeigt und darüber hinaus neue Verhaltensweisen erarbeitet, um ablenkende Tätigkeiten zu vermeiden. Teilnehmende Unternehmen sollen in die Lage versetzt werden, die Gefahr, in die sie sich beim Autofahren begeben, und deren eventuelle Folgen einzuschätzen, Risikokompetenz zu entwickeln und ihr Verhalten entsprechend anzupassen.

Interesse am Ablenkungs-Workshop? Interessierte Gemeinden können sich unter **aktionen@kfv.at**, Telefon: 0577011 DW4000 oder Fax: 0577077 DW8899 für den Ablenkungs-Workshop anmelden.

INITIATIVE

„REPARIEREN STATT WEGWERFEN“ …

… so lautet das Motto der Repair Cafés. Hier tun sich leidenschaftliche Handwerker zusammen – und solche, die es werden wollen. Gemeinsam machen sie Kaputtes wieder brauchbar.

Es gab sie bereits im Lungau, im Flachgau, im Pongau und in der Stadt Salzburg: Die Repair Cafés der Gemeindeentwicklung Salzburg erfreuen sich einer immer größeren Beliebtheit. Kein Wunder, denn die ursprünglich aus dem niederländischen Raum stammende Idee ist so einfach wie genial. Statt nicht mehr funktionstüchtige Gegenstände einfach wegzuwerfen, trifft man sich gemeinsam – und macht aus Alt wieder Neu. Mitgebracht wird zu den Repair Cafés von Möbeln und Fahrrädern über E-Geräte und Computer bis hin zu Kleidung und Spielzeug ganz Verschiedenes. Der sogenannten „Wegwerfgesellschaft“ setzt man so mit vollem Einsatz etwas entgegen.

Von den ExpertInnen lernen. Repair Cafés, auch manchmal Reparaturcafés genannt, stehen und fallen mit den Expertinnen und Experten, die sich für das Projekt Zeit nehmen: Unter anderem gebraucht und gesucht werden für die Treffen ElektrikerInnen, NäherInnen, Holzfachleute, Fahrrad-BastlerInnen und EDV-Fachleute. BürgerInnen, die kaputte Dinge lieber reparieren als wegwerfen, dazu aber nicht die notwendigen Fähigkeiten besitzen, können sich mittels der Initiative an die Fachmänner und -frauen wenden. So treffen sich also jene, die Reparaturen anbieten, und jene, die ReparateurInnen suchen, zu fixen Terminen im Repair Café – und machen sich bei Kaffee und Kuchen gemeinsam ans Werk. Dabei ist das Zuschauen und Lernen entscheidend: Die Fachleute arbeiten direkt vor Ort zusammen und bieten damit Hilfe zur Selbsthilfe.

Gemeinsam für die Nachhaltigkeit. Jüngste Erfolge erzielten die Repair-Cafés in Mattsee und in Anif/Niederalm, die beide jeweils als Tagesveranstaltung im September 2016 stattfanden. Während in Anif 31 Gegenstände repariert wurden, waren es in Mattsee gar über 100. Dabei bewies das Repair Café seine Verbundenheit zu anderen sozialen und nachhaltigen Themen: In Anif/Niederalm wurden nicht nur 248,30 Euro für einen guten Zweck erreicht, sondern auch Elektroautos und Car-Sharing-Projekte präsentiert. Die Repair Cafés öffnen damit Gleichgesinnten, die sich gemeinsam für nachhaltige Themen begeistern und engagieren möchten, Tür und Tor.

FOTO/Salzburger Seenland

Bei Kaffee und Kuchen macht man sich gemeinsam ans Werk. Dabei ist das Zuschauen und Lernen entscheidend: Die Fachleute arbeiten direkt vor Ort zusammen und bieten damit Hilfe zur Selbsthilfe.

KEINE KONKURRENZ

Ganz klar positionieren sich die Repair Cafés nicht als Konkurrenz zu professionellen Anbietern. In den Reparaturcafés arbeiten die Teilnehmenden rein aus einer persönlichen Begeisterung heraus auf freiwilliger und unentgeltlicher Basis. Spenden für das Projekt werden dennoch gerne entgegengenommen.

INFOS
SALZBURGER BILDUNGSWERK
Christine Gnahn BA, 0662/872691-16
christine.gnahn@sbw.salzburg.at

Beim Sackamt kann man seine alten Stofftaschen abgeben. Diese werden gewaschen und beim beliebten Freitagsmarkt für den Transport der Einkäufe wiederverwendet.

KURIOS & VORBILDLICH

WAS IST EIN SACKAMT?

Diese Frage stellten sich die fünf Comedians bei der ORF-Sendung „Was gibt es Neues?“. Tatsächlich gibt es das Sackamt in der oberösterreichischen Gemeinde Ottensheim. Dahinter steckt eine äußerst findige Maßnahme gegen Plastiksackerl.

Die ORF-Comedien-Runde musste in der Sendung „Was gibt es Neues?“ herausfinden, welche Funktion das Sackamt in Ottensheim erfüllt.

TEXT / Carina Rumpold

Ottensheim – bisher eher bekannt für die vorbildhaft umgesetzte Baukultur – beherbergt auch das bisher einzigartige „Sackamt“. Welchen Zweck dieses erfüllt, mussten Ulrike Beimpold, Lisa Eckhart, Kathi Straßer, Günther Lainer und Florian Scheuba am 3. Februar 2017 in der ORF-Sendung „Was gibt es Neues?“ herausfinden.

Das Sackamt als Ausgabestelle für Sandsäcke?
Ulrike Beimpold mutmaßte, dass das Sackamt etwas mit der Mülltrennung zu tun hat. „Wurde das Salzamt vielleicht durch das Sackamt ersetzt“, fragte sich Florian Scheuba. Günther Lainer, der selbst Oberösterreicher ist, brachte die Funktion dieses Amtes mit der in Ottensheim nahen Donau in Verbindung. Werden dort die Sandsäcke für den Schutz vor Hochwässern gelagert und im Bedarfsfall ausgegeben?

Sackamt als Beitrag für mehr Umweltschutz.
Alle wahrscheinlichen oder weniger wahrscheinlichen Theorien des Rateteams waren falsch. Die Idee hinter dem Sackamt ist so einfach wie innovativ: Wenn am Freitag der Markt in Ottensheim stattfindet, kann jede/r dort ihre/seine übrigen Stoffsackerln hinbringen. Diese werden gewaschen und für den Transport der Einkäufe von den Standlern wieder ausgegeben. Das Sackamt in Ottensheim gibt es seit 26. September 2014 und es dient schlicht und einfach der Plastiksackerlvermeidung. So soll nicht nur der Markt, sondern langfristig ganz Ottensheim plastiksackerlfrei werden. Bis heute erfreut sich das Sackamt beim Ottensheimer Freitagsmarkt großer Beliebtheit.

MAG. CARINA RUMPOLD IST REDAKTEURIN BEIM ÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEBUND UND BEI KOMMUNALNET
carina.rumopld@gemeindebund.gv.at

FOTOS // © Fotoklub Ottensheim // © ORF / Günther Pichlkostner

familienfreundlichegemeinde

Familienfreundlichkeit lohnt sich.

Neue österreichweite Informationsoffensive will mehr Bewusstsein für das Thema Familienfreundlichkeit in der Gemeinde und der Wirtschaft schaffen.

Österreichischer Gemeindebund

Wir schaffen Familie.

Familienfreundlichkeit lohnt sich:

Unter Einbezug aller Generationen ermöglicht das Audit ***familienfreundlichegemeinde*** gemeinsame Maßnahmen zu erarbeiten. Das führt zur stärkeren Identifikation der BürgerInnen mit der Gemeinde und schafft ein positives Image nach außen. Denn letztlich trägt ein familienfreundliches Umfeld dazu bei, dass die Attraktivität der Gemeinden sowohl für Familien als auch für die Wirtschaft steigt.
Infos auf www.familieundberuf.at

audit berufundfamilie familienfreundlichegemeinde

Prof. Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes

Zahlreiche Gemeinden machen mit und zeigen, dass sie von der Teilnahme an den Auditprozessen profitiert haben.

Familienfreundlichkeit lohnt sich. Für jeden.
Ob BürgerInnen oder ArbeitgeberInnen, jung oder alt, jeder profitiert von familienfreundlichen Maßnahmen. Die neue österreichweite Informationsoffensive zu den Audits *familienfreundlichegemeinde* und *berufundfamilie* soll noch größeres Bewusstsein für das Thema Familienfreundlichkeit schaffen und noch mehr Menschen dazu bringen familienfreundliche Maßnahmen zu setzen. Zahlreiche Gemeinden und Unternehmen machen mit und zeigen, dass sie von der Teilnahme an dem jeweiligen Audit profitiert haben. Die Vorteile von familienfreundlichen Maßnahmen für die Wirtschaft, den Standort und die Gemeinden liegen auf der Hand. Die Gemeinden profitieren durch eine Aufwertung des Standorts und einer stärkeren Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit dem Wohnort. So lässt sich auch Abwanderung gezielt vorbeugen.

Audit *familienfreundlichegemeinde*
Das Audit *familienfreundlichegemeinde* ist ein nachhaltiger, kommunalpolitischer Prozess für österreichische Gemeinden, Marktgemeinden und Städte mit dem Ziel, in Workshops und durch aktive Bürgerbeteiligung aller Generationen, familienfreundliche Maßnahmen in der Gemeinde zu verankern. Nach erfolgreichen Abschluss des Audits, das europaweit als Vorzeigebeispiel gilt, wird die Gemeinde vom Bundesministerium für Familien und Jugend mit dem staatlichen Gütezeichen *familienfreundlichegemeinde* ausgezeichnet. Im Rahmen des Audits werden Maßnahmen für die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen, Familien, Singles und älteren Menschen sowie auch generationenübergreifende Projekte umgesetzt. Die Vielfältigkeit und Individualität der Maßnahmen zeigen die Flexibilität des Auditprozesses.

Interesse bekommen?
Bisher haben österreichweit bereits über **400** Gemeinden am Audit *familienfreundlichegemeinde* teilgenommen. Somit profitieren über **2,3** Millionen BürgerInnen, also ein Viertel der österreichischen Bevölkerung, von familienfreundlichen Maßnahmen. Weitere Informationen zur Teilnahme am Audit und viele gute Praxis-Beispiele finden Sie unter:

www.familieundberuf.at

Social Media

/familieundberufat
@familieundberufat

Setzen auch Sie auf Familienfreundlichkeit und starten Sie noch heute mit dem Audit!

Familie & Beruf Management GmbH

E-Mail: audit@familieundberuf.at
www.familieundberuf.at

bmfj BUNDESMINISTERIUM FÜR FAMILIEN UND JUGEND

Bezahlte Anzeige

SÜDTIROL

WENIG LUST AUF **IMPFUNG**

Nach einem gehäuften Auftreten von Meningitiserkrankungen mit mehreren Todesfällen ist in Italien die Diskussion um die Impfpflicht neu entbrannt.

Auf der Staat-Regionen-Konferenz haben sich das Gesundheitsministerium und die Vertreter der Regionen grundsätzlich auf eine Ausdehnung und Verschärfung der Impfpflicht verständigt. Mit einem eigenen Gesetz soll eine einheitliche Anwendung der Impfungen auf dem gesamten Staatsgebiet gewährleistet werden.

In Südtirol hat man nur wenig Freude mit diesem Vorstoß. Seit Jahren hinkt man bei der Durchimpfungsrate dem restlichen Staatsgebiet weit hinterher. Bei den Pflichtimpfungen Kinderlähmung, Tetanus, Diphtherie und Hepatitis B liegt die Impfrate in Südtirol bei 85 Prozent, während der italienische Durchschnitt 93 Prozent beträgt. Noch niedriger ist die Impfrate bei den nicht verpflichtenden Impfungen. So liegt die Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation bei Masern bei 95 Prozent, Südtirol erreicht aber lediglich knapp 70 Prozent. In einigen Landesteilen ist diese Rate noch niedriger.

Trotzdem spricht man sich in Südtirol gegen die von Rom ins Auge gefasste Maßnahme aus, wonach ungeimpften Kindern der Zugang zu Kindergarten und Grundschule verwehrt werden soll. Sowohl der Landesrat für Schule und Kultur, Philipp Achammer, als auch die Landesrätin für Gesundheit, Martha Stocker, sind gegen eine Rückkehr zu den Pflichtmaßnahmen der 90er-Jahre. Beide sind zwar für die Impfpflicht, aber nicht in dieser drastischen Form. Auf diese Weise würden die Grundrechte auf Bildung und Gesundheit gegeneinander ausgespielt.

„Bislang hatten wir noch nie ein Problem. Sollte es aber einen konkreten Anlass geben, können auch Pflichtmaßnahmen durchaus sinnvoll sein."

Andreas Schatzer,
Präsident des Südtiroler Gemeindenverbandes

Ob sich Südtirol gegen die staatlichen Vorgaben wehren kann, ist jedoch fraglich. Nachdem es sich bislang aber lediglich um einen Vorschlag handelt, will man vorerst auf politischem Wege versuchen, das Ansinnen aus Rom abzuschwächen. Wer sich heute einer Pflichtimpfung verweigert, muss mit einem Bußgeld in der Höhe von 250 Euro rechnen. Laut Landesrätin Martha Stocker sei dies akzeptabel, zumal Südtirol die vorgesehenen Impfraten nicht erreicht.

Südtirols Politik und Sanität setzen daher weiter auf Information und Überzeugung. Erst im letzten Herbst wurde eine entsprechende Sensibilisierungskampagne gestartet. Ob diese Früchte trägt, bleibt abzuwarten, da es hierzulande eine große Anzahl von Impfskeptikern und Impfgegnern gibt.

Südtiroler Gemeindenverband
presse@gvcc.net www.gvcc.net

BURGENLAND

Die Teilnehmer konnten sich bei der Veranstaltung interaktiv einbringen.

Gemeinden für den **Klimawandel sensibilisieren**

Mit einer Dialogveranstaltung zur Klimawandelanpassung sollten Gemeinden für die Klimawandelanpassung sensibilisiert und über mögliche Maßnahmen sowie Unterstützungsangebote informiert werden. Bei der Veranstaltung in Mattersburg wurden Klimaszenarien für das Burgenland sowie das Förderprogramm „KLAR!“ zur Etablierung von Klimawandelanpassungs-Modellregionen vorgestellt.

Diskussion um Landesumlage

Obwohl die Landesumlage im Burgenland die niedrigste in ganz Österreich ist, wird sie nicht erhöht. Eine Zweckbindung, wie von der ÖVP gefordert, soll es weiterhin nicht geben.
Die ÖVP möchte, dass die Landesumlage zweckgebunden an die Gemeinden zurückfließen solle, damit sie Geld für Investitionen haben. „Es ist schön, dass sich die SPÖ-Landesräte Eisenkopf und Bieler für eine Nichterhöhung der Landesumlage einsetzen. Wir sehen die Umlage aber als Strafsteuer für die Gemeinden“, sagt Landesparteiobmann Thomas Steiner. Er will Abschaffung oder eine Zweckbindung.
Gemeindereferentin Astrid Eisenkopf (SPÖ) meint aber, dass eine Zweckbindung vor allem für kleinere Gemeinden Nachteile hätte: „Das Geld würde in anderen Fördertöpfen fehlen, von denen eher die finanzschwachen Gemeinden profitieren. Durch den Wegfall der Landesumlage werden überproportional finanzkräftige Gemeinden entlastet. Ich bin mir nicht sicher, ob das auch allen kleineren Gemeinden bewusst ist.“

KÄRNTEN

Wenig Missstände in der Verwaltung

Bei der Volksanwaltschaft gingen in den Jahren 2014/15 insgesamt 1238 Beschwerden aus Kärnten ein, 352 davon betrafen die Landes- und Gemeindeverwaltung. Die Beschwerden betrafen hauptsächlich die Bereiche Raumordnung und Baurecht, ein weiterer Punkt sind soziale Belange, insbesondere Mindestsicherung und Jugendwohlfahrt. Österreichweit würden bei rund 16 Prozent der Beschwerden Missstände in der Verwaltung festgestellt, in Kärnten seien es nur rund 9,5 Prozent, was für die Kärntner Verwaltung spreche, meinte Volksanwalt Günther Kräuter bei der Präsentation des Berichts. Unter „Missständen“ wird laut Kräuter u. a. auch ein leicht zu behebender Fehler bei der Pensionsberechnung verstanden.

Die meisten Beschwerden betreffen die Bereiche Raumordnung und Baurecht.

Gemeinden sind Investoren

Über die Kommunale Bauoffensive werden gemeinsam von Land und Gemeinden 153 Millionen Euro an Bauinvestitionen ausgelöst.
„Davon profitieren vor allem die regionale Wirtschaft und der Arbeitsmarkt in Kärnten. Rund 2000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft werden mit diesem Investitionsvolumen ganzjährig abgesichert“, lobt Landeshauptmann-Stellvertreterin Gaby Schaunig die Gemeinden. Darüber hinaus würden die Kommunen über zahlreiche gemeinnützige Beschäftigungsprojekte Job-Chancen für Langzeitarbeitslose und ältere Arbeitsuchende bieten. Gemeinsam mit den gemeinnützigen Bauvereinigungen seien die Kommunen zudem Partner in der Schaffung von leistbarem Wohnraum.

NIEDERÖSTERREICH

Bei einer Feier in St. Pölten wurden die 38 Siegerprojekte aus drei Kategorien und zwei Sonderkategorien vor den Vorhang geholt.

Ausgezeichnete **Dorferneuerung**

Beim 7. Ideenwettbewerb der NÖ Dorf- und Stadterneuerung waren 88 gemeinschaftsfördernde Projekte eingereicht und durch eine Expertenjury bewertet worden. Insgesamt wurden Schecks in der Höhe von 150.000 Euro an die Preisträgerinnen und Preisträger vergeben. Die meisten Auszeichnungen gab es in der Kategorie „Identität“, in deren Mittelpunkt die Stärkung des Selbstbewusstseins der Bevölkerung steht. In etwa gleich viele Siegerprojekte gingen aus den Kategorien „Soziales Leben“ und „Junge Dorferneuerung“ sowie aus den Sonderkategorien „Natur im Garten“ und „Innen vor Außen – Zentrumsentwicklung“ hervor. Die Bandbreite der prämierten Ideen reicht vom verhexten Hör-Erlebnis-Bewegungs-Weg (Bromberg) über den Dorfladen auf Vereinsbasis (Wölbling) bis hin zum engagierten Buchprojekt über Mundartdichtung (Bisamberg).

Erfolgreiches One-Stop-Prinzip

Die Regionalentwicklung in Niederösterreich wurde vor zwei Jahren neu organisiert. Landesrätin Petra Bohuslav informierte nun, was sich seither für Gemeinden verändert hat. „Wir haben mit der NÖ. Regional.GmbH ein in Österreich einzigartiges Modell aufgesetzt, bei dem von der Katastralgemeinde bis zur Kleinregion alle Ebenen von einer Organisation bedient werden“, sagte Bohuslav. Das habe eine enorme Erleichterung für die Gemeinden und Regionen gebracht, da das Durchfragen von Förderstelle zu Förderstelle damit Geschichte sei, meinte sie.

OBERÖSTERREICH

Wasserschongebiet in Linz bleibt

Eine Firma ist mit ihrer Beschwerde gegen die Rechtmäßigkeit des neuen Linzer Wasserschongebiets „Scharlinz“ beim Verfassungsgerichtshof (VfGH) abgeblitzt. Das Unternehmen wollte dort ein Verwaltungsgebäude errichten, hatte jedoch keine Bewilligung bekommen. „Die Anlage dient permanent zur Trink- und Nutzwasserversorgung von rund 400.000 Menschen“, erläuterte Umweltlandesrat Rudi Anschober (Grüne). Das Höchstgericht stellte fest, dass das Grundwasserschongebiet im öffentlichen Interesse der allgemeinen Wasserversorgung im Raum Linz liegt und geeignet ist, den Schutz des Grundwassers im Einzugsgebiet des Wasserwerks angemessen zu verwirklichen.

Das Höchstgericht entschied im öffentlichen Interesse und gegen die Wünsche der Wirtschaft.

Transparenz bei Gemeindeprüfungen

Fälle wie zuletzt in St. Wolfgang (Skandal um nicht erledigte Bauverfahren) und Freistadt (Änderung eines Prüfberichts der Gemeindeaufsicht) haben zur einer Diskussion über Gemeindeprüfungen geführt. Gemeinde-Landesrätin Birgit Gerstorfer (SPÖ) fordert mehr Transparenz bei den Prüfungen. Sie schlägt ein Paket aus fünf Maßnahmen vor, das die Kontrolle der Gemeinden intensivieren und Transparenz herstellen soll.
FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek plädiert für eine einheitliche Prüfung unter der Federführung des Landes, Zweigleisigkeiten sollten abgeschafft werden. Dies würde auch einen einheitlichen Qualitätsstandard bewirken. Gemeindebund-Präsident Hans Hingsamer sieht wiederum ein besseres Betreuungs- und Schulungsangebot für die Prüfungsausschüsse als notwendig.

FOTOS: Land Burgenland/Büro LRin Eisenkopf, www.BilderBox.com, NÖ.Regional.GmbH/Maca

SALZBURG

Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Rössler und Bürgermeister Sepp Leitinger (re.) mit den Projektkoordinatoren.

Bürger erarbeiten **Zukunftsprojekte**

Wie können das Zusammenleben in einem Ort verbessert und die Begegnungsmöglichkeiten ausgebaut werden? Was fehlt im Ort? Fragen, deren Antworten die Bewohnerinnen und Bewohner einer Gemeinde am besten erarbeiten können. Sankt Martin bei Lofer hat sich diesem Prozess gestellt und dann zur Präsentation der Agenda-21-Ergebnisse eingeladen. In insgesamt neun Projektgruppen wurden Ideen ausgearbeitet, die nun in die Umsetzung gelangen sollen. Ein Projekt behandelt beispielsweise die Eigenvermarktung bäuerlicher Produkte. In mehreren Exkursionen hat sich die Projektgruppe Beispiele von gut funktionierenden Eigenvermarktungsinitiativen angeschaut. Auf Basis dieser Erfahrungen soll auch in St. Martin die Eigenvermarktung bäuerlicher Produkte verbessert werden und beispielsweise eine Foodcoop (Lebensmittelkooperative) gegründet werden.

Austausch zwischen den Generationen

Das Projekt „Calendula" (Ringelblume) der Gemeindeentwicklung Salzburg will die Generationen vernetzen, den Austausch von Menschen mit völlig unterschiedlichen Lebenszusammenhängen fördern und der Begegnung eine neue, tiefere Bedeutung geben. Bei dem Projekt wird in und mit der Natur gearbeitet. Zu den Schwerpunkten zählen unter anderem Gemeinschaftsgärten. Dort spielt nicht nur das Gärtnern eine Rolle, sondern auch das gemeinsame Arbeiten und die Möglichkeit der Beteiligung innerhalb einer Gemeinschaft.

STEIERMARK

Steuereinnahmen der Gemeinden stagnieren

Die Zahlen der steirischen Landesstatistik für das Jahr 2015 zeigen, wie sich die Gemeindezusammenlegungen auf die Steuereinnahmen ausgewirkt haben. Landesweit gibt es einen kleinen Rückgang der Steuerkraft-Kopfquote, die zeigt, dass die Steuereinnahmen der Gemeinden im Wesentlichen stagnieren. Von den nun 287 steirischen Gemeinden konnte sich mit 134 nur etwas weniger als die Hälfte über höhere Steuereinnahmen freuen. Profitiert haben vor allem Gemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern, die sich über ein Plus von 3,3 Prozent freuen konnten. Den größten Zuwachs gab es im Jahresvergleich in Wundschuh südlich von Graz.

In 134 der 287 Gemeinden gab es Steuerzuwächse. Regionale Zentren profitierten gegenüber ländlichen Kleingemeinden.

Landesförderung für „Mikro-ÖV"-Angebote

In ländlichen Räumen und peripheren Gebieten ist die Abhängigkeit vom privaten Pkw oft sehr groß. Dies stellt insbesondere Personen ohne Zugang zu einem Pkw vor enorme Herausforderungen. Die Lösung ist „Mikro-ÖV" (Mikro-Öffentlicher-Verkehr) – darunter versteht man Nahmobilitätsangebote für den Personenverkehr, vorrangig auf kommunaler Ebene.
Das Land wird künftig Mikro-ÖV-Angebote fördern. Gemeinden, als verantwortliche Träger der Mikro-ÖV-Angebote, können für neue und auch für bestehende Projekte um Fördergelder ansuchen, wobei die finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden über die Steuerkraftkopfquote entsprechend berücksichtigt werden. Die erste Einreichfrist endet Ende Mai 2017.

TIROL

Fast 200 Personen nahmen den fünf Schulungsterminen für den Bezirk Innsbruck-Land teil.

Schulungen für **Gemeinde-Einsatzleitungen**

Gerade in einem Gebirgsland wie Tirol gibt es keine hundertprozentige Sicherheit vor Naturgefahren. Das Land Tirol schult deshalb die Mitglieder der Gemeinde-Einsatzleitungen und bereitet sie auf den Ernstfall vor.
Nun startete auch in den Bezirken Innsbruck-Land und Innsbruck-Stadt die Ausbildungsreihe für Mitglieder der Gemeinde-Einsatzleitungen mit fünf Veranstaltungen des ersten Moduls „Grundlagen für Führungskräfte".
„Die Ausbildung stößt auf großes Interesse. Alle 65 Gemeinden des Bezirks Innsbruck-Land sowie die Landeshauptstadt Innsbruck waren vertreten. Insgesamt 198 Personen haben an den fünf Veranstaltungen des ersten Moduls teilgenommen", freut sich Herbert Walter von der Abteilung Zivil- und Katastrophenschutz des Landes Tirol.

Neues Leben für den Inn

Das Projekt „der.inn" zur Hochwasserprävention und Gewässerentwicklung von Tirols längstem Fluss geht in die Verlängerung und wird bis 2018 fortgeführt.
Dem Inn soll wieder mehr Raum gegeben werden. Dadurch soll sowohl der Hochwasserschutz als auch der ökologische Zustand verbessert werden. Neben Abflussuntersuchungen und der Erstellung von Hochwasserschutzkonzepten sind in den kommenden Jahren insgesamt vier Maßnahmen zur Gewässerentwicklung geplant. Den Auftakt macht ein Projekt zur Revitalisierung des Inn bei Telfs-West.

VORARLBERG

Schutzwaldpreis ging nach Raggal

Das Projekt „Kirchwald Raggal" gewann beim Alpinen Schutzwaldpreis den Hauptpreis in der Kategorie „Erfolgsprojekte". 25 Projekte aus Österreich, Südtirol, der Schweiz, Liechtenstein und Bayern waren eingereicht worden. Vier der elf möglichen Stockerlplätze gingen nach Vorarlberg.
Die Jury würdigte die Bewirtschaftung des Kirchwalds in Raggal als vorbildlich. Hervorgehoben wurden das Engagement des Grundbesitzers mit Obmann Hannes Küng von der Agrargemeinschaft Frassenwald und die konsequente Umsetzung eines Jagdmanagements. Damit konnte die wichtige Verjüngungseinleitung mit allen Mischbaumarten erreicht werden, so die Jury.

Landeshauptmann Markus Wallner gratulierte den Vertretern des Projekts „Kirchwald Raggal".

Mehr Geld für den Rettungsfonds

Mehr als 6,6 Millionen Euro stehen heuer im Vorarlberger Rettungsfonds bereit. Das sind um 5,5 Prozent mehr als im Vorjahr. Seit 2009 werden 60 Prozent der Finanzierung des Fonds vom Land Vorarlberg übernommen, 40 Prozent kommen von den Gemeinden. Davor belief sich ihr Anteil auf 55 Prozent.
„Durch die Neuverteilung konnte eine wichtige Entlastung für die Gemeindekassen erreicht werden", sagt Landeshauptmann Markus Wallner. Für die Einsatzkräfte sollen optimale Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen, betont Wallner: „In diese Richtung zielen auch die rund 30 Millionen Euro, die für ein neues Digitalfunknetz für Vorarlberg aufgewendet werden."

FOTOS: Land Salzburg/Büro Rössler, www.BilderBox.com, Land Tirol, VLK/D. Mathis

PERSONALIA

Erster **„pinker“ Bürgermeister**

MILS// In Mils bei Imst gibt es nun den ersten Bürgermeister, der den NEOS angehört. Und das nicht aufgrund einer Neuwahl, sondern weil der amtierende Listen-Bürgermeister Markus Moser den NEOS beigetreten ist. Da in Tirol die Direktwahl gilt, ist er der erste NEOS-Bürgermeister, obwohl es gleichzeitig die nach ihm benannte „Für Mils – Liste Markus Moser“ gibt. „Die Liste bleibt auch, denn hier sind Menschen unterschiedlichster Weltanschauung versammelt“, so der 39-Jährige.

Neuer Bürgermeister im Nordburgenland

TADTEN // Die Gemeinde Tadten im Nordburgenland hat seit dem 23. Jänner einen neuen Bürgermeister. Robert Csukker folgt Johann Maar nach, der zum Jahresende 2016 seinen Rücktritt angekündigt hat. Der 46-Jährige ist Vizeleutnant beim österreichischen Bundesheer. Nach Abschluss der Handelsschule in Frauenkirchen verpflichtete er sich als Zeitsoldat. Seine politische Karriere begann rund zehn Jahre nach seinem Berufseinstieg. Zwischen 2007 und 2014 hatte der zweifache Familienvater einen Sitz im Gemeinderat von Tadten. Seit April 2014 bekleidete er das Amt des Gemeindekassiers und ist Ortsparteivorsitzender der SPÖ.

EHRUNGEN

MIT ENTSCHLIESSUNG VOM 31. JÄNNER 2015 HAT BUNDESPRÄSIDENT DR. HEINZ FISCHER VERLIEHEN:

Das Silberne Verdienstzeichen der Republik an

Dr. **Oskar Bertl**, ehem. Gemeinderat der Stadtgemeinde Braunau am Inn, Oberösterreich.

Die Goldene Medaille für Verdienste um die Republik an

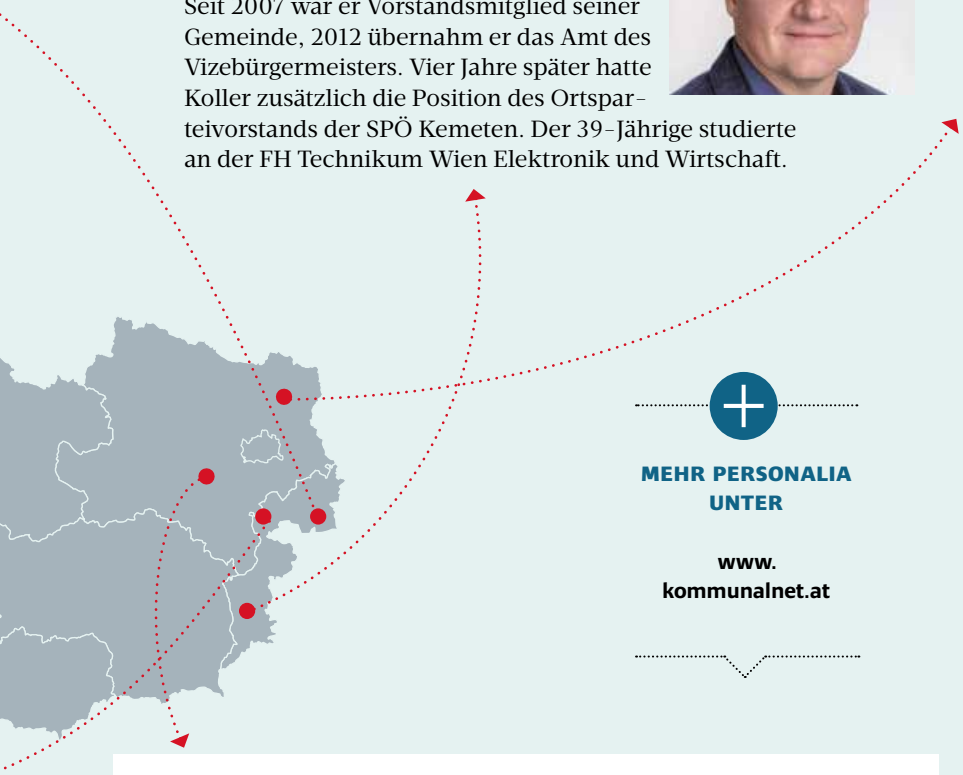
Walter Allerstorfer, ehem. Gemeindevorstand der Gemeinde Pupping, Oberösterreich

Elfte Ortschefin **im Burgenland**

PÖTTSCHING// Karin Lehner wird neue Bürgermeisterin von Pöttsching. Sie übernimmt das Amt von ihrem Vorgänger Herbert Gelbmann bis zur Neuwahl im Herbst. Mit Lehner hat das Burgenland bereits elf Bürgermeisterinnen. Damit sind mehr als sechs Prozent aller burgenländischen Ortschefs weiblich. Die 51-jährige Karin Lehner ist Landesbedienstete sowie Lebens- und Sozialberaterin. Von 2006 bis 2014 war Lehner Mitglied des Gemeinderats, dann im Gemeindevorstand. Aktuell ist die neue Ortschefin stellvertretende Parteivorsitzende.

Vom Vizebürgermeister zum neuen **Bürgermeister**

KEMETEN // Mit Niederlegung seines Amtes im Dezember 2016 übernahm Vize Wolfgang Koller für Johann Nussgraber in Kemeten die Führung. Die Anlobung des neuen Bürgermeisters der burgenländischen 1.500-Seelen-Gemeinde fand am Montag den 16. Januar 2017 statt. Seit 2007 war er Vorstandsmitglied seiner Gemeinde, 2012 übernahm er das Amt des Vizebürgermeisters. Vier Jahre später hatte Koller zusätzlich die Position des Ortsparteivorstands der SPÖ Kemeten. Der 39-Jährige studierte an der FH Technikum Wien Elektronik und Wirtschaft.



MEHR PERSONALIA UNTER

www.kommunalnet.at

Michael Singraber: **Bäcker, Bürgermeister, Bediensteter**

KAUMBERG// Mit Michael Singraber ging Ende Februar in Kaumberg eine Institution in die Polit-Pension. 33 Jahre lang war er im Gemeindedienst, 24 davon Bürgermeister. Was der 62-Jährige in diesen 24 Jahren erreicht hat, passt wahrscheinlich gar nicht auf eine Liste. So wurde die niederösterreichische 1000-Einwohner-Gemeinde an die Erdgasversorgung angeschlossen, es wurde eine Post- und Erdverkabelung gelegt, die Kanalversorgung weiter ausgebaut, der Marktplatz erweitert, neue Radwege geschaffen, das Musikheim und das Feuerwehrhaus ausgebaut und neue Siedlungen genehmigt.

„Mein liebster Job war Bürgermeister“

MISTELBACH // „Ja, ich möchte es betonen, das Bürgermeisteramt war mir die liebste politische Funktion. Denn erst das Umsetzen von Ideen und der direkte Kontakt zu den unmittelbar Betroffenen ermöglicht echte bürgernahe Politik“, so Edmund „Edi“ Freibauer, der am 20. Februar seinen 80. Geburtstag feierte. Dies in beachtlicher körperlicher und geistiger Frische. Die als Bürgermeister gemachten Erfahrungen konnte Freibauer auch in seinen diversen politischen Ämtern umsetzen, und deren gab es eine ganze Reihe. In Ringelsdorf in Bezirk Gänserndorf geboren, führte ihn sein Beruf als Gymnasialprofessor für Mathematik nach Mistelbach, wo er rasch politisch Fuß faßte und von 1975 bis 1989 Bürgermeister war und als solcher 1979 in den Landtag einzog. 1988 wurde Freibauer Landesobmann des NÖ GVV sowie VP-Klubobmann (beides bis 1992), 1992 Landesrat für Finanzen und Wohnbau (bis 1998), 1998 Präsident des Landtages (bis 2008), von 1996 bis 2012 war er Obmann des NÖ Seniorenbundes.

Freibauer hat Mistelbach bis heute geprägt, und zwar „grün“. „Ich wäre heute ein Grüner“, resumiert Freibauer, die Stadt wurde unter ihm voller Grün, es gibt eine grüne Straße, Naturdenkmäler, Radfahr- und Wanderwege, Naturdenkmäler, für sauberes Wasser wurde in allen zehn Katastralgemeinden gesorgt, der Kampf gegen Müll und Abfall erfolgreich geführt. Stolz ist Freibauer auch darauf, dass er als Finanz-Landesrat den Gemeinden die Landesumlage erlassen hat – pro Jahr immerhin eine Milliarde Schilling. Aufhorchen lässt der Jubilar mit seiner Meinung, politische Funktionen in kürzeren Abständen zu wechseln, zwei Perioden würden genügen. Er selbst hat dies als Landesrat, Landesobmann und Landtagspräsident vorgelebt.

FOTOS: Österreichischer Gemeindebund

TERMINE IM APRIL

29/März

„Das ABC des Wasserrechts“

Der Kurs vermittelt ein rechtliches Basiswissen im Bereich des Wasserrechts. Behandelt werden die wesentlichsten Genehmigungstatbestände des Wasserrechtsgesetzes genauso wie die Grundzüge der für ein Verfahren vor der Wasserrechtsbehörde relevanten verfahrensrechtlichen Bestimmungen.

www.oewav.at
Ort: St.Pölten

03/April

Tiroler Orts- und Stadtmarketingtag

Die Städte, Märkte und Gemeinden Tirols haben hinsichtlich der Entwicklung ihrer Innenstädte und Ortszentren oft ähnliche Herausforderungen zu meistern und Probleme zu bewältigen. Der Orts- und Stadtmarketingtag der Wirtschaftskammer Tirol dient ihnen als Plattform, um von hochkarätigen Referenten neue Impulse und Anregungen zu erhalten und im Gedankenaustausch gemeinsam zu Lösungen zu kommen. Referiert wird zu folgenden Themen:

* Zukunftsorte
* Leerflächenmanagement
* Kommunalentwicklung
* Veranstaltungen in Ortskernen

www.stadtmarketing.eu
Ort: Telfs.

19/April

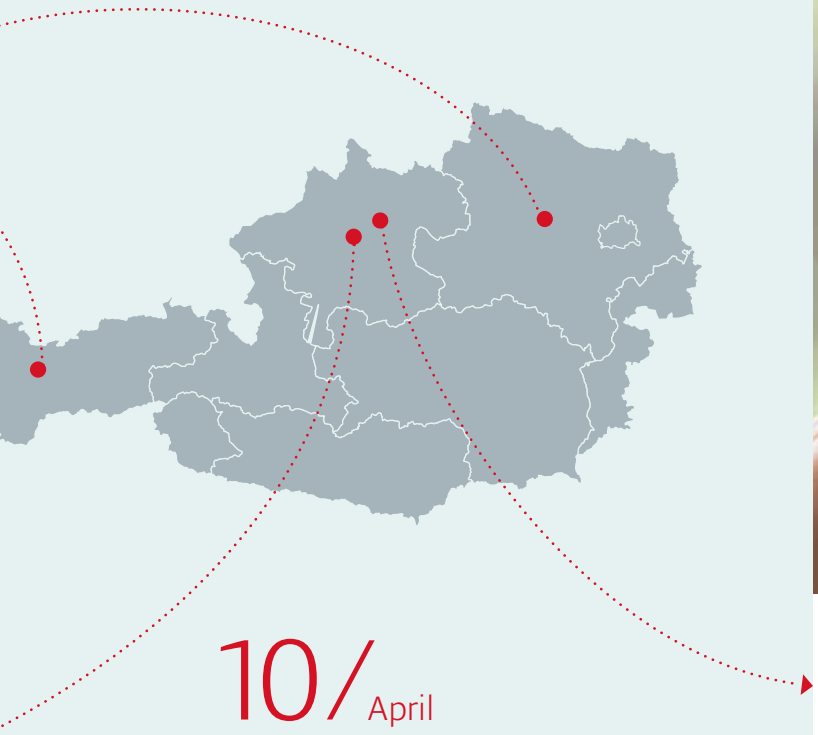
Leerstände, fehlende Expansionsflächen und weitere Chancen

Die Masterpläne für Innenstadtentwicklung und Betriebsansiedelungen füllen Schubladen, bringen aber keine Ansiedelungen! Makler vermitteln nur bei Nachfrage und machen keine Standortentwicklung! Standortvermarktung mit schönen Foldern und Inseraten bringen weder Image noch Ansiedelungen.

Vorträge gibt es zu folgenden Themen:

- Viele Wege ein Ziel – Betriebsansiedelung und Standortentwicklung in WELS
- Wie können Leerstände in der Handelskrise mit sinnvollen Konzepten gefüllt werden?
- Wie können neue Betriebe angesiedelt und bestehende Betriebe in Ihrer Entwicklung begleitet werden?
- Wie viele verschiedene Ansprechpartner braucht der Kunde?

www.stadtmarketing.eu
Ort: Wels.



10/ April

Batterie-Meldung nicht vergessen

Auch heuer sind wieder jene Abfallsammler (insbesondere Gemeinden und Gemeindeverbände), die im Jahr 2016 EAG- und Batterien-Sammelmassen nicht über einen Entsorger an Sammel- und Verwertungssysteme übergeben, sondern selbst vermarktet haben, verpflichtet, diese ins EDM-Register zu melden, speziell die über die Alteisensammlung mitgesammelten Elektro-Großgerätemassen.

Selbiger Aufruf gilt auch für die Meldung nach der Batterieverordnung (§25). Die Meldung sollte noch vor dem 10. April 2017 erfolgen!

Achtung: Keine Verpflichtung für diese Meldungen besteht nur dann, wenn ein Abfallsammler seine Sammelmassen gesamthaft einem Sammel- und Verwertungssystem übergeben hat oder diese über die Abholkoordinierung abholen ließ.

FOTOS: shutterstock.com

04/ April

vielfaltleben-Gemeindetagung 2017

Städte und Gemeinden sind wichtige Partner im Natur- und Artenschutz: Sie können die Artenvielfalt in Österreich erhalten und fördern. Natur- und Artenschutz in Gemeinden ist mit Verboten und hohen Kosten verbunden? Ganz im Gegenteil! Die Förderung der Artenvielfalt auf Gemeindeebene kann sogar Ausgaben reduzieren und schafft bleibende Werte für BewohnerInnen und Gäste!

Die vielfaltleben Gemeindetagung 2017 möchte unbegründete Ängste reduzieren und die Vorteile von einer gesunden Artenvielfalt im Gemeindegebiet aufzeigen, die dann nicht nur der Natur sondern auch den GemeindebürgerInnen und Gästen zugute kommen. Die Tagung wird sowohl schon aktive Gemeinden als positive Vorbilder präsentieren als auch praktische Tipps für Neueinsteiger geben.

www.naturschutzbund.at

Ort: Die Tagung wird am 4. April 2017 im Volkshaus Pichling (Solar City), Lunaplatz 4, 4030 Linz stattfinden. Das detaillierte Programm ist gibt es in Kürze.

„UNNÜTZES“ WISSEN

WAS SIE NOCH NIE WISSEN WOLLTEN

Fußballregeln: Erst **seit 1950 gilt Schuhpflicht**

Erst acht Jahre nach Formulierung der ersten Fußballregeln wurde das Handspiel verboten. Eine Schuhpflicht wurde erst 87 Jahre danach eingeführt.

Wie jede Sportart unterliegt auch Fußball ganz bestimmten Regeln, die das Spiel vereinheitlichen und fair machen sollen. Die allerersten solcher Regeln wurden im Jahr 1863 von der Football Association (dem führenden Fußballverband Englands) festgelegt. Hier wurde ganz Grundsätzliches, wie die Anzahl der Spieler oder was als Tor zählt, bestimmt.
Andere Regeln, die für uns heute selbstverständlich sind, wurden erst später hinzugefügt bzw. geändert. So gilt etwa erst seit 1871 (also 8 Jahre nach der Formulierung der ersten Regeln) das Handspielverbot (Torwart ausgenommen). Und erst 1950 (!) wurde eine Schuhpflicht eingeführt. Die letzte Regeländerung fand 2013 mit der Zulassung von Torlinientechnologie statt.

https://de.wikipedia.org/wiki/Fu%C3%9Fballregeln

FOTOS // Shutterstock/Theeradech Sanin

IM NÄCHSTEN **KOMMUNAL** *

Bauen / Sanieren / Renovieren

Der ewige Kreislauf «Bauen» ist in der April Ausgabe Thema in KOMMUNAL. Oder doch lieber „Sanieren“ – oder gleich „Renovieren“? Was tun ist die Frage, vor allem, wenn die Aspekte „Lebenszyklus“ und „Niedrigenergie“ dazu kommen.

KOMMUNAL 4/2017 erscheint am 4. April 2017

* Angekündigte Themen können sich aufgrund aktueller Entwicklungen ändern.

IMPRESSUM
Herausgeber Österreichischer Gemeindebund, Löwelstraße 6, 1010 Wien
Medieninhaber Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH., Löwelstr. 6, 2. Stock, 1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, Fax 01/532 23 77, E-Mail: kommunalverlag@kommunal.at www.kommunal.at **Geschäftsführung** Mag. Michael Zimper

Redaktion Tel.: 01/ 532 23 88; Mag. Hans Braun - DW 16 (Chefredaktion) hans.braun@kommunal.at; Mag. Helmut Reindl - DW 15 helmut.reindl@kommunal.at; Andreas Hussak - DW 37 andreas.hussak@kommunal.at
Adressverwaltung Elisabeth Leitner - DW 18 elisabeth.leitner@kommunal.at oder Sie folgen diesem Link oder dem QR-Code zum Ändern von Bezugsdaten: **http://kommunal.at/leserservice/**

Grafik Thomas Max - DW 42 thomas.max@kommunal.at
Fotos www.shutterstock.com; www.bilderbox.at;
Anzeigenberatung Tel.: 01/532 23 88; Mag. Sabine Brüggemann - DW 12, sabine.brueggemann@kommunal.at; Martin Mravlak - DW 28, martin.mravlak@kommunal.at; Martin Pichler - DW 11, martin.pichler@kommunal.at
Redaktionsbeirat Mag. Ewald Buschenreiter (Verband der sozialdemokratischen Gemeindevertreter NÖ), Mag. Johann Drabek (BM für Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft), Mag. Nicolaus Drimmel (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Sophie Gnesda (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Maximilian Huck (BM für Europa, Integration und Äußeres), Mag. Michael Kallinger (Bundeskanzleramt), Daniel Kosak (Österreichischer Gemeindebund), Dr. Walter Leiss (Österreichischer Gemeindebund), Prof. Helmut Mödlhammer (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Alexander Marakovits (BM für Inneres), Mag. Johannes Pasquali (BM für Finanzen), Prof. Dietmar Pilz (Österreichischer Gemeindebund), Mag. Dominik Rumler (BM für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt- und Wasserwirtschaft), Mag. Christian Rupp (IKT-Board im Bundeskanzleramt), Mag. Michael Zimper (Österreichischer Kommunal-Verlag)

Hersteller Leykam Druck, 7201 Neudörfl; PEFC zertifiziert: Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen – www.pefc.at
Druckauflage KOMMUNAL: 35.116 (2. Halbjahr 2016)
Persönlich gezeichnete Artikel fallen unter die Verantwortlichkeit des Autors und müssen sich nicht unbedingt mit der Meinung von KOMMUNAL decken.

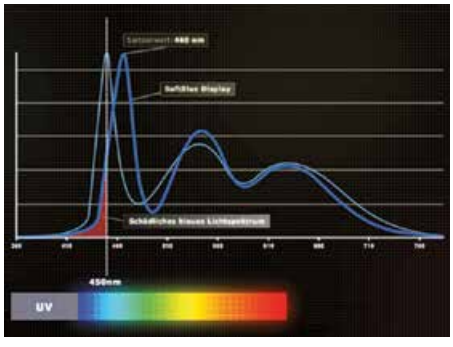
Hinweis zu Gender-Formulierung Bei allen Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, meint die gewählte Formulierung beide Geschlechter, auch wenn aus Gründen der leichteren Lesbarkeit die männliche Form verwendet wird.

Augenfreundlicher
dank Blau-Filtern

Wir verbringen mehr Zeit denn je vor einen Monitor – zu Lasten unserer Augen? Studien belegen, dass sich das von Monitoren ausgestrahlte blaue Licht negativ auf die Sehkraft auswirken kann. Zum Beispiel wird die altersbedingte Makula-Degeneration (AMD) mit der Ausstrahlung bestimmter Wellenlängen des blauen Lichtes in Verbindung gebracht.

Die Antwort auf schädliches blaues Licht

Thomas Schade, Vice President EMEA bei MMD, zu den Philips Displays mit SoftBlue-Technologie: „Diese Technologie ist ein Beispiel dafür, welche Anstrengungen MMD unternimmt, um einerseits die Gesundheit und das Wohlbefinden seiner Kunden zu schützen und gleichzeitig mit brillanten, farbenprächtigen Bildern ein Maximum an Produktivität zu liefern. Studien belegen, dass von LED-Displays ausgestrahltes blaues Licht die Augen schädigen und die Sehkraft beeinträchtigen kann. Das ist besonders dramatisch, weil immer mehr Menschen immer mehr Zeit vor Bildschirmen verbringen und ihre Augen ständig den potentiell schädlichen Strahlen aussetzen. Die SoftBlue-Technologie vermindert erwiesenermaßen dieses Risiko. Ihr wurde von den internationalen Prüforganisationen SGS Labs und dem TÜV Rheinland die Reduktion des blauen Lichts und der Schutz der Augen bescheinigt."



Philips Softblue reduziert die augenschädigenden blauen Lichtwellen um 90 %.

Augenschutz und Farbechtheit

Im Gegensatz zu filterbasierten Methoden – eine Glasscheibe vor dem Bildschirm oder Anti-Blue-Light-Brillen – geben die Philips SoftBlue-Displays die Originalfarbe getreu wieder. Bei filterbasierten Lösungen hingegen erhalten Farben einen Gelbstich. Im besten Fall bewirkt diese Technologie lediglich ein schlechteres Bild; im schlimmsten Fall führt sie – zum Beispiel bei bildgebender Medizintechnik, die auf hohe Farbtreue angewiesen ist – zur Unbrauchbarkeit der Bilder. Im Gegensatz dazu packen SoftBlue-Displays das Problem an der Wurzel an: durch die Eliminierung der Emission von blauem Licht im höheren Bereich des Kurzwellenspektrums und das Verschieben der Wellenlängenspitze von schädlichen 450 nm auf 460 nm. Damit werden die schädlichen Lichtanteile um über 90 % reduziert, bei gleichbleibend hoher Farbtreue. Anwender profitieren so von gewohnte hoher Bildqualität und schonen außerdem ihre Augen.

S7 – die Monitorserie für Kommunen

Aktuelles Top-Design, eine erstklassige Bildqualität, Ergonomie und allerneuste Technik verbinden sich bei den Modellen der S7-Serie mit attraktiven Preispunkten. Zudem erfüllen die Monitore höchste Ansprüche an Ergonomie und Nachhaltigkeit. Die Modelle werden in den Größen 21,5" (54,6 cm) bis 27" (68,6 cm) angeboten. Sie bieten eine Vielzahl von innovativen Features, die dazu beitragen, die Motivation und Produktivität zu steigern. Weitere Details zu den Modellen der S7-Serie sind auf einer speziellen Webseite zu finden: www.business-monitore.de

Kontakt Österreich

Stefan Beldovits, Key Account Manager
Telefon: +49 (0) 160 93903281
E-Mail: stefan.beldovits@tpv-tech.com

PHILIPS

Der Unimog – viele Aufgaben, ein Profi.

Kommunale Aufgaben sind niemals erledigt. Unzählige kleine und große Arbeiten möchten täglich erledigt werden. Hier kommt die volle Schlagkraft des Unimog als Geräteträger zum Einsatz. Ganz egal ob beim Mulchen, Gehölzpflege, Kehren, Reinigen oder beim Transportieren. Der Unimog ist der effiziente Teamplayer im Bauhof. Auch wurde von der DLG ein Verbrauchsvorteil von bis zu 22 %* bei Transportarbeiten ermittelt.

Unimog Servicetage

Lassen Sie jetzt Ihren Unimog bei den Unimog Servicetagen kostenfrei überprüfen. Alle Termine unter www.unimog.at

* Werte ermittelt durch DLG Powermix-App unter www.dlg.org. Bezogen auf die Leistungsklasse von 250 bis 310 PS mit jeweils 50 % leichten und schweren Transportarbeiten. Stand November 2016. Weitere Informationen auch unter mbs.mercedes-benz.com/dlg-test-de

Mercedes-Benz
Trucks you can trust

Pappas
Pappas Gruppe. Das Beste erfahren.
www.pappas.at

Pappas Auto GmbH Autorisierter Mercedes-Benz Vertriebs- und Servicepartner für Nfz und Unimog,
2355 Wiener Neudorf, Industriezentrum NÖ-Süd, Straße 4, Hotline: 0800/727 727
5301 Eugendorf, Gewerbestraße 34, Hotline: 0800/727 727